



SCHULE UND STADTTEIL

BBS-Info

Studie zur Medienkultur:
TV-Konsum und PC-Spiele

Forum

Schulinspektion:
Zwei Positionen

PISA 2003

Analyse und
Interpretationen

4/05



Werbung U2

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Eltern,

Wir leben in bildungspolitisch interessanten Zeiten:

- Die Kultusministerien verdauen gerade die letzte PISA-Studie mit ihren Schulform- und Ländervergleichen.
- Unsere Senatorin zeichnet sechs Grundschulen aus, deren 4. Klassen bei KESS 4 – gemessen am sozialen Status und Bildungsstand der Eltern – besonders gut abgeschnitten haben.
- In den Schulen dreht sich alles um die Steigerung der Lernergebnisse. Aus Vergleichen erwarten wir Anhaltspunkte für Verbesserungen – deshalb Vergleichsarbeiten, zentrale Abschlussarbeiten und Zentralabitur.
- Im nächsten Jahr kommt die Schulinspektion.

HAMBURG MACHT SCHULE berichtet ausführlich darüber, an mehreren Stellen auch in diesem Heft. Wie aber passt dazu das Schwerpunktthema »Schule und Stadtteil«? Welchen Nutzen haben beide voneinander? Gibt es positive Effekte für das Lernen von Schülerinnen und Schülern? Oder dominiert dabei eher das Bemühen, nach fast 100 Jahren die Postulate der Demokratie – und Projektpädagogik von John Dewey einzulösen – was auch nicht falsch wäre? Worum geht es nun in diesem Heft? Welche Erfahrungen bei der Verbindung zwischen dem Lernort Schule und dem Lebensraum Stadtteil werden gemacht? Hier eine Auswahl:

- 50 Einrichtungen im Hamburger Osten haben sich zu einer »Lernenden Region« zusammengeschlossen. Eines der gemeinsamen Projekte, das »Elterncafé«, fördert die Sprachkompetenz von Migranteltern, berät zu Alltags- und Erziehungsfragen und schafft eine Basis für die Partnerschaft zwischen Schule und Eltern.
- Mit einer Lernsoftware des HVV arbeitet eine 10. Klasse Gy an verkehrsgeografischen Problemstellungen im Schulumfeld. Ein fachlicher Dialog mit Experten aus Orts- und Bezirksamt ist geplant.
- Mit Hilfe des ASB absolvieren Schüler Sozialpraktika in Altenpflegeheimen und Behinderteneinrichtungen. Eine 9. Klasse HR unterstützt indische Frauen bei der Textilproduktion, die Schülerfirma übernimmt Marketing und Vertrieb im Stadtteil.
- Schüler, viele mit Migrationshintergrund, erarbeiten mit externer Unterstützung ein Theaterprojekt in der Auswandererhalle auf der Veddel. Höhepunkt: Auftritt im Immigration Museum auf Ellis Island/New York.
- In Eimsbüttel unterstützt eine Agentur vielfältige Projekte zum Politiklernen im Nahraum: Stadtteilradio, Kinderanhörungen zu Spielplätzen, Einrichtung einer Skaterbahn im Rahmen des Faches PGW.



Aus der Motivations- und Kognitionsforschung wissen wir, dass man gut und nachhaltig lernt, wenn das Lernarrangement anregend, voraussetzungsvoll und folgenreich ist. Das regionale Umfeld liefert dafür, wenn es richtig erschlossen wird, günstige Bedingungen. Damit es nicht bei »Rosinenthemen« bleibt, müssen eine systematische Verknüpfung mit dem Fachunterricht und die Aktivierung des Vorwissens erfolgen. Dann kann sich auch einstellen, womit sich die Stoff-Schule sonst so schwer tut: praktizierte Selbständigkeit und Verantwortung. Wenn jeder Schüler, jede Schülerin im Laufe der Schulzeit solche Erfahrungen in Schule und Stadtteil gemacht hat, wird dieser Stoßseufzer rar werden: »Alle reden von der Schule, aber keiner tut was dagegen.«

Peter Haiden



Schule und Stadtentwicklung

Moderation: Wolfgang Steiner

10 Schulen und Stadtteile gemeinsam entwickeln

14 Das Billenetz – eine »Lernende Region«

Erfahrungen der Projektleitung und des Rauhen Hauses

Elterncafé – ein Ort des Austausches

16 Verkehrssystem und Mobilität aktiv mitgestalten

Erfahrungen der HVV Schulberatung

Schülerinnen und Schüler einer 10. Klasse
als Verkehrsplaner

18 Sozial macht Schule

Erfahrungen des Projektleiters

Schülerinnen und Schüler helfen Tsunami-Opfern

20 Forum Bildung Wilhelmsburg

Erfahrungen des Geschäftsführers

Die Kooperation mit dem FBW aus Sicht der Schule

22 (Sozio)Kultur macht Schule

Kooperation von Schule und Stadtteilzentren

24 NaSchEi – Agentur

Erfahrungen der Geschäftsführerin der Agentur Schule und
Nachbarschaft in Eimsbüttel

26 Stadtteil-Laden Lurup

Erfahrungen des Quartiersmanagers

Kooperation bei der Übergangsplanung Schule – Beruf



Bildungspolitisches Forum

Verantwortlich: Manfred Schwarz

6 Zwei Meinungen zum »Schul-TÜV«

Zur Diskussion gestellt

6 Keine Angst vor der Inspektion

VON JÜRGEN WEBER

8 Kritische Thesen zur »EVIT«

VON EKKEHARD KLUG

Schulforschung

30 PISA 2003

Hamburg – Stadt der Gegensätze

VON ULRICH VIELUF

Werkstatt Schule

28 Sonne verbindet

Feldbewässerung in Kooperation
zwischen Hamburg und Nicaragua

VON VIVIANNE HARBECK UND GERD SCHUMANN



4/05
17. Jahrgang

BBS-Info

Verantwortlich: Manfred Schwarz

Nachrichten: BBS

Schulinspektion: Aufbau beginnt 32
Bildungsministerin stellt Eckpunkte vor

Informationsmesse 32
EKZ-Hamburger Straße: BBS informiert über »Schule in Hamburg«

JIZ: Neue Broschüre 32
»Deine berufliche Zukunft«: Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und Ausbildung

ProReBeS 34
Projekt Reform der Beruflichen Schulen kommt voran

Günther Schmidt, B 601-14 36
Ein Faktotum geht

KESS 4-Schulen 36
Nach sozialen Kategorien: BBS-Senatorin zeichnet Grundschulen aus

Schulpolitik 36
Neue BBS-Reformen: Breite Zustimmung

Nachrichten: Regional

PISA: Herausforderungen für Hamburg 38
Primäre Ergebnisse für Hamburg und in den anderen Bundesländern

Keine Uniformen 42
CDU und SPD wollen das Projekt »Einheitliche Schulkleidung« fördern

Medienverleih 44
Neue Videos und DVDs

BBS-Info

Nachrichten: Überregional

Studie zur Medienkultur 46
Zu langer TV-Konsum und zu viele PC-Spiele verschlechtern schulische Leistungen dramatisch

NRW 47
Besondere Maßnahmen: Regierung will Hauptschulen beträchtlich stärken

DSB-SPRINT-Studie 48
Schulsport: Positive und kritische Ergebnisse

Niedersachsen 48
Schüler-Fitness landesweit auf dem Prüfstand

Marktplatz

STEP 21 – Medienbox kostenlos 49
[Zukunft : Identität]

»Was heißt eigentlich Demokratie in der Schule?« 50

Alles über Hamburgs Grund 50

Fachtagung »Schulentwicklung – next practice« 50

HERAUSGEBER:

Behörde für Bildung und Sport (BBS), Peter Daschner, Landesschulrat, Direktor des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI), Felix-Dahn-Str. 3, 20357 Hamburg, E-Mail: peter.daschner@li-hamburg.de
Alexander Luckow, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Hamburger Str. 31, 22083 Hamburg, E-Mail: alexander.luckow@bbs.hamburg.de

VERLAG:

Pädagogische Beiträge Verlag GmbH, Rothenbaumchaussee 11, Curiohaus, 20148 Hamburg Tel. (0 40) 45 45 83; Fax (0 40) 4 10 85 64

Verlagsredaktion und Gestaltung:

Sören Havemester
REDAKTION FÜR SCHWERPUNKT, WERKSTATT SCHULE, BEITRAG, SCHULFORSCHUNG, MARKTPLATZ:
Prof. Dr. Johannes Bastian (verantwortlich), Prof. Dr. Sabine Reh, Dr. Jochen Schnack, Tilman Kressel (Werkstatt Schule); Adresse: Rothenbaumchaussee 11, 20148 Hamburg

REDAKTION FÜR BILDUNGSPOLITISCHES FORUM UND BBS-INFO:

Dr. Manfred Schwarz (verantwortlich), Karin Brose, Colette Busse, Ulrich Hinderer, Hans-Hermann Schumann, Jörg-R. Vahle, Rainer Wagner, BBS-Redaktionsassistentin: Rita Göttsche; Adresse: Behörde für Bildung und Sport, Hamburger Str. 31, 22083 Hamburg, Tel.: 4 28 63-21 59, Fax: 4 28 63-30 34, E-Mail: redaktion@bbs.hamburg.de

DRUCK: Schüthedruck, Kanzlerstraße 6, 21079 Hamburg, Telefon (0 40) 7 63 20 25
ANZEIGEN: v. Wels + Schütze, Hamburger Str. 148, 22083 Hamburg, Tel.: (0 40) 29 80 03-0, Fax: 29 80 03-90

ERSCHEINUNGSWEISE: 4-mal pro Jahr

AUFLAGE: 15.000

Bilder: Freie und Hansestadt Hamburg, Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung; Titel: Alle weiteren Fotografien dieser Ausgabe wurden uns von den Autorinnen und Autoren zur Verfügung gestellt.

Bezug: Hamburger Lehrkräfte und Elternräte erhalten HAMBURG MACHT SCHULE kostenlos über die BBS. HAMBURG MACHT SCHULE kann auch beim Verlag bestellt werden.

HAMBURG MACHT SCHULE IM INTERNET:

www.publikationen.bbs.hamburg.de

PREIS: EUR 3,00 zzgl. Versandkosten.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit vorheriger Genehmigung des Verlages.
ISSN 09 35 – 98 50

Zwei Meinungen

Der »Schul-TÜV« in der Diskussion

Die Schulinspektion, oft auch »Schul-TÜV« genannt, ist in aller Munde – jedenfalls unter Pädagogen, Erziehungswissenschaftlern und vor allem bei Kultus-Ministerialbeamten. Die Medien beschäftigen sich ebenfalls immer wieder mit diesem Thema, das unter den Schulpexperten in den Politiker-Reihen zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Geht es doch in diesen schwierigen PISA-Zeiten darum, Schule effektiver zu machen.

Qualitätsmanagement hat Hochkonjunktur – auf Landes- und auf Bundesebene. Institute und Referate für Qualitätssicherung haben ihre Arbeit aufgenommen. Ein Arbeitsschwerpunkt:

Die Ausbildung und Fortbildung von »TÜV-Inspektoren«, die die Qualität der Arbeit in den Schulen überprüfen sollen.

In Schleswig-Holstein beispielsweise arbeiten bereits Schul-Inspektoren. Vor dem Hintergrund der dort gemachten Erfahrungen beziehen Jürgen Weber (SPD) und Ekkehard Klug (FDP) – beide führende (Bildungs-) Politiker im nördlichsten Bundesland – Position. Der Sozialdemokrat ist erklärter Befürworter des neuen »TÜV«, der Freidemokrat hat kritische Anmerkungen für *HmS* zu Papier gebracht.

MSz



Keine Angst vor der Inspektion

Von Jürgen Weber

Die PISA-Studien haben dem deutschen Schulwesen den Spiegel vorgehalten. Trotz der Verbesserungen, die Deutschland insgesamt und sämtliche Bundesländer in der zweiten Runde erzielt haben, zeigt sich ein wenig schmeichelhaftes Bild. Denn es ist ja nicht nur das knapp durchschnittliche Abschneiden der deutschen Schüler in den untersuchten Leistungsbereichen, und es sind nicht nur die extremen Bandbreiten zwischen den starken und den schwachen Schülern und nicht nur der unerträgliche Befund, dass kein Schulwesen so wie das deutsche Bildungs-

und Lebenschancen von der sozialen Herkunft der Kinder abhängig macht. Es sind auch antiquierte Strukturen in unseren Schulen, die einer inhaltlichen Verbesserung des Unterrichts entgegenstehen.

Eine Lehrkraft, die das Referendariat und das II. Staatsexamen mit Erfolg absolviert hat, unterrichtet – reflektiert oder nicht reflektiert – in dem Bewusstsein, dass das, was sie im Klassenraum tut, gleichsam ihrer Intimsphäre zuzuordnen ist und dass die Evaluation ihrer pädagogischen Arbeit in Gestalt des »Outputs« stattfindet, ab-

zulesen an den Zeugnisnoten ihrer Schülerinnen und Schüler, tabellarisch in Durchschnittsnoten zusammengefasst. Die privilegierte Stellung, die Gesetze und Verfassung der pädagogischen Arbeit einräumen, erlaubt nur in seltensten Fällen andere Formen der Überprüfung. Gelegentlich muss die Lehrkraft eine Visite im Zusammenhang mit dienstlichen Beurteilungen über sich ergehen lassen; kritische Äußerungen der Eltern oder Schüler werden, sofern es sich nicht um massive Rechtsverstöße handelt, weitgehend folgenlos bleiben.



Dieses pädagogische Arbeiten nach der Devise »My class is my castle« erregt in vielen anderen Ländern, besonders bei denen, die bei PISA erfolgreicher sind als wir, große Verwunderung. Unterrichten im Team, engste Abstimmung zwischen Lehrkräften, die dieselbe Klasse oder Lerngruppe unterrichten, regelmäßiger gegenseitiger Unterrichtsbesuch sind dort der alltägliche Normalfall, der auch keine Besorgnisse auslöst, ob diese Neugier der Kollegen etwa darauf abzielen könnte, die eigene Arbeit missgünstig zu beobachten.

Schleswig-Holstein hat, beginnend mit dem Schuljahr 2003/04 die »Externe Evaluation im Team« (EVIT) eingeführt, die öffentlich meist als Schul-TÜV bezeichnet wird. Im vergangenen Jahr wurden 131 Schulen von insgesamt 45 Untersuchungsteams besucht. Dazu werden die allgemein bildenden Schulen durch die Schulaufsicht jährlich ausgelost, wobei die verschiedenen Schularten angemessen berücksichtigt werden. Wir gehen einen etwas anderen Weg als unser Nachbar Niedersachsen, der eine eigene Inspektionsbehörde aufgebaut hat. Wir streben aber den Aufbau einer fach-

lich unabhängigen Qualitätsagentur im norddeutschen Verbund an, durch die sich auch eine Annäherung der Strukturen ergeben wird.

Die Evaluationsteams werden von Vertretern der Schulaufsicht, des Lehrerbildungsinstituts für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH) und einem Schulleiter einer vergleichbaren Schule in der Region zusammengesetzt. Diese Teams besuchen zwei Tage lang die Schulen, erheben Daten, führen Gespräche mit Lehrern, Eltern und Schülern (häufig auch im Online-Verfahren), und wer-

Vita

Der heutige hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein, Jürgen Weber, hat nach seinem Abitur seinen Wehrdienst bei der Bundesmarine abgeleistet. Als M. A. hat er sein Studium der Geschichte und Slawistik abgeschlossen. Als wissenschaftlicher Angestellter hat Jürgen Weber beruflich gearbeitet. In der Kieler Landtagsfraktion ist er heute stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Er ist auch Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Ehrenamtlich arbeitet der Sozialdemokrat als Vorstandsmitglied im KSV Holstein Kiel. Er ist verheiratet und hat drei Kinder, die die Grundschule besuchen bzw. im Vorschulalter sind. Jürgen Weber ist erreichbar über: 04 31 / 9 88 13 01-13 28 (Tel.) oder: j.weber@spd.ltsh.de



ten neben Unterrichtsbesuchen die Ergebnisse von Vergleichsarbeiten aus. Dieses Verfahren ist normiert durch eine Handreichung des Ministeriums. Dieses Handbuch ist allgemein zugänglich, so dass das Verfahren ein hohes Maß an Transparenz genießt. Das Evaluationsteam protokolliert die Ergebnisse in einem Abschlussbericht und weist auf die Stärken und Schwächen der Schule hin. Damit verbinden sich Hinweise für die Weiterentwicklung der Schule.

Dann ist wiederum die Schule am Zug, die in der Schulkonferenz, also unter Beteiligung der Lehrer, der Schüler und der Eltern, den Bericht auswertet und Maßnahmen beschließt. Die Schulen empfinden dies überwiegend als wichtige Hilfestellung.

Ich befürworte dieses Verfahren. Wir wollen die pädagogische Eigenverantwortung der Schulen zur Schwerpunktbildung soweit wie irgend möglich ausweiten. Das bedingt aber zugleich, dass geltende Standards transparent eingehalten werden. Wegen dieser Transparenz haben wir uns auch dazu entschlossen, Abschlussprüfungen (einschließlich der Mittleren Reife an Gymnasien) an den weiterführenden Schulen künftig mit zentralen Aufgabenstellungen zu gestalten, die schulspezifische Teile enthalten können; wir tun dies jedoch nicht, weil das bisherige dezentralisierte Abitur die Standards nicht gesichert hätte – die Gymnasien Bayerns und Schleswig-Holsteins belegten 2002 bei der ersten Runde von PISA-E die Spitzenränge.

Die systematische Evaluation der Schule und des Unterrichts in den einzelnen Klassen ist ein Verfahren, das alle an dem Prozess Schule Beteiligten einbezieht, nicht nur die Lehrer, sondern eben auch die Schüler und Eltern. Die Transparenz des Verfahrens stellt diese Beteiligung sicher.

Ein häufiger Reflex auf Evaluation ist die Forderung, Rankings der einzelnen Schulen nach erreichten Leistungspunkten öffentlich auszuhängen und so-

mit eine Flucht aus momentan schwächeren Schulen zu provozieren. Wir wollen hier einen anderen und transparenteren Weg gehen: die Ergebnisse der Evaluation sollen künftig – gegebenenfalls adjustiert – im Rahmen von Schulporträts im Internet veröffentlicht werden. Dazu gehören vor allem regelmäßige Lernstandsuntersuchungen ein-

schließlich Vergleichsarbeiten in den Klassenstufen 3 bzw. 4, 6 und 8 bzw. 9.

Sinn von Evaluation muss es meines Erachtens vielmehr sein, Schulen auf Defizite und Fehlentwicklungen hinzuweisen und ihnen Wege aufzuzeigen, diese Mängel zu beheben. Nicht Anprangerung, sondern Förderung ist das Grundprinzip des Schul-TÜV – und nach unserer Überzeugung muss dies auch Grundlage jeglicher Pädagogik an der Schule sein.

Kritische Thesen zum »Schul-TÜV«

Von Ekkehard Klug

In Schleswig-Holstein existiert jetzt seit fast zwei Jahren ein »Schul-TÜV«: die »Evaluation im Team« (EVIT), wie die Veranstaltung offiziell bezeichnet wird. Die Bilanz für das Jahr 2004 sieht folgendermaßen aus: Gutachterteams aus drei Personen – jeweils ein Vertreter der Schulaufsicht, ein Vertreter des schleswig-holsteinischen Lehrerbildungsinstituts (IQSH) und ein Schulleiter – besuchten 131 Schulen. Im Regelfall wurden diese Schulen durch Los ausgewählt, sie konnten sich aber auch »freiwillig melden« (Originalton der Obrigkeit, genannt Bildungsministerium). Bei knapp 1.100 öffentlichen

Schulen im nördlichsten Bundesland käme jede Schule, ausgehend vom bisherigen Umfang der EVIT-Aktivitäten, im Schnitt aber nur alle sieben bis acht Jahre an die Reihe. Künftig will die Landesregierung den EVIT-Zyklus auf vier Jahre verkürzen.

Dieser Umstand begründet meines Erachtens bereits erste Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Verfahrens. Bereits heute nimmt EVIT in erheblichem Umfang Arbeitskapazität in Anspruch, und zwar nicht nur bei der Schulaufsicht, die deshalb über viel weniger Zeit für andere Aufgaben verfügt. Eine deutliche Verkürzung der »TÜV-Intervalle«

würde noch erheblich mehr Geld und Personal erfordern als bisher. Diese Ressourcen ließen sich nach Lage der Dinge nur auf Kosten der Unterrichtsversorgung beschaffen. »Mehr Evaluation bei weniger Unterricht« – dies wäre die praktische Konsequenz. Ob es sich lohnt, diesen hohen Preis zu zahlen, erscheint mir mehr als fraglich – gerade auch nach den Erfahrungen, die unsere Schulen bereits mit dem »Schul-TÜV« (EVIT) gemacht haben.

Im »Ernstfall« sind Schule und EVIT-Gutachter für zwei Arbeitswochen ordentlich beschäftigt. Die anschließende Resonanz fällt vor Ort sehr unterschiedlich aus. Zum Teil hört man, EVIT sei eine Chance, die eigene Schule auf den Prüfstand zu stellen, über mögliche Verbesserungen nachzudenken und damit Schulentwicklung voranzubringen. Viele Schulen haben diese Anstöße aber gar nicht mehr nötig, und angesichts der ungünstigen Relation zwischen Aufwand und Ertrag ergibt sich damit das Ärgernis der Redundanz. Zudem gibt das Verfahren dem externen Gutachterteam nur punktuelle Einblicke in die Schulwirklichkeit, zeigt sie bisweilen sogar nur im Sonntagsanzug. Hinter vorgehaltener Hand ist zu hören, ein positives Resultat verschaffe der Schule ja wenigstens für längere Zeit ein wenig »Ruhe«. Nach einer Arbeitstagung, die im Mai 2005 in Rendsburg stattfand, veröffentlichte der schleswig-holsteinische Schulleiterverband (SLVSH) ein erstes Fazit (»EVIT – ein Kessel Buntes?«), in dem auch »die sehr großen Unterschiede bei der und im Umfeld der Schulbegehung« kritisiert wurden.

Ein wesentlicher Einwand betrifft schließlich die zugrunde gelegten Bewertungskriterien. Ist die Schule – wie ich meine, mit guten Gründen – der Ansicht, Unterricht müsse in einer vernünftigen Mischung aus Lehrervortrag und anderen Formen wie Gruppen- und Projektunterricht stattfinden, so neigen die externen Gutachter offenkundig dazu, das eine pauschal als altbacken und das andere prinzipiell als innovativ zu bewerten. Tabu ist bei diesen Bewertungen jedoch alles, was die Obrigkeit,



Vita

Ekkehard Klug

Abgeordneter der FDP ist Dr. habil. Ekkehard Klug im Landtag von Schleswig-Holstein seit 1992. In der freidemokratischen Fraktion hat Dr. Klug die Funktion des Parlamentarischen Geschäftsführers übernommen – gleichzeitig ist er bildungspolitischer Sprecher. Er lehrt – als Privatdozent – Osteuropäische Geschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Zu erreichen ist Ekkehard Klug über: 04 31/9 88-14 81;

E-Mail: ekkehard.klug@fdp.ltsh.de

keit, als deren verlängerter Arm die EVIT-Gutachter nicht zu Unrecht angesehen werden, den Schulen als Rahmenbedingungen vorgibt. Konkret heißt das zum Beispiel: Was der kommunale Schulträger leistet, ist bewertungsfähig, was die Regierung bietet und verlangt, steht jedoch als »gottgegeben« im Raum und darf nicht hinterfragt werden. So wird der »Schul-TÜV« oft als Erscheinungsform der seit Jahren spürbaren Tendenz wahrgenommen, die Schulen bei vielfach verschlechterten Arbeitsbedingungen mit Verordnungen und Erlassen eher zu administrieren als sie in der Entwicklung ihrer pädagogischen Qualität zu fördern.

Dies verdeutlicht auch ein Vorgang, der sich zum Schuljahresbeginn 2005/06 an der Integrierten Gesamtschule Wedel ereignete. Dort hatte man vier Jahre lang im Rahmen eines Schulversuchs in den Klassenstufen 9 und 10 eine veränderte Organisationsstruktur erprobt. Gemäß dem prognostizierten Abschluss wurden die Schüler dabei in feste Lerngruppen aufgenommen. Die Schule sah dieses Konzept als ausgesprochen erfolgreich an und erblickte darin einen wesentlichen Beitrag zur Qualität ihrer Schulentwicklung. Unter anderem konnte sie darauf verweisen, dass ihre jährlichen Anmeldezahlen im Laufe des Schulversuchs von 70 auf zuletzt 153 gestiegen sind. Am letzten Tag der Sommerferien verfügte das Bildungsministerium jedoch per Telefax aus Kiel ein Ende des »Wedeler Modells«. Dieses Einschreiten der Schulaufsicht begründete man mit »proble-

matischen Ergebnissen bei EVIT«, aber weder der zugrunde liegende EVIT-Bericht noch die daraus von der Obrigkeit gezogene Schlussfolgerung waren zuvor mit der Schule erörtert worden. Offenbar ging es vor allem darum, in puncto Integration die »reine Lehre« durchzusetzen, und ein fragwürdiges EVIT-Gutachten diente dazu als Hilfsargument.

Weniger Detailsteuerung »von oben« und mehr eigenverantwortliche Gestaltungsmöglichkeiten auf der Ebene der Schulen – dies ist nach meiner Überzeugung ein besserer Ansatz zur Schulentwicklung als die bisherige Praxis des »Schul-TÜVs« in Schleswig-Holstein. Dazu bedarf es aber eines Paradigmenwechsels in der Bildungspolitik: An die Stelle einer »Kultur des Misstrauens«, die zum Aufbau eines aufwändigen, aber doch zugleich unzulänglichen Überprüfungsapparats führt, tritt dann ein Vertrauensvorschuss: Vertrauen in professionelle Kompetenz und in die Fähigkeit der Schulen, ihre pädagogische Qualität weiterzuentwickeln. Schulen, die dabei von sich aus externe Unterstützung oder Beratung wünschen, sollten auf entsprechende Angebote zugreifen können – wobei diese Hilfe von außen aber nicht in die Hierarchie der Schulaufsicht eingebunden sein sollte. Die Schulaufsicht würde sich dann darauf beschränken, nur im Ausnahmefall, nämlich bei Feststellung gravierender Probleme, eine externe Evaluation und Beratung im Sinne eines »Schul-TÜVs« anzuordnen.

Schulen und Stadtteile gemeinsam entwickeln

Die Diskussion um Community Schools in England unterscheidet seit langem zwischen Erziehung zum demokratischen Zusammenleben in der Gemeinde bzw. im Stadtteil, Community Education, und dem eher stadtplanerischen Aspekt der Gemeinde- bzw. Stadtteilentwicklung, Community Development.

Seit Anfang der 90er Jahre ist diese Diskussion auch in Hamburg angekommen: Die Kommunalpolitik und in ihrem Gefolge die Stadtplaner, Stadtteilmanager und Quartiersentwickler haben parteiübergreifend die große Bedeutung der Schule als Standortfaktor neu entdeckt und gehen seit etwa 1998 unter der Überschrift »Soziale« oder »Integrierte«, seit 2005 »Aktive« Stadtteilentwicklung auf die Schulen zu. So formulieren die Geschäftsführer der Stadtentwicklungsgesellschaft bereits 1998:

»Wer dafür plädiert, Schulen und Stadtteile gemeinsam zu entwickeln, möchte pädagogische und stadtplanerische Ansätze miteinander verbinden. Dabei lauten die zentralen Fragen: Wie können Schulen die Lebensbedingungen in ihrem Stadtteil mitgestalten? Wie können Stadtplaner, Verwaltungen und Projektentwickler sie dabei unterstützen?«¹

Und im aktuellen Programm (2004 – 2008) des Hamburger Senats finden wir den folgenden Satz:

»Wir wollen den Quartiersbezug von Schulen stärken, indem wir Schulen bei ihrer Öffnung zum Stadtteil unterstützen und die bereits bestehenden Netzwerke stärker ausbauen.«²

Auf der Seite der Schulen entspricht diesem Trend die Debatte um eine Öffnung der Schule unter Stichworten wie Stadtteilschule, Lernen im Stadtteil, Schule und Nachbarschaft und seit neuestem Quartierschule.

Die folgenden Ausführungen beleuchten in zwei Abschnitten die Aufgabe der gemeinsamen Entwicklung von Schule und

Aus Sicht der Stadtplanung sind Schulen eine Ressource der aktiven Stadtteilentwicklung. Aus Sicht der Schule ist der Stadtteil der Lebensraum ihrer Schüler und ein Lernort mit Kooperationspartnern für Unterricht und Schulleben. Die Zusammenführung beider Perspektiven liegt im Interesse einer Kultur demokratischen Zusammenlebens in der Metropole Hamburg.

Stadtteil zuerst aus der stadtplanerischen und dann aus der pädagogischen Perspektive.

Ein dritter Abschnitt macht am Beispiel des stadtweiten Projekts Schule und Nachbarschaft (NaSch) die Kontinuität der Hamburger Entwicklung der letzten 15 Jahre deutlich und zeigt, dass sich hier über einen langen Zeitraum ein strategisches Projekt entwickelt hat, dessen Zukunft – gemessen an den Entwicklungsmöglichkeiten – gerade erst begonnen hat.

Community Development: Die stadtplanerische Perspektive

Nach Auskunft der Stadtplaner, Stadtteilmanager und Quartiersentwickler, die ich bei der Vorbereitung zu diesem Heft interviewt habe, ist der Hauptunterschied zwischen Lehrerinnen und Lehrern und ihnen selbst der »sozialräumliche Blick«.

Die Schulpädagogen sehen eher das einzelne Individuum und seine Entwicklungschancen und Lernmöglichkeiten, während die Stadtteilmanager eher die städtebaulichen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen und Entwicklungspotenziale einer bestimmten Region im Auge haben. Sozialpädagoginnen und -pä-

dagogen stehen gewissermaßen dazwischen.

Das gesamte Bildungsangebot eines Quartiers oder Stadtteils ist in der Perspektive des Community Development ein wichtiger Faktor der Sozialen bzw. Aktiven Stadtteilentwicklung. Ein gutes Bildungsangebot ist insofern auch ökonomisch bedeutsam, als es die betreffende Region längerfristig gesehen für kaufkräftigere Schichten und für Unternehmen attraktiver macht. Schule spielt dabei schon allein deshalb eine zentrale Rolle, weil sie die einzige Institution ist, die nahezu alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen erreicht.

Da insbesondere im Grundschulbereich mit den Eltern auch ein erheblicher Teil der Erwachsenen des Stadtteils hinzukommt, ist die Schule aus stadtplanerischer Sicht einer der wenigen Orte, die sich für die Funktion eines sozialen und kulturellen Begegnungszentrums eignen.

Die Erfüllung dieser Funktion setzt voraus, dass Schule, Jugendhilfe, Stadtplanung und Stadtteilkultur

- die Schnittmenge des gemeinsamen Interesses erkennen,
- ihre gewachsenen Verständigungs- und Sprachbarrieren überwinden und
- in einzelnen Kooperationsprojekten im Stadtteil zusammenarbeiten.

Die Schnittmenge besteht im Wesentlichen in dem gemeinsamen Ziel, die sozialen und kulturellen Entwicklungschancen der jungen Menschen einer Region zu verbessern.

Das Bemühen um die Umsetzung dieses Ziels wird in Hamburg auf einigen Gebieten besonders deutlich:

- Hamburg soll zur Modellregion für Kinder- und Jugendkultur werden und hat mit dem Fachkonzept Kinder- und Jugendkulturarbeit in Hamburg seit Juli 2004 ein Instrument dafür entwickelt.
- Ein ressortübergreifendes Expertengremium unter der Leitung des Ober-

baudirektors arbeitet an der Langzeitvorbereitung der Internationalen Bauausstellung 2013 in Wilhelmsburg; der Bildungsbereich ist mit dem Forum Bildung Wilhelmsburg aktiv beteiligt.

- Das Billenetz als Teil des Bundesprogramms »Lernende Regionen« arbeitet seit 2001 im Hamburger Osten in einem Entwicklungsraum mit ca. 148.000 Einwohnern und rund 40 Schulen.
- Hamburg ist seit 2005 mit dem regionalen Träger Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (STEG) Standort der bundesweiten »Werkstatt Kooperation mit außerschulischen Partnern«, einer von vier Werkstätten des Projekts »Ganztägig lernen« der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung zur Entwicklung von Ganztagschulen.

Community Education: Die pädagogische Perspektive

»It takes a village to raise a child!« also: jeder im »Dorf«, im Stadtteil, im Gemeinwesen muss Verantwortung für die dort Aufwachsenden übernehmen,...«³

Die »empirische Wende« im Bereich der Schul- und Unterrichtsforschung

hat vor allem durch PISA ein intensives Nachdenken darüber ausgelöst, was Schülerinnen und Schüler nach der 10. Klasse und nach dem Abitur heute eigentlich können müssen, um sich im Globalen Zeitalter⁴ nicht nur einigermaßen zurechtzufinden, sondern die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten auch außerhalb und nach der Schule anwenden zu können (»Literacy«).

Dabei wird in zunehmendem Maße deutlich, dass im Alltag der herrschende Trend, die notwendigen Basiskompetenzen eng mit den Fächern Deutsch, Mathematik, einer Fremdsprache (meist Englisch) und einer Naturwissenschaft zu koppeln, noch zu sehr dem Denken in den gewohnten Bahnen der klassischen Schulfächer verhaftet bleibt. Gleichzeitig zeigt sich aber auch eine Tendenz, den Erkenntnissen der Lehr-Lern-Forschung stärker Rechnung zu tragen, indem Methodenfragen, Didaktisches Training und Lernformen wie Kooperatives Lernen seit einiger Zeit erhöhte Aufmerksamkeit und Förderung erhalten.⁵

Was noch aussteht, ist die breite Rezeption und schulpolitische Umsetzung der Erkenntnisse von Studien zur politischen Bildung und Demokratieverzierung⁶ oder der OECD-Studie zu Kernkompetenzen für das Zusammenleben in modernen komplexen Gesellschaften⁷. Die OECD-Studie nennt drei zentrale Kompetenzen, die als Maßstäbe der Leistungsbewertung von Bildungssystemen für die persönliche und soziale Entwicklung herangezogen werden können:

- Interagieren in sozial heterogenen Gruppen
- Selbstständiges Handeln
- Interaktive Nutzung von Instrumenten und Hilfsmitteln.

Dass diese Kernkompetenzen zureichend nur erworben werden können, wenn sich die Schule gegenüber ihrem sozialen Umfeld öffnet, die Gemeinde und den Stadtteil als Lern- und Kooperationspartner einbezieht und sich selbst als ein »Haus des Lernens« begreift, das zugleich ein soziales und kulturelles Begegnungszentrum ist, halte ich für eine einleuchtende These.



Das Hamburger Schulgesetz trägt mit der Einführung der Aufgabengebiete 1997 dieser Sachlage durchaus Rechnung⁸. Die Stadt und der soziale Nahraum als Lernort werden im Bildungsplan der Aufgabengebiete vielfältig erwähnt und einbezogen. Das Gleiche gilt für das neue Fach Politik-Gesellschaft-Wirtschaft (PGW) in der Sek. I der Gymnasien⁹ und einige Vertiefungsbereiche des Rahmenplans Gemeinschaftskunde (Gmk) für die Sekundarstufe II¹⁰.

Auf methodischem Gebiet finden Entwicklungen auf dem Gebiet der Demokratieerziehung (civic education), die in Kanada und im angelsächsischen Raum schon weiter fortgeschritten sind, allmählich auch in Deutschland größere Resonanz. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Service Learning als ein Verfahren, um Partizipationsmöglichkeiten zu erkunden und die Übernahme von Verantwortung in Schule und Gemeinde zu lernen.¹¹

Last but not least hat die aktuelle Diskussion um Ganztagschulen der Entwicklung neue Impulse gegeben: Ganztagschulen mit ihrem erweiterten Zeitbudget (Nachmittagsangebote) brauchen in besonderem Maß Kooperationspartner für soziale, interkulturelle, ökologische, berufsorientierende, Medienkompetenz fördernde und demokratiepädagogisch orientierte Lernprogramme, wenn sie ihre Hauptaufgabe erfüllen sollen, den jungen Menschen dabei zu helfen, kompetente Bürgerinnen und Bürger einer demokratischen Gesellschaft zu werden.¹²

Aufeinander zu gehen: Das Netzwerk Schule und Nachbarschaft (NaSch)

Es begann Ende der 80er Jahre mit Veranstaltungen des Instituts für Lehrerfortbildung: Einer Studienreise 1989 nach Coventry, sieben bezirksbezogenen Jahresseminaren zum Lernen im Stadtteil, Exkursionen zu Stadtteil- bzw. Nachbarschaftsschulen in Berlin und Nordrhein-Westfalen. Vor allem Solingen mit 45 Schulen und einem eigenen Koordinationsbüro für Schule und Nachbarschaft reizte zur Nachahmung, da sich die Größenordnungen mit der eines Hamburger Bezirks vergleichen lassen.

Aus diesen vielfältigen Anregungen und direkter Kontaktaufnahme mit dem damaligen Bezirksamtsleiter Strenge ergab sich seit dem Deutschen Jugendhilfetag in Hamburg 1992 ein erster Arbeitszusammenhang zwischen Bezirksamt und Schulen in Altona, der paradigmatisch wirkte und bis heute in Varianten seine Fortsetzung in Eimsbüttel, Harburg, Wandsbek und Hamburg-Mitte¹³ gefunden hat.

Im Herbst 1998 fanden drei für die Netzwerkentwicklung von NaSch herausragende Ereignisse statt:

- Der Senat beschloss im September das Programm zur sozialen Stadtteilentwicklung.
 - Im November organisierte die Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (STEG) eine Fachtagung im Museum der Arbeit, die alle wichtigen Politikfelder zusammenbrachte: Stadtentwicklung, Jugendhilfe, Stadtteilkultur und Schule. Thema der Tagung: Schulen und Stadtteile gemeinsam entwickeln.
 - Im Auftrag des Landesschulrats Peter Daschner wurde unter der Leitung von Oberschulrat Ulrich Rother und in enger Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut der zentrale Arbeitskreis Schule und Nachbarschaft (Ak NaSch) gegründet.
- Dieser Arbeitskreis trifft sich etwa alle sechs Wochen und hat die Funktion einer Steuergruppe für den Auf- und Ausbau eines Netzwerks Schule und Nachbarschaft in ganz Hamburg.

Die politikfeldübergreifende Zusammensetzung des zentralen Arbeitskreises (BBS, Landesinstitut, Umweltbehörde, Kulturbehörde, STEG, Jugendhilfe, Volkshochschule, Schulleitungen) ist zugleich Vorbild für die Zusammenarbeit von Schulen und Kooperationspartnern in den Bezirken, Stadtteilen und Quartieren.

Aus den bisherigen Erfahrungen aus Coventry, Solingen, Altona, Eimsbüttel, Harburg, Wandsbek und HH-Mitte lässt sich idealtypisch eine Netzwerkstruktur ableiten, die mit situativen Varianten in jedem Bezirk angestrebt wird:

- Schirmherr ist immer der Bezirksamtsleiter bzw. die Bezirksamtsleiterin (der »Bürgermeister«).

- Alle zwei Jahre findet eine zentrale Veranstaltung an einem kommunalpolitisch bedeutsamen Ort statt, möglichst am Tagungsort der Bezirksversammlung (Rathaus oder Bürgerhaus).
- Eine Rathausgruppe unter der Leitung des Bezirksamtsleiters oder eines von ihm beauftragten Dezernenten bereitet diese Veranstaltung vor. In ihr sind die für Schule und Nachbarschaft wichtigen Abteilungen des Bezirksamtes (Jugendhilfe, Stadtteilentwicklung, Umwelt, Gesundheit, Arbeitsamt, ...) ebenso vertreten wie die aktiven Schulen:
- Die Schulgruppe ist aus Stadtteilbeauftragten aller Schulformen zusammengesetzt. Idealvorstellung pro Bezirk: 2 Grund-, 2 HR-, 2 Gesamtschulen, 1 Förder-, 1 Berufsschule und 2 Gymnasien. Sie tagt viermal im Jahr und hat die Aufgabe, die regionale Kooperation und Vernetzung zwischen den Schulen und mit außerschulischen Partnern voran zu bringen.
- Ein gemeinsam von BBS und Bezirksamt finanziertes NaSch-Büro koordiniert und führt die laufenden Geschäfte. Der/die Geschäftsführer/in nimmt eine Querschnitts- bzw. Schnittstellenaufgabe wahr. Die Fachaufsicht sollte bei der Unterabteilung Schulgestaltung der BBS und/oder beim Landesinstitut liegen.

In der Realität gibt es immerhin Annäherungen an diese idealtypische, Schul- und Stadtentwicklung integrierende Struktur: In den fünf genannten Bezirken haben die Bezirksamtsleiter jeweils die Schirmherrschaft übernommen und zentrale Veranstaltungen haben stattgefunden. Die Rathausgruppen haben teilweise funktioniert, die Schulgruppen jeweils über einen längeren Zeitraum bisher nur in Altona und Eimsbüttel. Stadtteilbeauftragte gibt es als anerkannte Funktion mit einer Anrechnungsstunde erst an 12 Schulen in Wilhelmsburg, ein Koordinierungsbüro seit Herbst 2000 in Eimsbüttel (NASchEi-Agentur), in Wilhelmsburg seit Herbst 2002, in Altona seit Herbst 2005, Wandsbek und Mitte sind in der Planung. Für solche Schnittstellenfunktionen geeignete Personen zu finden, ist besonders

schwierig und der Teufel steckt wie überall im Detail.

Insgesamt ist hier mit erstaunlicher Kontinuität eine zur Aufgabe der gemeinsamen Entwicklung von Hamburger Schulen und Stadtteilen passende Struktur gewachsen, die anschluss- und ausbaufähig ist und als strategisches Entwicklungsprojekt intensiv gefördert werden sollte. Sein Potenzial erschließt sich erst dann richtig, wenn man es z.B. vor dem Hintergrund der Dekade der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung betrachtet, zu der die UNO den Zeitraum 2005 – 2014 ausgerufen hat. Entgegen der landläufig immer noch verbreiteten Meinung handelt es dabei keineswegs nur um ökologische Projekte. Eines der erklärten Kompetenzziele der Dekade lautet demokratische Politikgestaltung. Ein erster Hamburger Aktionsplan ist vor kurzem erschienen und die Kooperation zwischen »zivilgesellschaftlichen Akteuren« und Schulen spielt darin eine wichtige Rolle.¹⁴

Anmerkung zu den Beiträgen

Die sieben folgenden Beiträge sind in der Regel so aufgebaut, dass zunächst die Perspektive der Stadt(teil)entwicklung dargestellt wird, meist in Form eines Interviews mit einem der verantwortlichen Akteure. Der inhaltliche Akzent liegt dabei unterschiedlich stark auf den Entwicklungsbereichen Kultur (Kultur macht Schule), Bildung (Forum Bildung Wilhelmsburg, NaSchEi), Soziales Engagement (ASB/Sozial macht Schule), Quartiersentwicklung (STEG/Lurup, Billenetz) und städtebaulichen Aufgaben wie Verkehrsplanung (HVV).

Jedem dieser Interviews sind eines oder mehrere Schulbeispiele zugeordnet, die aus der Zusammenarbeit hervorgegangen sind oder von ihr profitiert haben.

- ¹ STEG Hamburg mbH (Hg.), QN spezial, Schulen und Stadtteile gemeinsam entwickeln, Hamburg 1998, Dokumentation der Fachtagung im Museum der Arbeit vom November 1998, S.4 f
- ² Hamburg im Aufwind – die Zukunft der Wachsenden Stadt gestalten, Regierungsprogramm 2004 – 2008, S.12

- ³ Hilary Clinton, zitiert nach Helga Treeß, in: BBS (Hg.), Dokumentation der NaSchMit-Veranstaltung vom 17.2.2005 in der Patriotischen Gesellschaft, Hamburg 2005, S. 6
- ⁴ Der britische Soziologe Martin Albrow hat diesen Begriff als Epochenbezeichnung bereits 1996 vorgeschlagen. Vgl. A. Pongs (Hg.): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?, Dilemma-Verlag, München 1999, S. 27–45
- ⁵ Z.B. im sogenannten »Regionalprojekt« des Landesinstituts, an dem sich zur Zeit ca. 60 Schulen beteiligen.
- ⁶ IEA Civic Education Study (CIVED) zu grundlegenden politischen Kenntnissen und Einstellungen bei Jugendlichen in 28 Staaten in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre (veröffentlicht 1999 -2002) und EURYDICE-Studie zur Demokratieerziehung an den Schulen und in der Lehrerbildung europäischer Länder (veröffentlicht 2005). Mehr im Internet unter www.iea-dpc.de und www.eurydice.org
- ⁷ Die Ergebnisse sind veröffentlicht in D.S. Rychen/L.H.Salganik (Hg.): Key Competencies for a Successful Life and Well-Functioning Society, Göttingen 2003. Mehr im Internet unter www.de-seco.admin.ch
- ⁸ Vgl. Hamburg macht Schule 4/1998
- ⁹ Vgl. Landesinstitut (Hg.), Materialien PGW, Januar 2005, S.71 – 73
- ¹⁰ Vgl. bes. den Vertiefungsbereich 3 des 1. und 2. Semesters (Wirtschaft und Gesellschaft)
- ¹¹ Anne Sliwka/Susanne Frank: Service Learning – Verantwortung lernen in Schule und Gemeinde, Weinheim und Basel 2004.
- ¹² Hervorzuheben ist hier das Projekt Ganztägig lernen der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Mehr im Internet unter www.ganztaegig-lernen.de. Mit Beginn des Schuljahres 2005/06 wurde auch in Hamburg eine von der Stiftung finanzierte Regionale Service-Agentur zur Unterstützung von Ganztagschulen eingerichtet (Kontakt: bjoern.steffen@li-hamburg.de).
- ¹³ In allen genannten Bezirken haben zentrale Veranstaltungen mit wechselnden Themen unter dem Motto



»Schulen und Stadtteile gemeinsam entwickeln« stattgefunden, die meist auch schriftlich dokumentiert sind: In Altona seit 1993 fünf, in Eimsbüttel seit 1998 sieben, in Harburg seit 2000 zwei, in Wandsbek eine 2003 und in Mitte eine 2005. Ort war stets das Rathaus, Schirmherr der jeweilige Bezirksamtsleiter.

¹⁴ Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg lernt Nachhaltigkeit, Hamburger Aktionsplan 2005/06, September 2005, S. 21

*Wolfgang Steiner,
 Lehrer und Mitarbeiter der Abteilung
 Fortbildung des Landesinstituts im Referat
 Gesellschaft mit dem Schwerpunkt
 Projektdidaktik und Stadtteilkooperation,
 Projektleiter des BLK-Programms
 Demokratie in Hamburg,
 Felix-Dahn-Straße 3,
 22357 Hamburg,
 Tel.: 4 28 01-26 79,
 E-Mail: wolfgang.steiner@li-hamburg.de*

Das Billenetz – eine »Lernende Region«

Erfahrungen der Projektleitung und des Rauhen Hauses

Das Billenetz ist das Bildungsnetzwerk im Hamburger Osten, ein Projekt im Rahmen des Bundesprogramms »Lernende Regionen«. Jugendhilfe und Schule, Wirtschaft und Schule, Sprach- und Gesundheitsförderung sind die Schwerpunkte, unter denen Partikularinteressen zu einem regionalen Konzept lebenslangen gemeinsamen Lernens gebündelt werden.

HmS: Was ist das Billenetz?

R.W.: Es umfasst die Stadtteile Billstedt, Mümmelmannsberg, Horn, Hamm und Rotherburgsort – eine Region mit etwa 148.000 Menschen.

2001 wurde das Billenetz in das Bundesprogramm Lernende Regionen aufgenommen. Seit Juni 2002 sind wir in der Durchführungsphase. Mittlerweile gehören über

50 Einrichtungen – Schulen, Betriebe, Initiativen, Beschäftigungsgesellschaften, soziale und kulturelle Institutionen – zum Netzwerk. Der »Rote Faden« unserer Aktivitäten: Eine neue, zeitgemäße Lernkultur zu entwickeln und damit bei den BewohnerInnen den Spaß am lebenslangen Lernen zu wecken.

HmS: Welche Rolle spielen die Schulen?

R.W.: Eine große; zum Entwicklungsraum gehören etwa 30 Schulen. Die Schulen Hermannstal, Beim Pachthof und die Sprachheilschule am Fuchsbergredder waren unsere ersten Partner.

HmS: Wie kommen die Kooperationspartner zusammen? Wo trifft man sich?

R.W.: Wir haben Arbeitskreise zu unseren Themenschwerpunkten und eine Steuerungsgruppe, die alle Aktivitäten koordiniert. Zweimal im Jahr treffen sich alle Netzwerkpartner zum Plenum, dort werden Erfahrungen ausgetauscht, Entscheidungen getroffen und Aktivitäten gestartet.

HmS: Gibt es auch Schwierigkeiten bei der Kommunikation so vieler unterschiedlicher Partner?

A.B.: Natürlich. Das Aufeinanderzugehen der Offenen Jugendarbeit mit ihren freiwilligen Angeboten einerseits und den verbindlichen Angeboten, die die Schulen verlangen, ist nach wie vor schwierig. Besonders deutlich wird das bei der Ganztagschuldebatte. Die Vertreterinnen und Vertreter der Offenen Jugendarbeit befürchten eine Vereinnahmung und die Verschulung der freiwilligen Angebote, wenn diese in das Nachmittagsprogramm der Schulen integriert werden. Aber auch die Kommunikation der Schulen mit ihren Stadtteilpartnern findet bisher nur selten auf Augenhöhe statt.

HmS: Kann das Billenetz bei der Lösung dieser Probleme etwas bewegen?

R.W.: Perspektivisch schon. Das Billenetz bietet personelle Ressourcen (eigenes Büro zur Netzwerkkoordination mit Bettina Rosenbusch), Projektförderungs- und Drittmittel und systematisch bearbeitete Themenschwerpunkte: Jugendhilfe und Schule, Sprachförderung und Gesundheitsförderung. Außerdem geben wir jährlich den Lehrstellenatlas Hamburger Osten heraus und es gibt einen regionalen Arbeitskreis Schule und Wirtschaft, in dem neben mittleren und kleineren Unternehmen auch so potente Partner wie Still, Raffay und Darboven mitarbeiten. Entscheidendes Ziel bleibt die Bündelung von Partikularinteressen zu einem regionalen Konzept – und bei mindestens 50 Prozent aller Aktivitäten sind die Schulen als zentraler Faktor einer gemeinsamen Entwicklung dabei!

A.B.: Viele Kooperationsprojekte sind erst durch das Billenetz möglich geworden. An inzwischen acht Schulstandorten gibt es jetzt eine Kooperationsvereinbarung, die u.a. eine halbe Sozialpädagogenstelle pro Schule als »intermediäre Instanz zwischen Schule, Jugendhilfe und Elternhaus« vorsieht.

HmS: Im Mai 2006 läuft die Bundesförderung aus dem Programm »Lernende Regionen« für das Billenetz aus. Wie geht es dann weiter?

R.W.: Durch unsere Arbeit ist deutlich geworden, dass ein regionales Management für den Hamburger Osten nützlich ist. Wir fühlen uns von Politik und Verwaltung anerkannt, so dass wir zuversichtlich sind, das Projekt fortführen zu können. Wichtig wird für uns das Programm »Aktive Stadtteilentwicklung 2005–2008«. In der Senatsdrucksache werden wir bereits positiv erwähnt: »Das Billenetz soll intensiv in die Stadtteilentwicklung einbezogen werden.«

Rüdiger Winter,
Projektleiter,

Besenbinderhof 60,
20097 Hamburg,
Tel.: 28 40 16-23,

ruediger.winter@hamburg.arbeitundleben.de

Albert Borde,

Kinder-/Jugendhilfe Rauhes Haus,
Beim Rauhen Hause 21,
22111 Hamburg,
Tel.: 6 55 91-1 36,

aborde@rauheshaus.de

Billenetz-Koordinationsbüro,

Hübbesweg 9,

20537 Hamburg,
Tel.: 21 90 21 94,

bettina.rosenbusch@billenetz.de,
internet: www.billenetz.de

Elterncafé – ein Ort des Austausches

Ort: Pausenhalle der Schule Hermannstal

Öffnungszeiten: dienstags von 15.00 bis 17.00 Uhr und donnerstags von 14.00 bis 16.30 Uhr

Anwesend: Eltern, ehrenamtliche engagierte Eltern, die den Cafébetrieb übernehmen, REBUS, LehrerInnen und Lehrer der Schule Hermannstal, eine Sozialpädagogin und ein Sozialpädagoge mit insgesamt einer halben Stelle.

Gesprächs-, Beratungs-, Bildungs-, Gestaltungsangebote:

- Kennenlernen und Austausch unter den Eltern über eigene Erfahrungen
- Austausch mit LehrerInnen über den Schulalltag und besondere Ereignisse (bei Konfliktsituationen und problembelastenden Gesprächen kann der Schülerclub genutzt werden)
- Alle zwei Monate veranstalten wir mit den Eltern und Schülern der Schule einen Flohmarkt. Hierbei steht die gemeinsame Organisation und Durchführung im Mittelpunkt. Es geht weniger um das Ver- und Einkaufen auf dem Flohmarkt als das Zusammen-

treffen der Eltern und Schülerinnen und Schüler. Während des Flohmarktes gibt es zudem eine Kinderaktion und Essen und Trinken und die Möglichkeit miteinander ins Gespräch zu kommen und andere Aktionen zu planen.

- Einzelberatung (innerhalb des Elterncafés und an Extraterminen): Beratung zu Erziehungsfragen und darüber hinaus in anderen wichtigen Lebensfragen, bei Bedarf konkrete Unterstützung durch Begleitung (Schuldenberatung, Familienerholung, Gesundheitsberatung, Beratung zum Thema Suchtverhalten, Beratung und Begleitung zu Behördenangelegenheiten, Informationen zu Angeboten im Stadtteil, Verweisung an andere Einrichtungen, Beratung zur Arbeitsplatz- und Wohnungssuche, etc.)
- Angebot von Themennachmittagen: gemeinsame Gestaltungs- und Themenvorschläge in Abstimmung auf die Interessen und Bedürfnisse der Bewohner des Stadtteils (z.B.: gemeinsames Kochen mit Kindern und Eltern, Weihnachts- und Osteraktionen, etc.)

- Im Rahmen des Elternrates: Zusammenarbeit mit dem Elternrat. Unterstützung bei der strukturellen Organisation des Elternrates.

Ziel des Elterncafés und der besonderen Aktionen: Es soll ein Kommunikationsforum für Eltern und ihre Bedürfnisse vor allem in Bezug auf ihre Kinder geschaffen werden. Eltern erleben die Schule als einen positiven Ort, an dem sie sich austauschen können, sich angenommen fühlen und Hilfe bekommen.

Sprachförderung (durchgeführt im Rahmen der halben Stelle des Elterncafés):

Einmal wöchentlich findet ein Gesprächskreis mit Erwachsenen mit Migrationshintergrund statt. Hierbei stehen die Vermittlung von Kultur, Politik, Geschichte und Alltagswissen und das Üben der deutschen Sprache im Vordergrund. Des Weiteren sind mit den Eltern Exkursionen und Ausflüge geplant.

Ziel: Eltern erwerben Sprachkompetenz und sind so befähigt und in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt, um den Kontakt zur Schule aufzunehmen. Sprachbarrieren werden abgebaut.

Elternkurs: Ab Anfang November wird einmal wöchentlich der Elternkurs »starke Eltern – starke Kinder« angeboten. Dies ist ein Gruppenangebot für Eltern über zwölf Abende für 2,5 Stunden.

Ziel: Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen und zu stärken und den Kinderrechten- insbesondere dem Recht auf gewaltfreie Erziehung – in der Familie Geltung zu verschaffen.



*Annika Arens,
Rauhes Haus – Betreuerin des Elterncafés,
Tel.: 0160/4 23 41 45
Silke Breuer,
Schulleiterin Schule Hermannstal,
Hermannstal 82,
22119 Hamburg,
Tel.: 42 88 61 20*

Verkehrssystem und Mobilität aktiv mitgestalten

Erfahrungen der HVV Schulberatung

Die HVV-Schulberatung sieht ihre Angebote als Beitrag zu einer ökologischen und sozialverträglichen Stadtentwicklung. Schülerinnen und Schüler sollen als »aktive Subjekte« Mobilität und Verkehrssystem durch Partizipation demokratisch mitgestalten. Das Beispiel einer 10. Klasse des Gymnasiums Allermöhe zeigt, wie Medienerziehung und Geographieunterricht diese Intention praktisch umsetzen können.

HmS: Was hat die HVV-Schulberatung mit dem Thema dieser Ausgabe zu tun?

A.H.: Die HVV-Schulberatung gibt es jetzt seit fast 15 Jahren. Ihre Aufgabe besteht in der Förderung des öffentlichen Verkehrs mit Bus und Bahn bei Schülerinnen und Schülern von der Grundschule bis zur Sekundarstufe II. Das Motto: Mobilität muss sozial und ökologisch verträglich gestaltet werden. Bus und Bahn werden dabei als Teil eines umweltfreundlichen Gesamtkonzepts gesehen, das ebenso die Förderung der Fahrradnutzung, des Zu-Fuß-Gehens, des Car-Sharing, am Rande sogar die Fortbewegung per Skateboard oder Rollerblades umfasst. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur ökologischen und sozialverträglichen Stadtentwicklung geleistet.

*Dr. Andreas Huber,
HVV-Schulberatung,*

Kurze Mühren 13,

20095 Hamburg Tel.: 040/8 39 94-2 74,

huber@hvv-schulberatung.info,

Internet: www.hvv-schulberatung.info

HmS: Andererseits ist der HVV ein Unternehmen, das natürlich für sich werben will ...

A.H.: Das stimmt. Es macht einen Unterschied, ob das Marketing zum Kauf oder zur Nutzung des Produkts einfach nur überreden will, oder ob es echte Lernsituationen und Gelegenheiten zur Selbstüberzeugung des Kunden bietet. Die HVV-Schulberatung geht den zweiten Weg und macht deshalb ein Bildungsangebot:

Unterrichtsmaterialien, Projektvorschläge und Wettbewerbe, die eigene Erfahrungen ermöglichen wie z.B. der Schreibwettbewerb »Begegnungen – Menschen in Bus und Bahn«.

HmS: Gibt es so etwas wie ein pädagogisches Konzept?

A.H.: Eindeutig ja. Die frühere Verkehrserziehung könnte man unter die Überschrift stellen »Überleben in der Großstadt«. Der Verkehr wurde als Tatsache hingenommen, auf die man sich im Interesse des eigenen Überlebens einzustellen hatte. Das Subjekt blieb passiv, lernte lediglich, »richtig« zu reagieren.

Bei unserem Konzept spielt das Subjekt hingegen eine aktive Rolle: Die Mobilität und das Verkehrssystem müssen so gestaltet sein, dass sie den Bedürfnissen von Heranwachsenden genügen. Der Umgang mit öffentlichen Verkehrsmitteln wird also als Teil der Gestaltung des öffentlichen Raums betrachtet.

HmS: Können Sie das konkretisieren?

A.H.: Ich möchte zwei Angebote hervorheben, bei denen die Intention der Mitgestaltung und Partizipation besonders deutlich wird:

1. Seit 2002 wurden ca. 500 Jugendliche aus 15 Schulen unter dem Titel Peace-Maker zu Fahrzeugbegleitern ausgebildet, die mithelfen, dass es in den Bussen weniger Vandalismus und Streit gibt.

Dadurch werden soziale Kompetenz und die Fähigkeit zur Streitschlichtung gefördert.

2. Für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 9 – 12 wurde mit dem Lehrstuhl für Verkehrsökologie der TU Dresden, dem MultiMedia-Studio des Fachbereichs Erziehungswissenschaft der Uni Hamburg und Hamburger Lehrern eine interaktive Software entwickelt. Sie kann in Fächern wie Geographie, Politik, Gemeinschaftskunde oder bei Projekten des Aufgabengebiets Mobilitäts- und Verkehrserziehung eingesetzt werden und ermöglicht Schülerinnen und Schülern eine aktive Rolle als Stadt- und Verkehrsplaner.

HmS: Bleibt es beim unterrichtlichen Rollenspiel oder wird wirkliche Partizipation angestrebt?

A.H.: Das Konzept sieht drei Stufen vor: 1. Analyse, 2. Konzeptentwicklung und Präsentation eines Vorschlags, 3. Gestaltung und Umsetzung im lokalen Umfeld.

Die bisherige Praxis – z.B. Untersuchung der Fahrradwege der Schülerinnen und Schüler an der Schule Hegholt (Kl. 9) oder eine Folgenabschätzung der Verlängerung des Ring 3 am Gymnasium Meiendorf (LK Geographie, Jg.12) – ist noch nicht über die Stufen 1 und 2 hinausgekommen.

Allerdings hat die Präsentation des LK Geographie immerhin auf einer öffentlichen Veranstaltung des HVV die außerschulische Öffentlichkeit erreicht. Die Kontakte mit den Ortsämtern und den Stadtplanungsabteilungen der Bezirksämter sollen und müssen künftig weiter ausgebaut werden, damit die von Schülerinnen und Schülern erarbeiteten Vorschläge Anlässe für einen echten Dialog mit den Fachleuten der Behörde werden können.

Schülerinnen und Schüler einer 10. Klasse als Verkehrsplaner

Die Lernsoftware des HVV »Wohin geht die Fahrt?« bildet das abschließende Modul für den Medienausweis, mit dem die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Allermöhe ihre Leistungen im Aufgabengebiet Medienerziehung in der Sekundarstufe I zertifiziert bekommen.

Die im Folgenden skizzierte Unterrichtseinheit wurde erstmalig 2003 in einer 10. Klasse im Fach Geographie durchgeführt und umfasste drei größere Abschnitte:

- Erarbeitung der Programmfunktionen (1. – 6. Unterrichtsstunde)
- Projektphase (7. – 13. Unterrichtsstunde)
- Präsentationsphase (14. – 17. Unterrichtsstunde)

Im Vorlauf zum Einsatz der CD waren zentrale Begriffe wie Nachhaltige Entwicklung, Mobilität und Verkehr, Wirkfaktoren (z.B. Lärm, Klimagase, Partizipation) und Zentrale Faktoren (z.B. Stadtstruktur, Verkehrsmittelwahl, Wohnort- und Zielwahl) geklärt worden, ausgehend von der konkreten Lebenssituation und den Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler im Straßenverkehr.

Die SchülerInnen arbeiteten die gesamte Unterrichtseinheit über in sieben Dreiergruppen.

Die ersten sechs Unterrichtsstunden dienten der Einführung und Einübung in die Handhabung des Programms anhand von verkehrsgeographischen Problemstellungen aus dem Schulumfeld (z.B. Geschwindigkeitskontrollen).

Im Zentrum der Gruppenarbeit stand dabei die Erarbeitung von Wirkfaktoren und deren Zuordnung zu den Bereichen Ökologie, Ökonomie und Soziales. Mögliche Arbeitsaufträge zur Untersuchung ei-

nes Wirkfaktors im Schulumfeld wurden von den einzelnen Gruppen methodisch vorgedacht (z.B. Frage- oder Beobachtungsbogen entwerfen).

Die Ergebnisse dieser Gruppenarbeiten wurden mit dem Beamer präsentiert. Das

- Geschwindigkeit auf der Stadtautobahn – rauf oder runter?
- Konzepte zur Umgestaltung des Bergedorfer ZOBS
- IKEA Moorfleet – ein profitabler Standort?



abschließende Unterrichtsgespräch konzentrierte sich vor allem auf die möglichen Wechselwirkungen der untersuchten Wirkfaktoren und bot damit eine Gelegenheit zur Sensibilisierung der Schülerinnen und Schüler für vernetzendes Denken.

In der anschließenden Projektphase untersuchten die Gruppen je eine Verkehrsmaßnahme aus drei verschiedenen Kategorien:

- bereits abgeschlossene
- in der Planung befindliche
- von Schülerinnen und Schülern vorgeschlagene.

In der 9. – 13. Unterrichtsstunde arbeiteten die Schülergruppen im Schulumfeld. Sie führten Messungen und Interviews durch, machten Fotos oder drehten sogar einen kleinen Film. Die Lehrkraft war als ständiger Ansprechpartner im PC-Raum präsent.

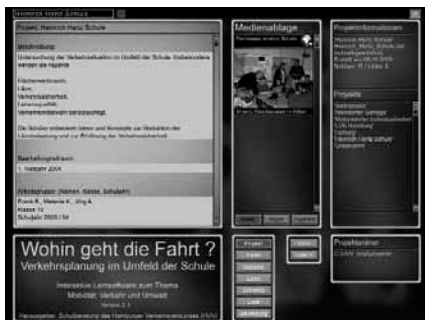
Folgende Projektthemen wurden bearbeitet:

- Der Grüne Pfeil im Stadtteil – Beitrag zur Verkehrssicherheit und Nachhaltigen Entwicklung?
- Die neue Umgehungsstraße – Sinn oder Unsinn?

- Organisation und Durchführung eines »autofreien Tages« an der Schule
- Parkplatzangebot – Ausbau oder Reduzierung?

Die abschließenden vier Unterrichtsstunden dienten der Präsentation und Bewertung der Projektergebnisse. Dabei war auffällig, dass die Arbeit mit der Lernsoftware einige der Gruppen dazu motivierte, sich mit der Qualität ihrer Texte und selbst gestalteten Medien in zuvor nicht gewohntem Maße auseinanderzusetzen.

Der Einsatz der Software in der Sekundarstufe II (Semesterthema Stadtentwicklung des Rahmenplans Geographie oder als selbst gestellte Aufgabe) ist in Vorbereitung.



Ingo Kriebisch,
Lehrer,

Gymnasium Allermöhe,
Walter-Rothenburg-Weg 41,
21033 Hamburg,
Tel.: 73 59 32-0,

webmaster@gymnasium-allermoehe.de

Sozial macht Schule

Erfahrungen des Projektleiters

HmS: Was hat das Projekt Sozial macht Schule des Arbeitersamariterbundes (ASB) mit Schule und Stadtentwicklung zu tun?

R.M.: Viele soziale Einrichtungen leben nebeneinander her, ohne sich gegenseitig wirklich wahrzunehmen. Das gilt z.B. für Altenpflegeheime, Behinderten-Einrichtungen, Kindertagesstätten, Obdachlosen-Einrichtungen (z.B. die Hamburger Tafel, Hinz und Kunzt) u.a. Wenn Schulen anfangen, sich um diesen Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu kümmern, dann werden zunächst einmal Vorurteile überwunden. Die Einrichtung eines Sozialpraktikums führt zu einer Verstärkung der Kontakte. Partnerschaften und Nachbarschaft können sich entwickeln, man kennt, vertraut und hilft sich, wie es in einem funktionierenden Gemeinwesen sein sollte.

Seit 1997 haben ca. 50 Schulen soziales Lernen in ihr Schulprogramm übernommen, ca. 5000 Hamburger Schülerinnen und Schüler haben mit unserer Unterstützung an irgendeiner Form von Sozialpraktikum teilgenommen.

HmS: Welche Formen des Sozialpraktikums gibt es bzw. hat es bisher gegeben?

R.M.: Zunächst einmal das Schnupperpraktikum, bei dem die Jugendlichen 2 – 3 Tage eine Einrichtung kennenlernen können. Dann haben wir die Alternativen Wandertage, also z.B. Ausflüge und Spaziergänge mit alten Menschen und Rollstuhlfahrer/innen. Der Boys Day bietet Jungen Gelegenheit, soziale Berufe

Das Projekt Sozial macht Schule des Arbeitersamariterbundes (ASB) bietet von Alternativen Wandertagen über Langzeitpraktika bis hin zum generationsübergreifenden Dialog mit ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und Hilfen für Tsunami-Opfer eine Fülle von Anregungen für Sozialpraktikum und ehrenamtliches Engagement. Die Schulen Othmarscher Kirchenweg und Charlottenburger Straße setzen die Anregungen praktisch um.

kennenzulernen. Langzeitpraktika (ein Praxistag pro Woche über 6 – 12 Monate) haben sich besonders bei Haupt- und Förderschülern zur Entwicklung sozialer Basisfähigkeiten mit berufsorientierendem Charakter bewährt. Ein Großereignis waren die Special Olympics 2004: Ca. 500 Schüler aus verschiedenen Schulen aller Schulformen haben bei der Organisation und Betreuung der geistig behinderten Sportlerinnen und Sportler geholfen.

HmS: Beeindruckend. Auf eurer Website findet man aber noch mehr ...

R.M.: Na klar. Auf der Grundlage dieser »Standardformen« haben sich seit ca. fünf Jahren mehrere spezielle Projekte entwickelt. Ich nenne mal vier:

- Lass kein Gras drüber wachsen: Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen der HR-Schule Charlottenburger Straße, darunter auch viele Muslime, reinigen einmal pro Jahr die Gedenkstätte Joseph-Carlebach-Platz, Standort der ehemaligen Synagoge im Grindelviertel.

- Dialog der Urenkelinnen und Urenkel: Schülerinnen und Schüler aus Prag und Hamburg haben in ihrer Stadt nach ehemaligen Häftlingen des KZ Neuengamme geforscht. In den Herbstferien 2004 (!) waren Überlebende in Hamburg zu Besuch und wurden von den Jugendlichen auf den Spuren ihrer Vergangenheit und in der Freizeit begleitet. Im September 2005 hat der Gegenbesuch der Schüler/innen in Prag und Theresienstadt stattgefunden.

- OKWay: Die Schülerfirma der R 10 am Othmarscher Kirchenweg unterstützt fünf Tsunami-Opfer, die durch das Unglück im Dezember 2004 zu Witwen geworden sind (s. nächste Seite).

- Stolpersteine: Schülerinnen und Schüler entdecken vergessene Opfer des Nazi-Regimes in ihrem Stadtteil, erforschen deren Biographie und sorgen – durchaus gegen Widerstände – dafür, dass zur Erinnerung ein Stolperstein verlegt wird. Sie erhalten dafür den Bertini-Preis.

HmS: Welche Zwischenbilanz kann man nach acht Jahren ziehen?

R.M.: Gerade Haupt- oder Förderschüler erfahren hier (z.T. zum ersten Mal) Wertschätzung, Dankbarkeit und Anerkennung. Sie zeigen plötzlich Kompetenzen, die ihnen vorher niemand zugeordnet hat: Verlässlichkeit, Pünktlichkeit, Risikobereitschaft, Empathie, Offenheit, Durchhaltefähigkeit. Meine zentrale Erfahrung: Die Jugendlichen sind viel besser als ihr Ruf, wenn man ihnen wirkliche Verantwortung im Gemeinwesen überträgt.

Noch ein wichtiger Aspekt: Die Zusammenarbeit mit Stadtteilinitiativen, NGOs und Trägern der Jugendhilfe »öffnet Geldsäcke«, die sonst zugeschnürt bleiben (hier z.B. deutsch-tschechischer Zukunftsfonds, BP Deutschland, Glücksspirale, PSD-Bank Hamburg).

Rainer Micha,
Projektleiter/ASB,
Schäferkampsallee 29,
20357 Hamburg,
Tel.: 01 72/4 34 63 66,
rainer.micha@asb-hamburg.de,
Internet: www.sozial-macht-schule.de

Schülerinnen und Schüler helfen Tsunami-Opfern

Die Schülerinnen und Schüler der Schule Othmarscher Kirchenweg in Hamburg-Bahrenfeld haben mit den Verantwortlichen (Schule, Mopo, ASB, Sozial Macht Schule) das Projekt »OKway hilft den Witwen in Südindien« aus der Taufe gehoben.

In diesem Projekt geht es auch um die nachhaltige Partnerschaft von SchülerInnen des Othmarscher Kirchenweges (OKway) mit 4–5 indischen Frauen, die durch den Tsunami zu Witwen wurden. Sie müssen unter schwierigsten Bedingungen ihre Kinder »durchbringen«. Dabei wollen die Jugendlichen dauerhaft behilflich sein, indem sie eine Partnerschaft für 4–5 Frauen in Südindien übernehmen.

Helfen sollen Spendenmittel aus Hamburg, die von den SchülerInnen selbst bei Wind und Wetter seit Januar 2005 gesammelt wurden.

Jede der beteiligten Frauen hat eine Nähmaschine sowie Stoffe als »Starterkits« zur Verfügung gestellt bekommen. Auf Grund der Geschicklichkeit in diesem Handwerk stellen sie typische Kleidung her. Die Marketingabteilung der SchülerInnenfirma hat im Umfeld der Schule eine Feldstudie zu Farben, Produkten und Design durchgeführt, deren Ergebnisse nach Indien weitervermittelt wurden. Nach diesen Vorgaben werden jetzt Saris, Strandtücher und Sommerkleidung

gefertigt, die hier in Hamburg gut verkäuflich sind.

Die Produkte werden dann über kostengünstige Wege, die die Abteilung Geschäftsführung der SchülerInnenfirma selbst erkundet hat, nach Hamburg geschafft.

Die produzierten Waren werden dann in Hamburg von der Verkaufsabteilung direkt an die Kundinnen und Kunden ausgeliefert oder bei besonderen Anlässen verkauft, beispielsweise auf dem Schulfest oder beim Sommerfest des ASB im September 2005.

Der Verkaufserlös in Form von Bargeld wird auf ähnlich kostengünstigen Wegen nach Indien zurück getragen. Außerdem sind 800 T-Shirts mit dem OKway-Logo von der Firma Schneider gesponsert worden. Die SchülerInnen werden sie verkaufen und den Erlös nach Indien schicken, damit die Frauen dort vor Ort weitere Waren produzieren können.

Clas Beese – BWL-Student und Mitarbeiter des ASB-Ortsvereins Hamburg-Mitte und bis Ende Juli 2005 unser Mann in Südindien – kontrollierte die Projekte, beriet die Frauen und andere Beteiligte und sicherte die Kommunikation über Internet und Telefon direkt mit den Jugendlichen. Seit August hat diese Aufgabe ein Inder übernommen: Professor Jeevanandam von der Universität Chennai.

Das Projekt ist innerhalb der Schule im neunten Jahrgang angesiedelt und auf fünf Jahre angelegt. In jedem neuen Schuljahr übernimmt eine neue HR 9 – Klasse die Verantwortung.

Statement eines Schulleiters

Die GHR-Schule Charlottenburger Straße arbeitet seit vier Jahren mit dem ASB und Rainer Micha zusammen. In dieser Zeit ist ein Sozialpraktikumskonzept entstanden, das wir jetzt in unser Schulprogramm aufgenommen haben: Schülerinnen und Schüler arbeiten z.B. in einem Altenheim und in einer Einrichtung für blinde Menschen; die Kontakte werden über den ASB vermittelt. Ebenfalls fest im Programm des zweiten Halbjahres R 9 und des ersten Halbjahres R 10 ist das Erinnerungsprojekt »Lass kein Gras drüber wachsen«. Schülerinnen und Schüler, darunter auch viele Muslime, pflegen die Gedenkstätte Joseph-Carlebach-Platz, den Standort der ehemaligen Synagoge im Grindelviertel. Die Schülerinnen und Schüler hatten in der 9. Klasse Hamburger Betriebe erkundet, in denen während der Nazizeit tschechische Zwangsarbeiter beschäftigt wurden und sich in den Herbstferien (!) 2004 mit einer tschechischen Jugendgruppe getroffen, die die Lebenswege dieser Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter erforschte. Daraus ergab sich das Projekt »Dialog der Urenkel/innen« mit einem Besuch ehemaliger Zwangsarbeiter in Hamburg. Jetzt (September/Oktober) sind die Schüler zum Gegenbesuch in Theresienstadt in Tschechien.

Wir sind von der bisherigen Zusammenarbeit mit dem ASB und Rainer Micha begeistert und hoffen auf weitere Projekte!

Thomas Berger
SL Charlottenburger Straße



Ilona Brokmann,
Lehrerin,
Schule Othmarscher Kirchenweg,
Othmarscher Kirchenweg 145,
22763 Hamburg,
Tel.: 8 80 70 11
Thomas Berger,
Schulleiter,
Schule Charlottenburger Straße,
Charlottenburger Straße 84,
22045 Hamburg,
Tel.: 88 88 16 71

Forum Bildung Wilhelmsburg

Erfahrungen des Geschäftsführers

Das FBW hat den Auftrag, die Entwicklungsperspektiven von Kindern und Jugendlichen durch eine verstärkte Kooperation der Bildungseinrichtungen in Wilhelmsburg zu verbessern. In den vergangenen drei Jahren ist hier eine Dienstleistungsagentur mit stadtteilbezogenen Bildungsangeboten entstanden, die den Schulen und dem Stadtteil spürbar nützt. Die Grundschule An der Burgweide hat die Kooperation 2004/05 bilanziert.

HmS: Was ist das FBW?

W.K.: Das FBW besteht seit August 2002. Es ist das Ergebnis der Wilhelmsburger Zukunftskonferenz, insbesondere der AG 6 (Bildung und Schule). Diese hatte nach mehrmonatiger Arbeit in ihrem Weißbuch im März 2002 eine übergeordnete Einrichtung gefordert, die die Zusammenarbeit der bestehenden Bildungseinrichtungen verbessern sollte. Ziel war und ist, die Entwicklungsperspektiven von Wilhelmsburger Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

HmS: Wie arbeitet das FBW?

W.K.: Das FBW-Büro versteht sich gleichzeitig als Koordinationsbüro und Dienstleistungsagentur. Für die laufende Arbeit bin ich als Geschäftsführer verantwortlich. Diese Funktion wurde von der BBS mit einer halben Stelle ausgestattet und

musste bisher jedes Jahr neu eingeworben werden. Mit der anderen Hälfte meiner Arbeitszeit bin ich Lehrer an der Gesamtschule Wilhelmsburg. Dort ist auch das FBW-Büro untergebracht. Neben der Vertrautheit mit der Wilhelmsburger Schullandschaft sind für die Geschäftsführung des FBW gute Kontakte zu den außerschulischen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen notwendig und vorhanden.

HmS: Was heißt das konkret?

W.K.: Die jahrelange Arbeit als »Direktor« des Kinder- und Stadtteil-Zirkus Wilibald hat da schon sehr geholfen. Man kennt die KITAS, die Elternschule, die Häuser der Jugend und vor allem auch das Bürgerhaus, das sich für die Arbeit des FBW als wichtiger Kooperationspartner für Veranstaltungen und besonders geeigneter Treffpunkt erwiesen hat.

HmS: Eine Wilhelmsburger Besonderheit, um die euch viele andere Stadtteile beneiden, sind die sogenannten Stadtteilbeauftragten der Schulen. Was hat es damit auf sich?

W.K.: Bei den Stadtteilbeauftragten der 12 Schulen auf den Elbinseln handelt es sich um Kolleginnen oder Kollegen, die den Auftrag übernommen haben, die Kontakte ihrer Schule zu außerschulischen Einrichtungen und anderen Schulen systematisch zu entwickeln, zu pflegen und die sich daraus ergebenden Anregungen in die eigene Schule hineinzutragen. Sie erhalten für diese Arbeit in der Regel 1–2 Anrechnungsstunden pro Woche, die über den Funktionsstellentopf der Schule vergeben werden.

Sie treffen sich monatlich im FBW-Arbeitsausschuss, der von der Geschäftsführung einberufen wird.

HmS: Wie sieht es mit der Öffentlichkeitsarbeit aus?

Zweimal im Jahr treffen sich im Plenum des FBW alle Bildungseinrichtungen der Elbinsel. Hier werden die Jahresziele des

FBW und die Themen der jährlichen Großveranstaltungen wie z.B. der Wilhelmsburger Leseweche beschlossen. Die weitere Öffentlichkeit wird über die Stadtteilzeitung Wilhelmsburger Inselrundblick (WIR) und über eine Homepage (www.f-b-w.info) über den jeweils aktuellen Stand der Dinge unterrichtet.

HmS: Was waren die Arbeitsschwerpunkte der letzten drei Jahre?

W.K.: Ich möchte drei hervorheben: 1. Die Verbesserung der Kommunikation der verschiedenen Bildungseinrichtungen durch die geschilderte Struktur, 2. Stadteilspezifische pädagogische Fortbildungsangebote zur Gewaltprävention, zum Kennenlernen der Insel, zur Les- und Sprachförderung, zur Bewegungsförderung in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut. 3. Projekte mit Kindern wie Wilhelmsburger Ferienspaß, Kinder machen Zirkus, Die Insel liest.

HmS: Hat das FBW etwas mit den großen Programmen der Stadtentwicklung (z.B. Sprung über die Elbe) zu tun?

W.K.: Es gab in den vergangenen Jahren gute Kontakte zur Entwicklungspartnerschaft Elbinsel (Schwerpunkt: Übergang Schule-Beruf), dem Verein Zukunft Elbinsel (Zusammenschluss der Akteure der Zukunftskonferenz), der Sicherheitskonferenz Harburg, dem Orts- und Bezirksamt und dem Beirat für Stadtteilentwicklung. Unter dem Slogan »Die IBA braucht eine IBA« entwickelt sich gerade eine neue Bildungsoffensive für Wilhelmsburg. Dahinter steckt die Idee, die Internationale Bauausstellung 2013 mit einer Internationalen Bildungsausstellung zu koppeln. Der Plan soll sich in drei Stufen entwickeln. 2007, 2010, 2013. Alle Wilhelmsburger Bildungseinrichtungen sind aufgerufen, gemeinsame Projekte dafür zu entwickeln. Die Geschäftsführung des FBW ist offizielles Mitglied in dem behördenübergreifenden Expertengremium, das unter der Leitung des Oberbaudirektors die IBA vorbereitet.

Wilhelm Kelber – Bretz,
Lehrer an der GSW und Geschäftsführer FBW,
c/o Gesamtschule Wilhelmsburg,
Perlstieg 1,
21107 Hamburg,
Telefon: 040 – 42 88 25 – 136,
info@f-b-w.info,
Internet: www.f-b-w.info

Die Kooperation mit dem FBW aus Sicht der Schule

1. An welchen Aktionen und Projekten des FBW haben Sie sich bisher aktiv beteiligt?

Unsere Schule hat aktiv mit einer Leserallye an der ersten Wilhelmsburger Leseweche mitgewirkt.

...

An den Fortbildungen nahmen abwechselnd die Schulleitung, die Stadtteilbeauftragte oder die Beratungslehrerin teil. Kollegen nutzten die Inselfour zum besseren Kennenlernen des Stadtteils. Am Theaterprojekt »Wohin mit meiner Wut« von Irinell Ruf nahmen bisher zwei Klassen unserer Schule intensiv teil.

...

2. Welche Vorteile hat Ihre Einrichtung bisher aus der Arbeit des FBW ziehen können?

Die Arbeit des FBW hat zu einem besseren Informationsaustausch zwischen den Wilhelmsburger Schulen geführt. Zu Schwerpunktthemen (Gewalt, Elternmitverantwortung, Bewegung und Lernen) und zum Thema Leseförderung gab es eine gemeinsame inhaltlich-pädagogische Diskussion. Zu diesen Bereichen gab es eine Öffentlichkeitsarbeit zum Nutzen aller.

3. Welche konkreten Veränderungen/Verbesserungen hat es an Ihrer Schule oder Einrichtung durch die Arbeit des FBW bisher gegeben?

Es gab mit der Leseweche wieder ein gemeinsames Projekt an der Schule, das im nächsten Schuljahr verstärkt fortgesetzt werden soll. Die Fortbildungsveranstaltungen konnten wir für unsere Schule nutzen. So konnte Herr Slüter vom Kinderschutzzentrum für eine Fortbildung für unser Kollegium gewonnen werden, die im Mai stattfand. Sie ist nun Ausgangspunkt für die weitere Schwerpunktarbeit zum Thema Gewalt.

...

Unsere Schule erhielt eine Sammlung von Kinderbüchern von der Kinderbuchautorin Kirsten Boie.

4. Mit welchen Nachbarn und Partnern arbeiten Sie über das FBW nun regelmäßig zusammen?



Durch die regelmäßigen gemeinsamen Ausschusssitzungen ist die Information über besondere Projekte und Probleme der regelmäßig mitarbeitenden Schulen (...) gegeben. Außerdem besteht intensiver Kontakt zu den Kitas (...) in der Umgebung. Die Bücherhalle mit ihren Angeboten ist stärker ins Blickfeld gerückt.

5. Welche weiteren Aufgaben und konkreten Projekte können Sie sich in Zusammenarbeit mit dem FBW in den nächsten zwei Jahren vorstellen?

Wir möchten, dass weiterhin der Kontakt der Schulen über regelmäßige Ausschusssitzungen gepflegt wird. Wir können uns eine Bündelung der Aktivitäten im Bildungsbereich (Kitas, Schulen, Berufliche Bildung, Freizeiteinrichtungen, Jugendhilfe) in einem gemeinsamen Dachverband vorstellen (Ersatz für das bisherige Plenum).

Wir möchten uns an einer 2. Wilhelmsburger Leseweche beteiligen. Wir halten gemeinsame Fortbildungen/Informationsveranstaltungen zu den Themen Gewalt, gesunde Ernährung, Um-

gang mit ADHS, Eltern und Bildung, Bewegungsförderung und Lernen, Muttersprache und Sprachentwicklung in den nächsten zwei Jahren für wünschenswert. Das Angebot »Inselfour« soll für die Kollegen erhalten bleiben. Die Anrechnung der Expertenrunden und Veranstaltungen als Lehrerfortbildungen ist weiterhin wichtig. Der »Ferienspaß« für Wilhelmsburger Kinder soll fortgeführt werden. Für das Theaterprojekt von Irinell Ruf »Wohin mit meiner Wut« wünschen wir uns weitere geförderte Schulklassenprojekte. Es stehen viele Klassen unserer Schule auf der Warteliste.

Maria Jedding-Gesterling,
Lehrerin und Stadtteilbeauftragte,
Schule an der Burgweide,
Karl-Arnold-Ring 13,
21129 Hamburg,
Tel.: 3 33 99 46 - 0

(Sozio)Kultur macht Schule

Kooperation von Schule und Stadtteilzentren

Wenn sich Schulen in den Stadtteil hinein öffnen, beteiligen sie sich aktiv an Stadt(teil)entwicklungsprozessen, in denen auch kulturelle Einrichtungen und Projekte eine wichtige Rolle einnehmen. Als Kooperationspartner bieten sich besonders Stadtteil- und Soziokulturzentren an, weil sie seit Jahrzehnten stadtteilorientierte Kultur- und Bildungsarbeit praktizieren und daher sehr gut mit anderen Akteuren aus dem Stadtteil vernetzt sind, über professionelles Know How im Bereich Kultur- und Bildungsmanagement verfügen, sowie als Anbieter von Kulturveranstaltungen und Kreativ-Angeboten und als Impulsgeber für Kultur- und Kunstprojekte etabliert sind.

Kulturelle Bildung für Schulen

Bei der Kooperation mit Schulen ist es der Stadtteil- und Soziokultur ein besonderes Anliegen, schulspezifische Angebotsformen mit einer ausgezeichneten Qualität zu entwickeln. Aus diesem Grund initiierte der Landesverband Soziokultur (soziokultur-hamburg.de) den Facharbeitskreis »soziokultur macht schule«, um im fachlichen Austausch mit interessierten Einrichtungen eine breite Angebotspalette der kulturellen Bildung für verschiedene Schulformen und Altersgruppen zu erarbeiten. Das Ergebnis liegt mittlerweile umfangreich in digitaler Form vor: in der Projektdatenbank »Netzwerk Kulturelle Bildung«, die unter kulturnetz-hamburg.de im Internet vom JugendInformationsZentrum (jiz.de) und von der LAG Kinder- und Jugendkultur



Der Facharbeitskreis »soziokultur macht schule« kümmert sich besonders intensiv um die Zusammenarbeit zwischen Stadtteilkulturzentren und Schulen. Das Rahmenkonzept Kinder- und Jugendkulturarbeit der Kulturbehörde bietet dafür seit 2004 den kultur- und bildungspolitischen Hintergrund. Der Beitrag stellt eine Projektdatenbank und Kooperationsbeispiele aus Wilhelmsburg, Winterhude und Altona vor.

(kinderundjugendkultur.info) präsentiert wird. Allein aus dem Facharbeitskreis »soziokultur macht schule« gingen 90 der rund 300 Angebote von 200 Anbietern hervor.

Die Projektdatenbank

In der Projektdatenbank »Netzwerk Kulturelle Bildung« werden Angebote, die schon mit Erfolg durchgeführt worden sind und daher besonders empfehlenswert sind, als »Good Practice« gekennzeichnet. »Good Practice«-Projekte weisen sich u. a. dadurch aus, dass:

- ihnen ein umfassendes Bildungskonzept zugrunde liegt,
- die Kooperation für alle beteiligten Partner ein voller Erfolg war,
- sie mit neuen Strategien zur Förderung der interkulturellen Kompetenz experimentieren,
- sie einen modellhaften Charakter vorweisen,
- sie innovative Impulse setzen,
- sie auf Nachhaltigkeit angelegt sind.

Hamburg bietet eine große Vielfalt regionaler Kinder- und Jugendkultur, mit denen Schulen in ihrem Stadtteil koope-

rieren können. Im »Rahmenkonzept Kinder- und Jugendkulturarbeit«, das die Kulturbehörde im Sommer 2004 vorlegte, wurde u. a. der Schwerpunkt benannt, die Kooperation zwischen der außerschulischen kulturellen Bildung und den Schulen zu fördern. Die drei Pilotschulen Kultur (Grundschule Chemnitzstraße, Klosterschule und Gesamtschule Harburg) werden durch die Kulturbehörde dabei unterstützt, ihre Öffnung in den Stadtteil hinein mit einer kulturellen Profilierung vorzunehmen. Zahlreiche andere Bemühungen zielen ebenfalls darauf ab, Kultur und Schule zueinander zu bringen: TuSch – Theater und Schule, MomS – Musiker und Orchester in Schulen, der Informationsservice der LAG Kinder- und Jugendkultur (LAG-INFO und lag-newsletter), die Rahmenvereinbarung zwischen der Behörde für Bildung und Sport und der LAG Kinder- und Jugendkultur, um nur Einiges zu nennen.

Vor Ort verankert – Hamburg wird vernetzt

Die Hamburger Stadtteilkulturzentren und der Landesverband Soziokultur nehmen in der Hamburger Kulturlandschaft eine gerade für Schulen interessante Position ein: Sie sind vor Ort verankert und durch den Landesverband zugleich hamburgweit vernetzt. Regionale Rahmenbedingungen und Potenziale können dadurch ebenso zur Entwicklung innovativer Konzepte einfließen wie die hamburgweite Vernetzung den Austausch und die Kooperation mit verschiedenen Fachbehörden (Behörde für Bildung und Sport, Kulturbehörde, Behörde für Familie und Soziales etc.) oder anderen Partnern (bei z. B. stadtteil- oder bezirksübergreifenden Kooperationsprojekten) ermöglicht. Die effiziente und professionelle Kultur- und Bildungsarbeit der Stadtteil- und Soziokulturzentren bietet Schulen oft sogar äußerst kostengünstige Beteiligungsformen.



Faszination Wasser

Wasser übt auf alle Menschen und besonders Kinder eine große Faszination aus. Das GoldbekHaus, das zudem seinen Sitz am Goldbekkanal hat, führte im Sommer 2002 ein viel beachtetes Kulturprojekt (Stadtteilkulturpreis 2003) in Kooperation mit verschiedenen Schulen durch: »Faszination Wasser«. Das Projekt dauerte eine Woche lang, 80 Kinder von der 2. bis 4. Klasse aus drei Schulen nahmen daran teil, zur Abschlusspräsentation kamen insgesamt 350 Personen. Konzeptionell waren kreative, künstlerische Aktionen rund um das Thema »Wasser« eingebettet in die Vermittlung bildungsrelevanter Kenntnisse zum Element Wasser. Den gemeinsamen Abschluss bildete ein großes Wasserfest mit einer »KinderWasserKonferenz« und der Präsentation der Workshop-Ergebnisse und der gewonnenen Erkenntnisse.

Ziel war es, dass die Kinder sich auf unterschiedlichste Weise mit dem Thema Wasser auseinandersetzen, vom Alltagsgebrauch bis zur Umweltkatastrophe das lebenswichtige Element erforschen und damit experimentieren. Die Präsentation der Ergebnisse und Erkenntnisse zum Projektabschluss erfolgten in einer Art Wassermuseum, das dem Konzept der »Hands on«-Kindermuseen entlehnt gewesen ist.

In verschiedenen Unterrichtseinheiten und Projekttagen außerhalb des Bildungsplans konnten die Kinder beim Wasserprojekt Werken, Malen, Töpfern, Musizieren, Kochen, ein Floß und Wasserspiele bauen, Theater spielen und Kostüme herstellen. Außerdem behandelten sie das Wasser im Hinblick auf Biologie, Forschung, Umweltkunde und Landschaftspflege.

Schulen: Grundschule Forstmannstraße, Grundschule Heinrich Hertz Poßmoorweg, Sehbehindertenschule Borgweg
Dauer: 1 Woche (vom 02.09 – 08.09.02)

Kosten: Ca. 5000,- Euro

Kontakt: GoldbekHaus e. V., Moorfuhrweg 9, 22301 Hamburg, Fon: 0 40/27 87 02 – 0, Fax: 040/27 87 02 – 20, E-Mail: goldbekhaus@t-online.de, www.goldbek-Haus.de.

»Land in Sicht – von Veddel nach Amerika«

Auf sehr lebendige und zugleich kreative Weise hat die Honigfabrik in Kooperation mit der Geschichtswerkstatt Wilhelmsburg und dem Gymnasium Kirchdorf-Wilhelmsburg in Zusammenarbeit mit der Hamburger Regisseurin Christiane Richers (Theater am Strom) eine Stadtteilinszenierung erarbeitet, die sich mit der letzten Auswandererhalle auf der

Veddel auseinander setzt. Eine kahle, fensterlose Halle, die einst die Amerika-Auswanderer/innen beherbergte, wird darin zum Theaterraum. Die Inszenierung basiert auf Improvisationen der Spieler/innen und eigenen Erfahrungen der Schüler/innen, die überwiegend selbst einen Migrationshintergrund haben. Die Regisseurin und die Geschichtswerkstatt lieferte zudem historische Zeitzeugenberichte und Dokumente als Input. Die Schülerinnen und Schüler entwickelten zum historischen Thema Amerika-Auswanderung eigene Zugänge und schrieben selbst Texte und Musik.

Im November 2004 reiste die Gruppe nach New York, um im Ellis Island Immigration Museum aufzutreten und sich mit amerikanischen Jugendlichen über Auswanderung auszutauschen.

Für die Schülerinnen und Schüler stand die Erfahrung einer völlig neuen, hohen Motivation und Konzentration, Eigenständigkeit und Selbstverantwortung als Projektteilnehmer/in im Mittelpunkt. Sie entwickelten im Laufe der Zeit eine große Spielfreude. Es gab sehr gute Resonanz im Stadtteil und darüber hinaus (Senator Freytag im Publikum).

Schule: Gymnasium Kirchdorf-Wilhelmsburg

Dauer: April bis November 2004, wöchentliche Workshops, dann 14 Tage Intensiv-Endproben

Kosten: Theaterinszenierung: 9.700,- Euro

Kontakt: Geschichtswerkstatt Wilhelmsburg in der Honigfabrik, Industriestr. 125 – 131, 21107 Hamburg, Telefon: 0 40/42 10 39-15, Fax: 421 039-17, E-Mail: markertm@honigfabrik.de

Yvonne Fietz,
Geschäftsführerin,
Landesverband Soziokultur Hamburg e.V.,
Neuer Kamp 25,
20359 Hamburg,
Tel.: 0 40/43 29 00 90 – 93,
E-Mail: info@soziokultur-hamburg.de,
Internet: www.sociokultur-hamburg.de

NaSchEi – Agentur

Erfahrungen der Geschäftsführerin der Agentur Schule und Nachbarschaft in Eimsbüttel

Die NaSchEi-Agentur hat den Auftrag, die Kooperation der Eimsbüttler Schulen mit den Stadtteilen und im Bezirk zu entwickeln und zu fördern. Das geschieht über die Große Eimsbüttler Schulkonferenz, über Projekte wie das Stadtteilradio, Kinderanhörungen, Kreisschülerratsarbeit sowie die Politikberatung schulischer Vorhaben. Ein Beispiel ist die Realisierung einer Skaterbahn im PGW-Unterricht am Gymnasium Ohmoor.

HmS: Seit wann gibt es NaSchEi und was ist die Aufgabe dieser Agentur?

R.R.: NaSchEi als Initiative gibt es etwa seit 1997, im Februar 1998 hat hier im Bezirksamt die erste Große Eimsbüttler Schulkonferenz stattgefunden, zu der unter der Schirmherrschaft des Bezirksamtsleiters alle 58 Eimsbütteler Schulen und über 30 Kooperationspartner aus dem Bezirk eingeladen waren. Diese Entwicklung ging weiter. Ein Koordinationsbüro für die kontinuierliche Entwicklung der Kooperation zwischen Schule und Stadtteil wurde gebraucht. Genau das ist die Aufgabe der NaSchEi-Agentur. Am 13. September 2001 habe ich als Geschäftsführerin hier angefangen. Inzwischen planen wir schon die achte Große Schulkonferenz. Im Bezirksamt arbeite ich eng mit der Aktiven

Stadtteilentwicklung und dem Jugendamt zusammen.

Schulen sind aus Stadtentwicklungssicht »Edelsteine«, vor allem wegen ihres sozialräumlichen Werts als soziale und kulturelle Begegnungszentren, die alle Kinder und Jugendlichen und zudem über die Eltern auch einen großen Teil der Erwachsenen eines Stadtteils erreichen.

HmS: Wo hat sich NaSchEi in Fragen der Stadtteilentwicklung praktisch einge-mischt?

R.R.: Z.B. bei der Einrichtung der Cafeterien für den Ganztagsbetrieb der Gymnasien des Kerngebietes. Insgesamt sieben Mal trafen sich auf Initiative des Bezirksamtsleiters Schulen, Kitas, Sportvereine und Verwaltungsfachleute am Runden Tisch, um gemeinsame Lösungen zu suchen und zu finden.

Ein anderes wichtiges Handlungsfeld ergibt sich daraus, dass ich sowohl am Ausschuss der Bezirksversammlung für Schule, Kultur, Integration und Sport als auch am Arbeitskreis BEP (Bezirksentwicklungsplanung) des Bezirksamtes teilnehme. Ich sehe es als meine Aufgabe an, die Bezirksabgeordneten und die Verwaltung für eine bezirkliche Schulentwicklungsplanung zu sensibilisieren.

HmS: Wo sieht die Geschäftsführerin der NaSchEi-Agentur derzeit den Schwerpunkt ihrer Arbeit?

R.R.: Bestehende Kooperationen der Schulen werden auf Nachfrage unterstützt. Eine breit angelegte Vernetzung kann nur begrenzt initiiert werden mit einer Ausnahme: Entwicklung von Möglichkeiten für Demokratielernen. Hier sehe ich den Schwerpunkt meiner Arbeit, und eine Reihe von Projekten dient diesem Ziel:

- Der Kreisschülerrat als gesetzliches Beteiligungsgremium für Schülerinnen und Schüler auf regionaler Ebene

ne hat inzwischen ein eigenes Fortbildungsprogramm mit Demokratietraining (Betzavta), Capoeira-Seminar und Fortbildungsreisen zum Frankfurter Kinderbüro, zur Laborschule Bielefeld und zur Kathedralskolan Lund in Schweden. (Ich bin Betreuungslehrerin für den KSR).

- School's Out Radio ist das Stadtteilradio der NaSchEi-Agentur mit einem eigenen Radioladen im Eppendorfer Weg 127. Hier lernen Kinder und Jugendliche aus sechs Schulen und 11 Jugendeinrichtungen Radio zu machen und sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen.
- 2004/05 hat eine erste Kinderanhörung in Stellingen mit ca. 70 Kindern stattgefunden, an der eine 2. Klasse der Schule Molkenbuhstraße sowie Kinder aus Hort, Kita, Sportverein und Abenteuerspielplatz-initiative beteiligt waren. Die Kinder äußerten ihre Wünsche an den Stadtteil und bekommen jetzt Unterstützung bei der Umsetzung (Beispiele: Neue Spielgeräte, ein Näh- und Modenschaukurs und vielleicht ein Kinderbauernhof).
- Regelmäßige Politikberatung für den PGW-Unterricht der 8. Klassen am Gymnasium Ohmoor.

HmS: Das ist ja schon eine ganze Menge an gemeinsamer Schul- und Stadtteilentwicklung ...

R.R.: Aber noch nicht alles: NaSchEi leistet auch einen Beitrag zum kulturellen Zusammenleben im Stadtteil. Das Isebek-Musikfest hat inzwischen bereits sechsmal stattgefunden. Auf der Musikmeile längs des Kanals war alles zu hören von Blues bis Punk, von der Schulband bis zum Polizeiorchester. Es ist daraus schon eine neue Stadtteil-Tradition entstanden.

Ragna Riensberg,
Geschäftsführerin der NaSchEi – Agentur,
Bezirksamt Eimsbüttel,
Grindelberg 66,
20139 Hamburg,
Tel.: 4 28 01 – 28 79,
ragna.riensberg@eimsbuettel.hamburg.de

Die Skaterbahn – Politik im Nahraum

Der Rahmenplan für das Fach PGW sieht für den Jahrgang 8 »Politik im Nahraum« als einen wesentlichen Themenbereich vor. Darin sind zwei Unterrichtsinhalte verbindlich:

»Schule gestalten« und »Politische Ordnung und Entscheidung im Nahbereich (Bezirke, Ortsämter) und in der Landespolitik«.

Zukunftswerkstatt »Schule gestalten«

Am Gymnasium Ohmoor führen die Schülerinnen und Schüler zu Beginn des Schuljahres eine Zukunftswerkstatt zum Themenkomplex »Schule gestalten« durch. Dabei erarbeiten sie in Gruppen Ideen für die Gestaltung ihrer Traumschule. Die sich daraus entwickelnden Projekte sind unterschiedlich komplex. Es finden sich Wünsche nach Einrichtung von außergewöhnlichen Arbeitsgemeinschaften, Pläne zur Schulhofgestaltung, aber auch Verbesserungsvorschläge zur Umsetzung von Rahmenplanthemen.

In der zweiten Phase lernen die Schülerinnen und Schüler die schulischen Gremien sowie ihre eigene Position in

diesem Wirkungsgefüge kennen. Die Mitwirkungsmöglichkeiten von Klassensprecherinnen sowie des Schülerrates, der Kreisschülerräte und der Schülerkammer neben den Vertretungsorganen der Lehrerinnen und Eltern werden erarbeitet.

Mitwirkungsmöglichkeiten auf Bezirksebene

Anschließend gilt es die politische Ordnung des Stadtteils und des Bezirkes wie auch die Mitwirkungsmöglichkeiten auf dieser Ebene zu erfassen. Zunächst lernen die Schülerinnen und Schüler in einer Internetralley die wesentlichen Gremien und deren Aufgaben kennen. Dabei werden natürlich nicht alle Fragen beantwortet, die den Jugendlichen auf den Nägeln brennen. Hierzu laden die Klassen deshalb Ragna Riensberg, die Verbindungsfrau zwischen NaSchEi (Nachbarschaft und Schule in Eimsbüttel) und den Kreisschülerräten, ein. Frau Riensberg informiert und berät als Expertin. Sie kann den Jugendlichen weiterhelfen, wenn es darum geht, den richtigen Ansprechpartner zu finden. Sie

hilft bei der Überarbeitung schriftlicher Anfragen an Mitarbeiter des Orts- oder Bezirksamtes.

Skateranlage konzipieren und durchsetzen

Im Schuljahr 2003/2004 entwickelte sich aus einer dieser Arbeitsgruppen einer achten Klasse ein kleiner Kreis, der über die nächsten 1 1/2 Jahre die ursprünglichen Entwürfe einer großen Skateranlage mehrfach überarbeitete. Es wurden Kostenvoranschläge bei verschiedenen Anbietern eingeholt. Es mussten Anträge im Schülerrat, in der Lehrerkonferenz und der Schulkonferenz vorgelegt und vertreten werden. Dann trafen sich die Jugendlichen mit Herrn Sals vom Sportreferat des Bezirksamtes, der nach kleinen Veränderungen eine Teilfinanzierung zusicherte und die Schüler ermutigte, im Ortsausschuss weitere Zuschüsse einzuwerben. Außerdem stellte sich heraus, dass auch das Jugendforum Niendorf e.V. eine finanzielle Unterstützung zugesagt hatte. Inzwischen waren die Schüler bereits ins 9. Schuljahr versetzt worden, blieben aber am Ball, wenn es auch zunehmend schwieriger fiel, sich neben aktuelleren Themen des PGW-Unterrichtes weiterhin darauf zu konzentrieren, keine Termine der Gremiensitzungen zu verpassen.

Noch steht die Skaterbahn nicht, aber die Schülerinnen und Schüler haben erfahren, dass sie etwas bewegen können, wenn sie sich für ihre Ideen einsetzen.

Der letzte Stand ist, dass die Schülerinnen und Schüler über die Platzierung der Geräte entscheiden sollen, damit nach und nach die Geräte angeschafft werden können.



Silke Gatermann,
Lehrerin,
Gymnasium Ohmoor, Sachsenweg 76,
22455 Hamburg,
Tel.: 555 89 10,
mail@ohmoor.de

Stadtteil-Laden Lurup

Erfahrungen des Quartiersmanagers

Der Stadtteil-Laden Lurup, eine Einrichtung der STEG, hat in den letzten fünf Jahren vielfältige Kontakte zu allen Akteuren geknüpft, die für die soziale und kulturelle Entwicklung des Stadtteils tätig sind. Besonders wichtig ist dabei die Kooperation mit den Schulen. Als Beispiel wird das Konzept des Übergangs von der Schule in die Berufswelt an den Ganztagschulen Veermoor und Am Altonaer Volkspark vorgestellt.

HmS: Welche Aufgabe hat die Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (STEG) hier in Lurup?

L.S.: Im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung hat der Senat zwei sozial defizitäre Gebiete in Lurup festgelegt. 1. Das nördliche und südliche Flüsseviertel, die durch einen Grünstreifen getrennt sind, und 2. Lüdersring und Lüttkamp, getrennt durch die Elbgaustraße. Der Stadtteil Lurup hat etwa 33 000 Einwohner, in den Sanierungsgebieten wohnen ca. 12 000 Menschen.

Das Spektrum der Probleme reichte von Generationskonflikten, Armut und Arbeitslosigkeit bis hin zur pauschalen Stigmatisierung einzelner Siedlungsbereiche. Dazu erschwerte das vorherrschende niedrige Bildungs- und Qualifikationsniveau die Eingliederung der jungen Leute in die Ar-

beitswelt. Inzwischen hat sich Einiges verbessert. Trotzdem: Es gab und gibt eine Menge zu tun.

Die STEG hat 1999 den Auftrag für ein Quartiersentwicklungskonzept bekommen und ich bin zusammen mit einer Kollegin seit 2000 Quartiersmanager für das Programmgebiet, das zugleich Hamburger Modellgebiet im Bundesprogramm Soziale Stadt ist.

HmS: Wo habt ihr Ressourcen, Entwicklungspotenzial und Verbündete gefunden?
L.S.: Zwei sind hier besonders hervorzuheben:

1. Das Luruper Forum, eine Art Stadtteilbeirat, in dem sich monatlich 50–70 Personen treffen, die die Lebensverhältnisse in ihrem Stadtteil mitgestalten und verbessern wollen, darunter Mitglieder einer »alteingesessenen« Mieterinitiative, Geschäftsleute und Kommunalpolitiker. Ein Blick auf die Website www.unser-lurup.de zeigt, wie lebendig der Stadtteil in den letzten Jahren geworden ist.

2. Die Schulen, insbesondere die Ganztagschulen.

HmS: Dieser Punkt ist für unser Gespräch besonders interessant. Welche Rolle spielen die Schulen in eurem Konzept und in der praktischen Stadtteilentwicklungsarbeit?

L.S.: Für uns sind sieben Schulen besonders interessant, obwohl nicht alle im Programmgebiet liegen: Die Ganztagschulen Veermoor und Altonaer Volkspark, das Goethe-Gymnasium, die GHR-Schulen Langbargheide und Luruper Hauptstraße und die Grundschulen Fridtjof-Nansen und Franzosenkoppel. Wir haben zunächst alle Schulen und Kitas besucht. Die beiden Ganztagschulen haben sich sehr schnell als aktive Partner gezeigt, die bereits gut mit dem Stadtteil vernetzt waren. Hier konnten wir anknüpfen und als Stadtteilagentur neue Projekte und Knowhow-Transfer zwischen den Schulen anregen. Das reicht von Kooperationsprojekten mit der Geschichtswerkstatt über die Nazizeit in Lurup über

Bachpatengruppen mit dem Bezirksamt Altona bis hin zu einem Babysitter-Training mit Computerpuppen, an dem KiFaZ und eine Schule beteiligt waren. Die Infosäule hier vor dem Laden hat eine Schülerfirma gebaut. Dazu kommen Initiativen zur Schulhofumgestaltung und viele Stadtteil- und Nachbarschaftsfeste. Unsere Hauptfunktion dabei war und ist die eines Kommunikationszentrums und einer Agentur, die auch in der Lage ist, für Kooperationsprojekte, die dem Stadtteil nützen, Geld zu besorgen.
HmS: Was bleibt, wenn das Programm 2006 ausläuft?

L.S.: Ich denke, eine ganze Menge, da wir uns genau das bei allen Projekten selbst immer wieder gefragt haben. Die Vernetzung trägt sich auch ohne uns über das Luruper Forum, die informellen Kontakte haben sich in den vergangenen fünf Jahren sehr verdichtet, die Schulen haben inzwischen eigene Netzwerke oder sind dabei, welche aufzubauen. Allerdings halte ich es für nötig, dass die Jugendhilfe sich aktiver auf die Schulen zu bewegt. Gut etabliert ist ein Arbeitskreis zum Thema Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler in Lurup (BOS), der in einen Verein umgewandelt werden soll. Besonders spannend finde ich die Mehrzweckhalle, die für die gemeinsame Nutzung durch das Goethe-Gymnasium und der Schule Langbargheide vorgesehen ist. Hier könnte mitten im Programmgebiet ein kulturelles Begegnungszentrum entstehen.

*Ludger Schmitz,
Quartiersmanager,
STEG Hamburg mbH,
Stadtteil-Laden Lurup
Ingrid Schneider, Ludger Schmitz,
Elbgaustrasse 118 (Elbgau-Passagen),
22547 Hamburg,
Tel: 84 05 02 47,
E-Mail: steg-lurup@steg-hh.de,
Internet: www.unser-lurup.de*



Kooperation bei der Übergangsplanung Schule – Beruf

Die Schulen in Lurup haben sich zur Aufgabe gesetzt, den Schülerinnen und Schülern ein gutes Fundament für eine Übergangsplanung von der Schule in die Berufswelt zu legen. Dazu ist es nicht nur notwendig, sich untereinander abzusprechen und auszutauschen, es ist auch notwendig, Fachkompetenz von außen zu holen. Bei der Formulierung der Zielsetzungen hat sich gezeigt, dass einige Ziele nicht im Alleingang zu erreichen sind.

Formen der Zusammenarbeit institutionalisieren

Die AG Boss (Arbeitsgemeinschaft Berufsorientierung Schule – Stadtteil) entstand 2001, nachdem die Offene Ganztagschule Veermoor im Alleingang für den Stadtteil eine Berufsinformationsbörse veranstaltet hatte. Zusammen mit der Ganztagschule Am Altonaer Volkspark initiierte sie die Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft im Stadtteil Lurup, um gemeinsam Veranstaltungen zu organisieren, um Fortbildung vor Ort zu ermöglichen und um zusammen mit dem ortsansässigen Handwerk und der Industrie Formen der Zusammenarbeit zu institutionalisieren. Unter dem Dach der Stadtentwicklungsgesellschaft (STEG) wurde ein Forum gebildet, das die ursprünglichen Zielsetzungen erweiterte. Die Berufsorientierung sollte fortan an den Schulen unter Einbeziehung von externen Kräften aus Jugendhilfeeinrichtungen und anderen sozialen Einrichtungen richtungweisend verändert werden.

Folgende Ziele werden verfolgt:

- Schüler werden an eine verständige und zukunftsreiche Berufswahlentscheidung herangeführt.
- Schüler lernen im Stadtteil alle Institutionen kennen, die ihnen auf dem Wege von der Schul- in die Arbeitswelt behilflich sind und einen zusätzlichen Orientierungsrahmen liefern. Über diesen fachlichen Austausch hinaus lernen Schülerinnen und Schüler Institutionen kennen, die ihnen für ihre Freizeitgestaltung wichtige Anregungen bieten.
- Nutzung dieses lokalen Netzwerkes zur Bereitstellung von Geldmitteln aus dem EU-Sozialfonds zur Schaffung von neuen bislang nicht praktizierten Verfahren im Rahmen einer umfassenden Potenzialanalyse.

Die Potenziale der Jugendeinrichtungen integrieren

Im Laufe der Tätigkeit dieser AG zeigt sich, dass die Jugendeinrichtungen im Stadtteil ähnliche Ziele wie die Schule verfolgen. Auch sie sind bestrebt, den Jugendlichen beim Übergang von der Schul- in die Arbeitswelt zu helfen, weil in den Familien häufig wenig Unterstützung zu finden ist. Ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch, eine Bündelung der Aktivitäten und Ressourcen (Jugendeinrichtungen werden bestimmten Schulen als Kooperationspartner zugewiesen) und eine Abstimmung der Aktivitäten ergeben sich fast zwangsläufig.

So zeigt die Schule beispielsweise in Workshops den Jugendeinrichtungen, wie sie die Erstellung von Bewerbungsunterlagen vermittelt. Schüler können fortan ihre in der Schule erlernten Fertigkeiten in den Jugendeinrichtungen weiter verfeinern bzw. auf die jeweilige Bewerbungssituation abstimmen. Aber auch die Schulen untereinander tauschen sich über Vorhaben und Erfahrungen aus. So hat die Schule Veermoor von der Ganztagschule Am Altonaer Volkspark in einem Workshop grundlegende Informationen zur Gründung von Schülerfirmen erhalten.

Berufswahlcafés

Die Schule kann die Beziehungen zwischen Jugendeinrichtung und Wirtschaft nutzen: So genannte Berufswahlcafés werden stadtteilweit eingerichtet. Dazu akquirieren zwei Jugendeinrichtungen Betriebsbesichtigungen und Tagespraktika und bieten den Schulen Plätze an. Jeweils 4–5 Schülerinnen und



Schüler pro Schule können an diesen Tagespraktika nach Voranmeldung teilnehmen und am Abend im Stadteilladen zusammen mit Personalentscheidern grundsätzliche Fragen zum »erlebten« Ausbildungsberuf erörtern. Für interessierte Schüler der Luruper Schulen wurden bisher zentrale Schnuppertage in folgenden Berufen angeboten: Tischler(in), Fachkraft für Brief- und Frachtverkehr, Kfz-Mechatroniker(in), Krankenschwester, Augenoptiker(in), Feinmechaniker(in) und Bürokauffrau(mann).

*Thorsten Bräuer,
Schulleitung,
Ganztagschule Am Altonaer Volkspark,
Vorhornweg 2, 22547 Hamburg,
Tel.: 68 98 69 – 3,
info@schule-aav.de
Wolfgang Deppe-Schwittay,
Schulleiter der Ganztagschule Veermoor,
Veermoor 4, 22547 Hamburg,
Tel.: 8405093 – 11,
wdeppe@veerm.hh.schule.de*



Sonne verbindet

Feldbewässerung in Kooperation zwischen Hamburg und Nicaragua

38 Grad

38 Grad im Schatten, Trockenzeit. Arbeit auf einem staubigen Feld. Wozu machen wir das?

Wir sind in der kleinen Dorfgemeinde El Trapiche, in der knapp 40 Familien mit 280 Personen leben, ohne Strom und fließend Wasser in der Nähe der Hamburger Partnerstadt León. Ein Anschluss an die städtischen Netze ist nicht geplant: der Bürgermeisterei León ist der Ort zu weit außerhalb gelegen; ein Anschluss an die städtischen Netze ist zu teuer.

Es fehlt nicht nur an Energie. In dieser ländlichen Gemeinde hat kaum jemand geregelte Arbeit. Zum Geldverdienen fahren die Bewohner in die Stadt, um in Aushilfsjobs als Straßenverkäufer, Taxifahrer, Tagelöhner oder Verkäuferinnen auf dem Markt für ein bis zwei Dollar am Tag zu arbeiten. Zu Essen gibt es nicht immer genug und Vitamine für die Kinder fehlen auch.



Wie kann die Feldbewässerung in Nicaragua zu einer Herausforderung für Hamburger Schülerinnen und Schüler werden? Acht Schüler und zwei Lehrer der Erich-Kästner-Gesamtschule haben mit Menschen in Nicaragua gearbeitet, gelernt und ein Projekt zum Erfolg gebracht.

Partner

Ein Kontakt zu El Trapiche besteht bereits seit 1990 in Form einer Schulpartnerschaft zwischen der EKG und der Salinas Grandes, einer Art ländlichen Schulkombinats.

Dieses Jahr helfen wir bei der Bewässerung eines Feldes von 10.000 m².

Unser Projekt ist eine Solaranlage, die sich automatisch zur Sonne neigt und mit ihren 0,6 kW elektrischer Leistung Wasser aus einem 10 m tiefen Brunnen in einen Hochtank pumpt. Das Wasser wird über Bewässerungsleitungen tröpfchenweise auf das Feld abgegeben. Damit können die Pflanzen punktgenau bewässert werden, ohne dass Wasser verschwendet wird.

Wir arbeiten zwei Wochen täglich mit den Bewohnern zusammen, verlegen 10.000 m Schlauch, installieren Solarsystem auf dem Feld, legen elektrische Anschlüsse zu den Brunnen und justieren die Pumpe ...

Störungen

Als wir ankamen, war das Feld noch nicht gepflügt, der Brunnen noch nicht

tief genug ausgegraben und die falschen Solarmodule waren geliefert worden.

Das bedeutete eine Menge Arbeit, die zusammen mit den Menschen unserer Partnerstadt zu bewältigen war. Ein Bauer übernahm die Arbeit auf dem Feld, Schüler und Lehrer einer Berufsfachschule für Maurer mauerten den Brunnen aus und legten die Fundamente für den Hochtank.

Vorwiegend Frauen und junge Mädchen verlegten die Bewässerungsschläuche auf den Feldern.

Wir kümmerten uns um die Solaranlage, tauschten die Module aus und stellten fest, dass der Zusammenbau eines der Sonne nachlaufenden Aggregats eine große Herausforderung ist.

Ein Ingenieurbüro aus Leon leitete die technischen Arbeiten vor Ort und wird die Anlage in den kommenden Jahren auch warten. Doch auch für die Fachkräfte war die erste Anlage Zentralamerikas, die sich selbst nach dem Sonnenstand ausrichtet, eine Herausforderung. Schließlich war es einer unserer Schüler, der herausfand, wie die Solarmodule auf dem Trägergerüst befestigt werden müssen.

Trotz aller Probleme schafften wir es in internationaler Zusammenarbeit, die Anlage innerhalb von 14 Tagen zum Funktionieren zu bringen.

Am Morgen des letzten Freitags war alles fertig. Die Einweihung wurde mit Vertretern der Stadtverwaltung aus León, Hamburger Projekten und dem nicaraguanischen Fernsehen gefeiert. Bunte Luftballons, 150 Hamburger, etliche Erfrischungsgetränke und ein Unterhaltungsprogramm von Kinder-

projekten, erzeugten eine festliche und ausgelassene Stimmung. Die sprachkundigen Schüler aus Hamburg trauten sich, eine kurze Rede auf Spanisch zu halten, der Hamburger Projektleiter drückte seine Zufriedenheit wegen der guten Zusammenarbeit und der herzlichen Atmosphäre aus und die Dorfbewohner zeigten ihre Dankbarkeit.

Nach dem Abspielen beider Nationalhymnen, kam der Moment der Wahrheit: Fließt das Wasser oder nicht? Unter lautem Gejohle kam es dann und wurde benutzt, die Umstehenden nass zu spritzen. Ein großer Erfolg in nur 14 Tagen.

Nutzung

Jetzt kommt es auf die Nutzung an. Die Bewohner haben wenig Kenntnisse von Anbau, Bewässerung, Pflege, Ernte und dem Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten. Daher werden sie von der Clínica Movil, einer Nichtregierungsorganisation mit Agronomen und Ärzten, betreut.

Ziel ist neben der Selbstversorgung auch der Versuch, für den Markt zu produzieren und so eine neue Einkommensquelle zu erschließen. Mit der Installation der Anlage ist es nicht getan. Schließlich muss der Anbau von Wasser- und Honigmelonen, Gurken, Pipian (kürbisähnliches, säuerliches Gemüse) fachgerecht durchgeführt

werden, damit auf dem Markt gutes Gemüse verkauft werden kann.

Wenn dies gelingt, sollen die Parzellen in den kommenden Jahren in das Eigentum ihrer Bewirtschafter übergehen. Es sollen vor allem die Frauen sein, die das Land erhalten, denn im Falle einer Trennung sind sie es, die mit ihren Kindern wohnen bleiben, während der Mann wegzieht.

Von anderen lernen

Wir Deutschen haben durch unsere Arbeit in Nicaragua viel gelernt: Nicht nur Schläuche legen und eine Solaranlage aufbauen, sondern auch eine ganz andere und für uns neue Welt mit ihren Menschen und Lebensweisen. Am stärksten beeindruckt hat uns die entwaffnende Herzlichkeit der Menschen, das Vertrauen der Kinder und die Fähigkeit, in schwierigen Situationen Abhilfe zu schaffen und zu improvisieren. »Tranquilo« hieß das Zauberwort. Bleib ruhig, alles wird klappen.

Dieses Projekt wird nicht das letzte Projekt der Erich Kästner-Schule in Nicaragua bleiben. Seit diesem Sommer wird in der gymnasialen Oberstufe ein Kursus »Erneuerbare Energien« angeboten, der sich über Technik und Physik hinaus auch mit Organisation und Finanzierung unseres Projektes sowie dem Land und seinen Menschen beschäftigt.

Wir werden in diesem Kurs unsere zweite Reise für März 2006 vorbereiten, in der wir den Bewohnern von El Trapiche helfen, eine Brauch- und Trinkwasserversorgung für die einzelnen Haushalte zu installieren. Wieder in Zusammenarbeit, wieder auf Basis der Solarenergie, der umweltschonenden Energieversorgung im Sonnengürtel der Erde.

Vivienne Harbeck,

Gerd Schumann,

Trapiche AG an der

Erich-Kästner-Gesamtschule,

Tel.: 040 – 692 81 42 (Gerd Schumann),

E-Mail: GerdFS@aol.com



PISA 2003

Hamburg – Stadt der Gegensätze

»Risikoschüler«

13 Prozent der Hamburger 15-Jährigen, die im Frühjahr 2003 an PISA teilgenommen haben, verfügen lediglich über rudimentäre Kenntnisse in Mathematik (unter Kompetenzstufe I), weitere 16 Prozent kommen über elementare Kenntnisse (Kompetenzstufe I) nicht hinaus – damit sind 29 Prozent des PISA-Jahrgangs als »Risikoschüler« einzustufen. Im Bereich der Lesekompetenz beträgt der Anteil der »Risikoschüler« 28 Prozent und in der naturwissenschaftlichen Grundbildung wiederum 29 Prozent. Nur Bremen verzeichnet einen noch höheren Anteil 15-Jähriger mit ungünstiger Prognose für den erfolgreichen Übergang in eine berufliche Ausbildung. Drei von vier Hauptschülern, etwa jeder dritte Gesamtschüler und jeder vierte Realschüler sind betroffen – aufwändige »Nachschulungen« im Anschluss an die Sekundarstufe I sind damit für einen beträchtlichen Teil der Schülerschaft vorprogrammiert.

Migrationshintergrund

Unter den »Risikoschülern« sind Schüler mit Migrationshintergrund überproportional vertreten. Sie liegen mit 52 (mathematische Kompetenz), 59 (Lesekompetenz) bzw. 67 Skalenpunkten (naturwissenschaftliche Grundbildung) mehr als eine halbe Standardabweichung hinter den Schülern ohne Migrationshintergrund zu-

rück. Allerdings ist dieser Rückstand – über die drei untersuchten Kompetenzbereiche hinweg betrachtet – in Hamburg nicht größer als in den meisten anderen Ländern. Vergleicht man die Mittelwerte und Rangplätze der 15-Jährigen ohne und mit Migrationshintergrund getrennt, so liegt Hamburg außer in Mathematik im (oberen) Mittelfeld (siehe Tabelle).

Dies weist darauf hin, dass die ungünstigen Mittelwerte weniger auf schulstrukturelle Merkmale als vielmehr auf den überproportional hohen Anteil von 15-Jährigen mit Migrationshintergrund in sozioökonomisch prekärer Lage zurückzuführen sind – Hamburg hat mit 35 Prozent den zweithöchsten Migrantenanteil nach Bremen (36 Prozent).

Leistungsspitze

Betrachtet man die Leistungsspitze – die leistungsstärksten 10 Prozent – der Hamburger Gymnasien, so belegt diese im Bereich der Lesekompetenz mit 671 Punkten Rang 2, in Naturwissenschaften mit 677 Punkten Rang 9, lediglich im Bereich der mathematischen Kompetenz kommen die Schülerinnen und Schüler dieser Gruppe mit 661 Skalenpunkten nicht über Rang 12 hinaus. Die Rückstände gegenüber Spitzenreiter Bayern betragen 1 Skalenpunkt (Lesekompetenz), 19 Punkte (naturwissenschaftliche Grundbildung) bzw. 38 Punkte (mathematische Kompetenz). Insgesamt konnten sich die Hamburger Gym-

nasiasten gegenüber PISA 2000 deutlich verbessern: in der Lesekompetenz um 8 Punkte (dritthöchste Steigerung), in der naturwissenschaftlichen Grundbildung um 19 Punkte (vierthöchste Steigerung), in Mathematik um 17 Punkte (Rang 12).

Soziale Gegensätze

Hamburg verzeichnet den höchsten familialen sozioökonomischen Status knapp vor Berlin und liegt signifikant über dem Bundesdurchschnitt. Allerdings ist die Schere zwischen gut situierten Familien und Familien in prekären sozialen Lagen in keinem anderen Bundesland so ausgeprägt wie in Hamburg.

Mit 33 Prozent hat Hamburg nach Berlin (34,5 Prozent) den zweithöchsten Anteil an Gymnasiasten. Hiervon profitieren vor allem Schülerinnen und Schüler aus dem oberen Viertel der Sozialstruktur – aus dieser Gruppe sind es drei von vier 15-Jährigen, die das Gymnasium besuchen, während es aus dem unteren Viertel der Sozialstruktur nur jeder zehnte 15-Jährige ist.

Lernpotenziale ausschöpfen

Auffällig ist die hohe Mittelwertdifferenz zwischen den Kompetenzbereichen Mathematik und Problemlösen, die als Hinweis auf nicht ausgeschöpfte Lernpotenziale gilt. Sie ist in Hamburg mit 24 Punkten deutlich größer als in allen anderen Bundesländern, im untersten Leistungsviertel beträgt sie sogar 29 Punkte. »Im Mathematikunterricht werden diese Potenziale offensichtlich jedoch nicht genutzt, um mathematische Kompetenz aufzubauen«, stellen die Verfasser der PISA-E-Studie fest (PISA-Konsortium Deutschland (Hg.): PISA 2003. Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland – Was wissen und können Jugendliche? Münster (Waxmann) 2005; S. 140) – und benennen damit einen zentralen Ansatzpunkt für eine Revision der didaktischen Konzepte in unseren Schulen.

Ulrich Vieluf, Landesinstitut

	15-Jährige ohne Migrationshintergrund (alle 16 Länder)	15-Jährige mit Migrationshintergrund (11 Länder)*
Lesen	5. Rang (508/536 Punkte)**	4. Rang (449/477 Punkte)
Problemlösen	5. Rang (531/550 Punkte)	5. Rang (473/494 Punkte)
Naturwissenschaften	7. Rang (518/550 Punkte)	7. Rang (451/481 Punkte)
Mathematik	13. Rang (506/553 Punkte)	9. Rang (454/486 Punkte)

* ohne die östlichen Bundesländer

** in Klammern: Mittelwert Hamburg/Mittelwert 1. Rang

Tabelle: Leistungsrückstände der Schüler mit Migrationshintergrund (Skalenpunkte)

Werbung

1

Bildungssenatorin stellt Eckpunkte vor

Aufbau der Schulinspektion in Ham

Bildungssenatorin Alexandra Dinges-Dierig hat dem Senat Anfang November Eckpunkte für den Aufbau einer Schulinspektion in Hamburg vorgestellt, der bis zum Schuljahr 2006/2007 abgeschlossen sein soll. Aufgabe der Inspektionsteams wird die regelmäßige externe Evaluation aller staatlichen Hamburger Schulen anhand ausgewiesener Verfahren und Kriterien sowie die Berichterstattung über die Inspektionstätigkeit sein.

Notwendig ist die Etablierung der Schulinspektion nach Ansicht der Senatorin unter anderem, weil

- die Sicherung der Erreichung von Mindeststandards in zentralen Fächern bisher nur unzureichend gewährleistet ist;
- die Situation an Hamburger Schulen bisher gekennzeichnet ist von extrem heterogenen Ausgangslagen mit problematischen Konsequenzen insbesondere im Bereich der Lernleistungen im unteren Bereich;
- auf allen Leistungsniveaus deutliche Streuungen zwischen sehr günstigen und sehr ungünstigen Entwicklungen einzelner Schulstandorte existieren, trotz vergleichbarer Ausgangslagen;
- das Wissen über Leistungsergebnisse zwar schul- und auch klassenbezogen vorliegt, aber zu wenig Wissen darüber verfügbar ist, was in den Schulen aufgrund welcher interner Bedingungen konkret gelingt oder misslingt.

Nach dem vorliegenden Konzept sollen

- gut ein Dutzend Stellen für Voll- und Teilzeitinspektoren und -inspektorinnen sowie weiteres Personal der Geschäftsstelle (wissenschaftliche Angestellte und Sachbearbeitung) verwandt werden. Die Stellen werden aus dem Stellenbestand der Behörde erbracht;
- diese Stellen, die in den nächsten Wochen öffentlich ausgeschrieben werden, können mittel- und langfristige auch extern besetzt werden (Bewerbungen sind dann ausdrücklich auch von Personen erwünscht, die nicht aus dem Schulbereich kommen);
- Qualifizierungsprogramme für das neue Personal in Verantwortung des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung ab Frühjahr 2006 durchgeführt werden.

Der Einstieg in die Inspektionen im Schuljahr 2006/07 soll mit 30 Schulen aller Schulformen beginnen. Im Ausbauzustand wird die Inspektion jährlich ca. 110 Schulen aller Schulformen besuchen, um einen 4-Jahres-Zyklus sicherstellen zu können.

Vorläufig wird die Schulinspektion als eine Dienststelle der Behörde für Bildung und Sport eingerichtet mit dem Ziel einer künftigen rechtlichen Verselbständigung.

Anfang 2006 wird die BBS allen Schulen den Orientierungsrahmen »Schulqualität« zur Beratung zusenden. Der Orientierungsrahmen wird anhand ausgewiesener Qualitätsbereiche, -merkmale und -indikatoren die Entwicklungsarbeit der Schulen verbindlich orientieren und

1. Febr. 2006

Informationsmesse

EKZ-Hamburger Straße: BBS informiert über »Schule in Hamburg«

Zum dritten Mal in Folge veranstaltet die Behörde für Bildung und Sport die Informationsmesse »Schule in Hamburg«. Am 1. Februar 2006 – von 15 bis 19 Uhr – bekommen insbesondere Eltern von Schülerinnen und Schülern der Grundschule und der Sekundarstufe I die Möglichkeit, sich an 40 Infoständen im Einkaufszentrum Hamburger Straße über die verschiedensten Themen zu informieren, die für den Schulalltag wichtig sind. Im Gespräch mit über 100 Fachleuten können wichtige Fragen – zum Beispiel zur

passenden schulischen Laufbahn nach Beendigung der 4. Klasse – erörtert werden.

*Lutz Trautmann, B 21 /
Manfred Schwarz, PA 12*



Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Bildung und Sport

Neue Broschüre des JIZ

»Deine berufliche Zukunft«

Für viele junge Menschen ist der Weg ins Arbeitsleben mit zahlreichen Fragen verbunden und manchmal auch mit großen Schwierigkeiten. Wer hilft bei der Berufswahl und Ausbildungsplatzsuche? Welche finanziellen Hilfen können während der Ausbildung beansprucht werden? Wo gibt es Beratung, wenn man arbeitslos ist?

Die Broschüre »Deine berufliche Zukunft« versucht, diese und viele andere Fragen rund um das Thema »Berufsorientierung, Berufsvorbereitung, Ausbildung« zu beantworten und In-

burg beginnt

damit auch konzeptioneller Bezugsrahmen für Inspektionen sein.

Wichtige Inspektionsverfahren und -schritte sind weiterhin

- transparente Verfahren der Auswahl der Schulen, rechtzeitige Ankündigung der Inspektion
- Aufbereitung und Zusammenschau interner/externer »Daten« zum Schulstandort (schulbezogene statistische Grunddaten, Daten der internen Evaluation, Daten von Lernstandserhebungen [KESS, Vergleichsarbeiten, zentrale Prüfungen], Befragungen von Schülern, Eltern, Lehrkräften usw.)
- Kontaktaufnahme mit der Schule: Information, Festlegung der Inspektionsschwerpunkte, Verfahrensabsprachen
- Schulbesuch mit Gesprächen, Unterrichtsbeobachtungen und Schulbegehung
- Datenanalyse und -bewertung mit Rückkopplungsverfahren
- Berichterstattung an Schule und Schulaufsicht.

Bildungssenatorin Alexandra Dinges-Dierig erklärte dazu: »Die Schulinspektion wird im System der selbstverantworteten Schule den wichtigen Part der unabhängigen Qualitätskontrolle übernehmen. Auf der Grundlage der Ergebnisse können die Schulen dann an der Verbesserung ihrer Qualitätsprofile arbeiten: Herausstellen der jeweils Besten, voneinander Lernen durch »best practice« oder mit Hilfe der Schulaufsichten und des Landesinsti-

tuts – sie werden auf der Grundlage der Berichte der Schulinspektion beraten und unterstützen.« Die Senatorin weiter: »Das übergeordnete Ziel ist klar: Wir wollen die Lernergebnisse der Schülerinnen und Schüler verbessern und sie in ihrer Persönlichkeitsbildung noch stärker fördern.«

luc



Bildung Aktuell (NRWL), 7/2005

«: Berufsorientierung, Berufsvorbereitung, Ausbildung

formationen, Tipps und Hinweise zu geben. So finden sich eine Zusammenstellung der wichtigsten Anlauf- und Beratungsstellen und Maßnahmen und Projekte zur Berufsausbildung in der Broschüre. Des Weiteren werden allgemeine Hinweise zur Berufsvorbereitung, sowohl schulisch als auch außerschulisch, präsentiert. Es gibt auch gesonderte Informationen zu speziellen Angeboten zur Berufsvorbereitung zum Beispiel für Migrantinnen und Migranten oder Jugendliche mit Behinderung.

Die Broschüre ist in Kooperation mit dem Internet-Portal www.ichblick-durch.de entstanden.

»Deine berufliche Zukunft – Berufsorientierung, Berufsvorbereitung, Ausbildung« ist kostenlos im Infoladen des JIZ erhältlich und steht zum Download unter www.hamburg.de/jiz zur Verfügung.

Adresse und Öffnungszeiten des Infoladens: Altstädter Straße 11, 20095 Hamburg, Montag bis Donnerstag 13.30 bis 18.00 Uhr, Freitag 13.30 bis 16.30 Uhr

Kerstin Klingel



ProReBeS

Projekt Reform der Beruflichen Schulen

In allen Bundesländern laufen Reformen des Systems der Beruflichen Schulen. Das umfangreiche »Projekt Reform der Beruflichen Schulen« (ProReBeS) in Hamburg verfolgt das Ziel, die Qualität des Unterrichts und der schulischen Arbeit weiterzuentwickeln und damit ständig zu verbessern. Dabei wird die Kooperation mit den Ausbildungsbetrieben ausgebaut (Lernortkooperationen). Wichtig ist ebenfalls, insgesamt eine stärkere Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft und ihren Organisationen anzustreben. Durch eine stärkere Beteiligung und Mitbestimmung ist die Wirtschaft künftig noch mehr als bisher mitverantwortlich für den Erfolg des Beruflichen Schulwesens und die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und Arbeitschancen in Hamburg.

Das Leitziel einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Schulen, Ausbildungsbetrieben und Organisationen der Wirtschaft ist im Regierungsprogramm, dem Ausbildungskonsens zwischen dem Senat, der Handels- und Handwerkskammer und dem Unternehmensverband Nord festgelegt worden.



Vor diesem Hintergrund hat der Staatsrat der BBS, Dr. Rainer Schmitz, am 11. März 2005 eine Reform-Einsetzungsverfügung erwirkt. Grundlage für die Verfügung war der Beschluss der Bürgerschaft (Drucksache 18/1282, vom 24. November 2004), in dem der Senat ersucht wird, ein Konzept zur Reform der Beruflichen Schulen zu erarbeiten. Ziel: eine flächendeckende Umsetzung einer Reform der Beruflichen Schulen zum Schuljahr 2006/2007. Der Bürgerschaft ist über den Verlauf der Reform zu berichten. Diesem Ersuchen entsprach die BBS-Senatorin Alexandra Dinges-Dierig im August 2005. Sie legte im Senat einen Zwischenbericht vor. Hier wurde eine positive Zwischenbilanz gezogen.

Entsprechend der zeitlichen Vorgabe begann mit dem Schuljahr 2005/2006 – wie im Bürgerschaftsbeschluss vorgesehen – die Erprobung des Reformvorhabens an vier Beruflichen Schulen.

Es sind die Schulen

- Staatliche Gewerbeschule Gastronomie und Ernährung (G 11)
- Berufliche Schule Farmsen (G 16)
- Staatliche Handelsschule Berliner Tor (H 18)
- Staatliche Schule Gesundheitspflege (W 4).

Diese Erprobungsschulen sollen das heterogene Spektrum beruflicher Schulen annähernd abbilden und zunächst praxisnahe Daten für die »Qualitätsentwicklung« und »erweiterte Entscheidungsspielräume im Personal- und Sachmittelbereich« sammeln und auswerten. Dabei soll ebenfalls die Arbeit der »Schulvorstände I und II« analysiert und bewertet werden.

Insgesamt wurden zwölf Teilprojektgruppen mit folgenden Arbeitsschwerpunkten gebildet:

- TPG 1 (Qualitätsmanagement in der Schule)
- TPG 2 (Duale Berufsausbildung)
- TPG 3 (Weiterentwicklung der teilqualifizierenden Berufsfachschule)
- TPG 4 (Weiterentwicklung des Angebots vollqualifizierender Berufsfachschulen)
- TPG 5 (Weiterentwicklung schulischer Berufsvorbereitung)
- TPG 6 (Aufbau des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung)
- TPG 7 (Organisationsentwicklung selbstverwalteter Schulen)
- TPG 8 (Steuerung über Ziel- und Leistungsvereinbarungen)
- TPG 9 (Gebäudemanagement)
- TPG 10 (IuK-Struktur für Berufliche Schulen und HiBB)
- TPG 11 und TPG 12 (Ressourcensachmittelbudget und Personal).

Über die Arbeit der Teilprojekte informieren die Projektleiter, Thomas Schröder-Kamprad (B 4) und Jochen Kästner (B 42–8): Sie versenden regelmäßig Infobriefe an alle Kolleginnen und Kollegen in den Beruflichen Schulen. Diese Briefe sind auch im Hamburger Bildungsserver abrufbar.

Konstruktive Kritik ist erwünscht – unter: prorebes@hh-edu.net; Internet: www.hamburger-bildungsserver.de/baw/ba/prorebes.html

Weitere Infos: Informationen für Hamburger Berufliche Schulen (IHBS; Zeitschrift der Abteilung Berufliche Schulen in der BBS), 2/2005, S. 16 ff.

Vgl. auch speziell zur Reform der Berufsfachschulen: Carl-Heinz Doose: Berufsfachschulen weiterentwickeln. Anregungen für eine Reform der Berufsfachschulen durch die Bundesländer, in: BWP, 5/2005, S. 34 ff. [Fachzeitschrift des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)].

Manfred Schwarz / Jörg-R. Vahle

Werbung 2

KESS 4-Schulen

BBS-Senatorin zeichnet Grundschulen aus

Prof. Wilfried Bos (Universität Dortmund) stellte vor kurzem die zentralen Ergebnisse der Schulleistungsuntersuchung KESS 4 (Langfassung) vor. Außerdem ging es darum, die Arbeit einzelner Grundschulen – unter Berücksichtigung der jeweiligen soziokulturellen und sozioökonomischen Belastungen – zu würdigen: Ein Team teilte die unterschiedlich sozial strukturierten Stadtteile nach sechs sozialen Kategorien ein. Dann verglich die Gruppe die unterschiedlich »belasteten« Schulen und ermittelte in den verschiedenen sechs Kategorien die jeweiligen »Sozialstufen-Sieger«. Die demnach erfolgreichen sechs Primarstufen sind die Schulen An der Isebek, Appelloff, Eckerkoppel, Klein Flottbeker Weg, Oppelner Straße und Westerschule Finkenwerder.

Bildungssenatorin Alexandra Dinges-Dierig hat die Schulen im Rahmen einer besonderen Veranstaltung gewürdigt und ihnen jeweils 200 Euro für die Schulbibliotheken zur Verfügung gestellt.

Vgl. dazu: *Wilfried Bos u. a.: Kess 4. Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern. Jahrgangsstufe 4. Hamburg 2005; Wilfried Bos/Marcus Pietsch: Erste Ergebnisse aus KESS 4. Kurzbericht, Hamburg 2004; Hamburg macht Schule (HmS), 5/2004, S. 38 f. und HmS, 6/2004, S. 36; www.erzwiss.uni-hamburg.de/kess/kurzbericht.pdf.*

MSz

Schulpolitik

Neue BBS-Reformen: Breite Zustimmung

»Eltern und Lehrer sind begeistert«, so lautet die Schlagzeile in der »Bild« vom 29.10.2005. Gemeint waren die jüngsten Reformmaßnahmen der Behörde für Bildung und Sport (BBS).

Lehrergewerkschaften, Elternvertreter und schulpolitische Experten aus Politik, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft bewerten einige neuere schulpolitische Re-

Günther Schmidt, B 601-14

Ein Faktotum geht

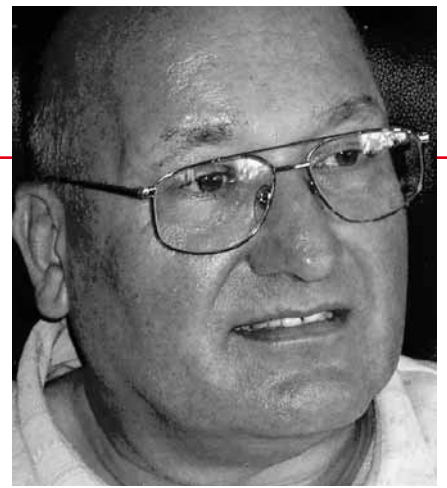
Faktotum ist – so heißt es in Lexika – eine veraltete Bezeichnung für jemanden, der in einem Betrieb oder Haushalt verschiedenste Aufgaben hat. Eine solche Person wird heute auch »Mädchen für alles« genannt. Im 19. Jahrhundert war der Begriff positiv besetzt: In dieser Zeit war ein Faktotum »ein Mensch, der in einem gewissen Kreis alles in allem ist, alles besorgt, von dem alles abhängt« (Meyers Konversationslexikon von 1888).

In diesem Sinne kann man Günther Schmidt (B 601-14) mit ruhigem Gewissen ein Faktotum nennen: Immer da, sich für keine Arbeit zu schade, eine jener fleißigen Bienechen im Hintergrund, die es in unserer rationalisierten Verwaltung leider immer weniger gibt und ohne die Referenten, Aufsichtsbeamte und »höhere« Verwaltungskräfte am Kopierer stehen, Unterlagen verpacken und Tonnen von Schulpost selbst in die Poststelle karren müssten.

Begonnen hat alles im Jahre 1958. Damals trat der Sechzehnjährige seine Lehre bei der Bundespost an, wurde Postschaffner. Aber eine andere Uniform war verlockender. So absolvierte Günther Schmidt auch noch eine Ausbildung bei der Polizei. Was den Beamten veranlasste, 1967 in die Privatwirtschaft zu wechseln, um Vertreter in der Hydraulikbranche zu werden, kann er heute selbst nicht mehr nachvollziehen. Seit 1974 stellt er, jetzt als Angestellter, seine Arbeitskraft jedenfalls

formen insgesamt positiv. Es geht beispielsweise um die Einführung des »Schul-TÜV«, das Projekt der selbstverantworteten Schule, die Umsetzung der Ergebnisse aus der KESS 4-Studie sowie die Umgestaltung der Hauptschulen (mehr Berufsorientierung, Praxistage, Praktika).

Auf der Haben-Seite der Bilanz der Schulreformen in Hamburg stehen schon länger die durchgeführten Zentralprüfungen: Abiturprüfungen, Hauptschul- und Realschulabschlüsse. Die Ergebnisse bei den gymnasialen Oberstufen (an Gym-



wieder dem Hamburger Staat zur Verfügung, zunächst in der Beschaffungsstelle und seit nunmehr 30 Jahren im Bereich »Geschäftszimmer und Registratur« der BBS.

Günther Schmidt war aber nicht nur stets zur Stelle, wenn es galt, dafür zu sorgen, wichtige Unterlagen zuverlässig Richtung Bestimmungsort zu verfrachten oder den Amtsleiter mit Unterlagen für den Schulausschuss zu versorgen. Er war einfach irgendwie immer da. Als feste Größe, als ruhender Pol, als jemand, den man bei Beginn der eigenen Verwaltungsausbildung Ende der 70er Jahre schon kennen lernte und der bis jetzt immer noch da war. Um zu unterstützen, zu helfen oder einfach nur zum Klönen.

Man konnte herrlich mit ihm plaudern. Über alte Zeiten und neue Verfahren. Geschimpft hat er immer. Aber gemeint hat er es nie so. Seine Aufgaben müssen und werden von anderen Mitarbeitern übernommen werden. »Schmiddele« wird diesem Hause fehlen – auch der *HmS*-Redaktion.

Mit den besten Wünschen für den (Vor-) Ruhestand im Namen aller Kolleginnen und Kollegen

Annegrete (»Shorty«) Schulz, B 601-1

nasien, Aufbaugymnasien, Technischen Gymnasien und Wirtschaftsgymnasien sowie an Gesamtschulen) sind überwiegend positiv ausgefallen.

Auch an den Haupt- und Realschulen hat es bei den Prüfungen keine wesentlichen Probleme gegeben. Eine Besonderheit gab es im Rahmen der Hauptschul-Abschlussprüfungen: Schüler mit Migrationshintergrund konnten das Prüfungsfach Englisch durch ihre jeweilige Herkunftssprache ersetzen: 18 (!) Sprachen standen hier zur Auswahl.

MSz

Werbung

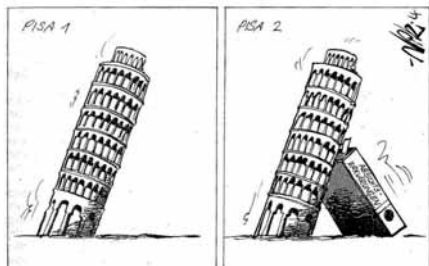
3

PISA-Ländervergleich 2003

Herausforderungen für Hamburg

Der Bericht zum zweiten Ländervergleich PISA 2003 liegt vor. Es wurden nicht nur die Leistungen der 15-Jährigen in Mathematik, Lesen, Naturwissenschaften und Problemlösen geprüft. Darüber hinaus wollten die PISA-Teams wissen, ob im Elternhaus der Kinder Lexika oder Computer stehen und welche Sprache zu Hause gesprochen wird. Auch wurden die Schülerinnen und Schüler gefragt, was sie zum Lernen motiviert.

Die PISA-Wissenschaftler, unter der Leitung von Manfred Prenzel, Professor am Kieler Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN an der Universität Kiel), beschäftigten sich ebenfalls mit den einzelnen Schulen – mit dem jeweiligen spezifischen Engagement von Lehrkräften und Schulleitungen. Die Forscher unterscheiden dabei zwischen »belasteten« und »unbelasteten« sowie »aktiven« und »passiven« Lehranstalten.



Stabilisiert: Die Pisa-Schulstudie gibt Deutschland schlechte Noten NICK ©BERT

Rheinische Post vom 31.12.2004

Die belasteten Schulen befinden sich in sozial schwierigen Stadtteilen oder verfügen über keine gute Ausstattung: Oft haben diese Schulen verhaltensauffällige Schüler, es fehlen Laborplätze, Materialien oder Fachlehrkräfte. So gesehen haben nach Auswertung der Schulleiter-Fragebogen 59 Prozent aller deutschen Schulen schlechte Arbeitsbedingungen. Nicht alle dieser Schulen in »beklagenswertem Zustand verfallen deswegen in Lethargie« (*Der Spiegel*). Deshalb hat das PISA-Team die Schulen nochmals unterteilt – in »aktive« und »passive« Schulen. In den eher

aktiven Schulstandorten arbeiten die Kollegien überdurchschnittlich teamorientiert, suchen die Zusammenarbeit mit den Eltern und definieren genaue Ziele der schulischen Arbeit. Auffällig: Der Anteil der aktiven Schulen ist anscheinend bei unbelasteten Gymnasien besonders niedrig; er liegt nur bei 13 Prozent. Auffällig aktiv sind offenbar viele Schulen im Osten Deutschlands. 76 Prozent der Schulen zählen zum Beispiel in Thüringen »zur Klasse der aktiven« – im Stadtstaat Bremen dagegen »verharren satte 50 Prozent der belasteten Schulen in Passivität« (*Der Spiegel*). Prof. Manfred Prenzel sieht daher bei vielen Schulen noch erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten. Das glaubt ebenfalls die Leiterin des Hamburger Gymnasiums Allermöhe, das ebenfalls zu den belasteten (und aktiven) Schulen gehört. Schulleiterin Christine Pinck: »Auch in sozialen Brennpunkten können wir Kinder aus bildungsfernen Schichten zum Abitur bringen.«

Zentrale Ergebnisse: Überregional

Für die *Frankfurter Allgemeine am Sonntag (FAS)* lautet die »brisanteste PISA-Erkenntnis: »Bis zu dreißig Prozent der fünfzehnjährigen Schüler (...) können nur auf Grundschulniveau rechnen und verstehen nicht mal einfachste Texte.« Das hängt mit mangelhaften Sprachkenntnissen zusammen. Deshalb fragt PISA-Chef Manfred Prenzel in diesem Zusammenhang: »Was passiert, wenn ein Drittel einer Altersgruppe nicht in der Lage ist, vernünftig Zeitung zu lesen?«

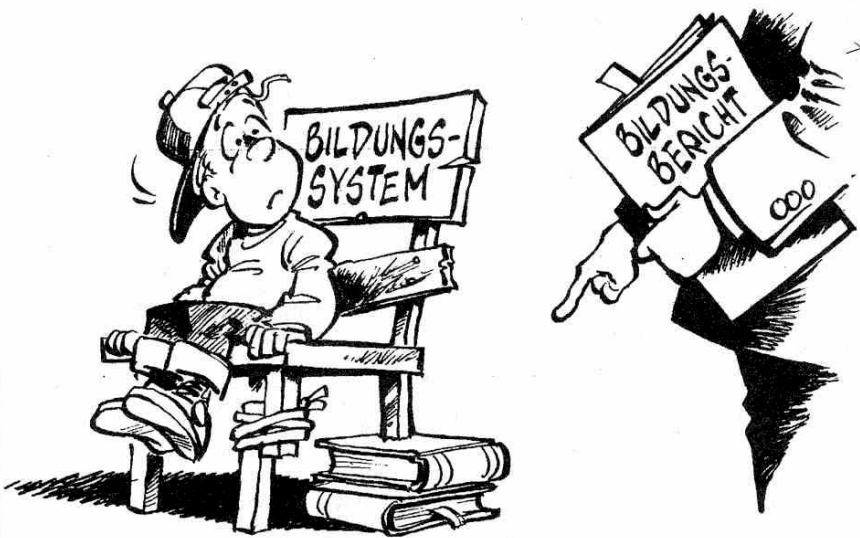
Die Abstände zwischen Schülern, die zu Hause nur deutsch sprechen, und solchen, die sich daheim oder in Freundesgruppen (auch noch) in einer anderen Sprache verständigen, betragen bundesweit zum Beispiel in Mathematik zwischen 28 und 56 Punkten (35 bis 40 Punkte entsprechen nach Aussage einiger PISA-Forscher in etwa dem Lernfortschritt eines Schuljahres). Die *FAS* hat hier zu ihrer eigenen Überraschung herausgearbeitet: Besonders niedrige Kompetenzwerte weisen

laut Studie vor allem solche Jugendlichen auf, die in erster Generation nach ihren eingewanderten Eltern in Deutschland leben und durchschnittlich rund 100 Punkte weniger aufweisen als deutsche Schüler. **Am bildungsärmsten sind demnach in den meisten Ländern nicht die (mit ihren Eltern) zugewanderten Kinder; diese Kinder schneiden häufig besser ab als die in Deutschland geborenen Altersgenossen mit Migrationshintergrund.**

In der PISA-Studie heißt es wörtlich: Die »Ergebnisse verdeutlichen, wie wichtig gute Kenntnisse der Unterrichtssprache für den Kompetenzerwerb von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind. Anhand der Betrachtung von in Deutschland geborenen Jugendlichen türkischer Herkunft und Schülerinnen und Schülern, die aus der ehemaligen Sowjetunion zugewandert sind, wird weiterhin deutlich, dass sich der Gebrauch der deutschen Sprache im Alltag nicht automatisch mit der Aufenthaltsdauer einstellt.« Obgleich »die Jugendlichen türkischer Herkunft in Deutschland geboren und zur Schule gegangen sind, verwenden sie zu vergleichsweise geringen Anteilen die deutsche Sprache im Alltag und ihre durchschnittlichen Kompetenzen im Lesen und in der Mathematik liegen in fast allen Ländern auf einem Niveau, welches ein erfolgreiches Weiterlernen in Ausbildung und Beruf gefährdet erscheinen lässt« (S. 34 der PISA 2003-Kurzfassung).

Bedeutsam ist:

1. »Die Beherrschung der deutschen Sprache kann als grundlegende Voraussetzung angesehen werden, damit Schülerinnen und Schüler dem Unterricht folgen und ein Kompetenzniveau erreichen können, das ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ermöglicht. Dies gilt insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund« (PISA 2003-Studie, Kurzfassung, S. 33). Selbst wenn man, wie es die PISA-Forscher getan ha-



„Warum lernst du nicht?“

Tomicek

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 11.12.2003

ben, »den Einfluss des schwächeren soziökonomischen Status ausschaltet, den Migranten im Durchschnitt haben, liegen allein ihre auf den überwiegend fremdsprachigen Umgang im außerschulischen Alltag zurückgehenden Rückstände gegenüber Schülern aus deutschen Familien bei anderthalb Schuljahren« (FAS).

2. Nach PISA 2003 sind Jugendliche schulisch am meisten gefährdet, wenn sie einen türkisch-familiären Hintergrund aufweisen und in Deutschland geboren sind. Die türkischstämmigen Jugendlichen stellen – nach Jugendlichen, deren Eltern aus der ehemaligen UdSSR stammen (23 Prozent) – mit rund 21 Prozent den zweitgrößten Anteil unter Schülern mit Migrationshintergrund. Die mittleren mathematischen Fähigkeiten liegen bei Schülern mit türkischem Sozialisationshintergrund nur knapp oberhalb der Kompetenzstufe 2 von sechs Stufen des Tests – beim Lesen sogar lediglich auf Stufe 1 von fünf Stufen.

Ergebnisse für Hamburg

In Hamburg besuchen – an den untersuchten 161 Schulen – 10,6 Prozent der Fünfzehnjährigen Hauptschulen, 5,1 Prozent Integrierte Haupt- und Realschulen (IHR), 25,4 Prozent Integrierte Gesamtschulen (IGS), 14,9 Prozent Realschulen, 33,4 Prozent Gymnasien, 5,9 Prozent Be-

rufliche Schulen und 1,1 Prozent Waldorfschulen. Und: In der Hansestadt liegt der Anteil der 15-Jährigen mit einem Migrationshintergrund, ähnlich wie in den anderen Stadtstaaten, bei 34,6 Prozent – in Bayern zum Beispiel hingegen »nur« bei 25 Prozent. An Hauptschulen in der Hansestadt beträgt der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund immerhin 44,6 Prozent, an den Realschulen 43, an den Gesamtschulen 39,1 und an den Gymnasien 26,7 Prozent. Die für Hamburg geltenden Schülerzahlen in den verschiedenen Schulformen (mit und ohne Migrationshintergrund) weichen damit zum Teil erheblich von den entsprechenden Strukturen anderer Bundesländer ab. Dies gilt insbesondere im Vergleich zu den Flächenstaaten. Wie problematisch vergleichende Analysen sein können, zeigt beispielsweise, dass in Hamburg zu den 10,6 Prozent (»klassischen«) Hauptschülern noch erhebliche Anteile von »Hauptschülern« aus den Bereichen IHR, IGS und dem Sektor der Kooperativen Gesamtschule hinzugerechnet werden müssten.

Erfreuliches

In den Hamburger Gymnasien haben sich die Leistungen der Fünfzehnjährigen zum Teil erheblich gesteigert (primär im Sektor der Lesekompetenz). Das gilt für den Zeitraum von Pisa 2000 bis Pisa 2003. Die fünf Prozent der Gymnasiasten, die sich ganz

oben in der Leistungsspitze befinden, können auch problemlos mit den oberen Leistungsgruppen in ganz Deutschland und sogar international konkurrieren.

Im Bereich der Problemlösungskompetenz befinden sich die Schulen Hamburgs im Vergleich zu den anderen Bundesländern im Mittelfeld, an 10. Stelle. In diesem Sektor erreichen die Hamburger Schüler ungefähr den Leistungsdurchschnitt der OECD-Staaten.

Kritisches

Das PISA-Team hat für Hamburg die Ergebnisse so zusammengefasst: Die Leistungen in den Bereichen Mathematik (481 Punkte), Lesen (478) und Naturwissen-

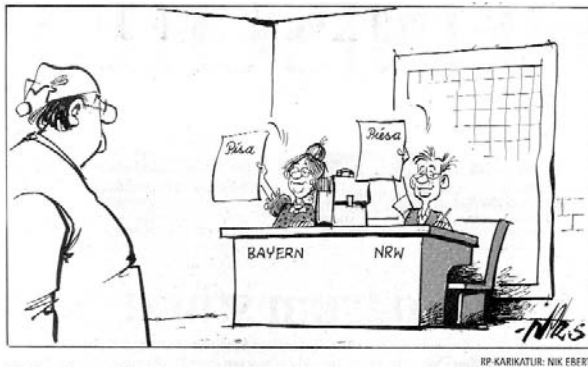
Vergeudete Zeit			
Wie die Schule trödelt			
		Angaben in Prozent	
	Mathematikleistung bei Pisa 2003*	Sitzenbleiber oder Zurückgestellte	Zuspätkommer**
Bayern	533	33,4	12,7
Sachsen	523	24,8	13,9
Baden-Württemberg	512	30,4	21,8
Thüringen	510	21,9	16,8
Sachsen-Anhalt	502	24,7	17,2
Saarland	498	25,9	17,0
Schleswig-Holstein	497	47,4	19,2
Hessen	497	34,0	24,9
Niedersachsen	494	33,9	18,9
Mecklenburg-Vorpommern	493	31,3	13,6
Rheinland-Pfalz	493	34,1	18,4
Brandenburg	492	20,3	16,3
Berlin	488	29,6	24,0
Nordrhein-Westfalen	486	34,6	22,7
Hamburg	481	33,0	37,4
Bremen	471	37,9	28,2

* Mittelwert Deutschland 503; 40 Punkte Unterschied entsprechen rund einem Schuljahr
 ** Schüler, die angaben, in der Woche vor dem Test zu spät gekommen zu sein

Quelle: Pisa-E 2003 / Die Zeit vom 10.11.2005

schaften (487) seien ländervergleichend »unterdurchschnittlich ausgeprägt« (Langfassung der Studie, S. 191) – im Gegensatz zum Problemlösungsbereich (505). **Dann folgt der schulpolitisch vielsagende Satz:** »Das ist ein Hinweis darauf, dass die kognitiven Ressourcen der Schülerinnen und Schüler an keiner Schulform angemessen in fachliche Kompetenz umgesetzt werde« (S. 195).

Im Bereich der mathematischen Kompetenzen erreichen **Hamburgs Gymnasien** (570 Punkte) im Schnitt nur in etwa das Niveau der bayerischen Realschulen (561). Zu berücksichtigen ist hier zum Beispiel, dass in Hamburg überproportional viele Schüler die Gymnasien besuchen.



Nicht abgucken
Rheinische Post vom 15.07.2005

Das Leistungsniveau der **Hamburger Integrierten Gesamtschulen** (456 Punkte) entspricht in diesem Kompetenzbereich dem der bayerischen Hauptschulen (462). Im Mathematikbereich weisen die Hamburger Gesamtschulen – **im Vergleich zu den Gesamtschulen aller anderen Bundesländer** – die schwächsten Leistungen auf.

Hamburger Hauptschulen erreichen in Mathematik nur einen Mittelwert von 379 Punkten (bayerische Hauptschüler: 462). **Realschulen** erreichen in Hamburg 463 Punkte – und liegen damit auf dem Level der Hauptschulen in Bayern. Besonders an den Hauptschulen gibt es – trotz der in der Hansestadt mittlerweile umfangreich eingeleiteten Reformmaßnahmen – immer noch erhebliche Probleme im Bereich der Lesefähigkeit, die entscheidend von der Sprach- und Lesekultur des Elternhauses bestimmt wird. Diese Sprachdefizite erklären zum Teil

auch die schlechten Ergebnisse in Mathematik und den Naturwissenschaften.

Zwar würde sich Hamburg im mathematischen Kompetenzbereich – unter Berücksichtigung der hohen Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund und spezifischer sozialer Herkunft – nach den Untersuchungskriterien der PISA-Forscher (PISA 2003-Zusammenfassung, S. 38) lediglich von Platz 15 auf Platz 13 verbessern (**»Adjustierung«**). Aber nach Aussage eines Arbeitspapiers der Behörde für Bildung und Sport (siehe Literaturhinweise) »hängt dies u. a. mit der gewählten Definition des »Migrantensstatus« zusammen« (S. 2). Nach dieser Definition wird der Status, so die Verfasser, »hauptsächlich über den Geburtsort der Eltern festgelegt«; der »Sprachgebrauch in der Familie« werde aber nicht ausreichend berücksichtigt. Dies sei in der KESS-Studie noch adäquat geschehen.

Die PISA-Wissenschaftler haben auch die Frage analysiert, »wie die Schule trödelt« (*Die Zeit*). Für Hamburg stellt sich an dieser Stelle heraus, dass die Hansestadt in diesem Sektor Probleme hat: Die Frage an die Schüler, ob sie in den beiden Wochen vor der PISA-Erhebung zu spät in die Schule gekommen sind, beantworteten in der Hansestadt 37,4 Prozent der Interviewten mit »Ja«; in Bayern waren das nur 12,7 Prozent. Das wirft die Frage auf, wieweit **Disziplin** im Unterricht den schulischen Erfolg beeinflusst. Manfred Prenzel sieht hier einen »Indikator dafür, wie unterschiedlich die Lernzeit genutzt wird«. Interessant wäre sicher auch die Beantwortung der Frage gewesen, welche **Fehlzeiten** zum Beispiel in einem Schulhalbjahr in Hamburg – im Vergleich zu anderen Bundesländern – auftreten.

Schulpolitische Konsequenzen

Vor diesem Hintergrund insgesamt möchte die **Hamburger Bildungssenatorin Alexandra Dinges-Dierig** für die Hansestadt – durch weitere umfangreiche Bildungsreformen – Leistungssteigerungen in allen Schulformen erreichen und dabei auch soziale Ungleichheiten in Bezug auf den Erwerb von Kompetenzen abbauen. Dieses Ziel soll zum Beispiel durch mehr Eigenverantwortlichkeit der Schulen, der Festlegung verbindlicher Standards für

Unterrichtsqualität und der Einführung von Schulinspektionen erreicht werden. Die Sprachförderung sowohl im vorschulischen Bereich (verpflichtende Sprachförderkurse) als auch im Grundschulbereich soll ab dem Schuljahr 2006/2007 beträchtlich intensiviert werden – und beispielsweise helfen, ebenfalls (schichten-) spezifische Sprachbarrieren von Schülerinnen und Schülern abzubauen.

Schulpolitiker in allen Hamburger Parteien schließen heute auch grundlegende Änderungen des Schulsystems nicht mehr aus.

Kontroverse Bewertungen

Die Meinungen von Lehrerverbandsrepräsentanten und anderen (wissenschaftlichen) Experten zu der immer noch vorhandenen »Bildungsmisere« in der Bundesrepublik sind keineswegs übereinstimmend. Dass selbst bei gleichen Noten Angehörige aus unterschiedlichen sozialen Schichten beispielsweise nach der vierten Klasse verschiedene grundlegende Entscheidungen über den weiteren Bildungsweg treffen, hat – so erklärt **Walter Müller vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung** – wesentlich mit »sekundären Effekten« zu tun, mit einer Kosten-Nutzen-Abwägung, nach der es für ein Arbeiterkind (besonders mit Migrationshintergrund) vernünftiger scheinen kann, schnell eine Lehre zu beginnen und Geld zu verdienen, als auf ein langwieriges Studium hinzubüffeln, von dem die Familie »nicht weiß, was es bringt und ob es eigentlich zu schaffen ist«. In der Mittel- und Oberschicht sei das Gegenteil »common sense«.

Bayern

Häufig wird die Frage gestellt, warum in Bayern Kinder aus oberen sozialen Schichten viel größere Chancen haben, auf ein Gymnasium des Freistaates zu kommen als Jugendliche aus unteren sozialen Schichten. **Bayerische Schulforscher und Ministeriale** erklären dazu, in allen Schulformen Bayerns lägen die Leistungen höher als in den vergleichbaren Schulformen anderer Länder. Und nach Aussage der PISA-Studie würden in Bayern – ländervergleichend gesehen – sogar Schüler, die aus soziokulturell benachteiligten Gruppen

stammen (auch mit Migrationshintergrund), grundsätzlich zu höheren Leistungen geführt als in den anderen Bundesländern; das gelte insbesondere für die Sektoren Lesekompetenz und mathematische Kompetenz. Im südlichen Freistaat machten zwar weniger Schüler das Abitur. Diese Abiturienten seien jedoch erheblich leistungsfähiger als die Abiturienten in anderen Ländern. Und die Leistungen beispielsweise an Realschulen lägen zu einem beträchtlichen Teil auf dem Level von Gymnasien außerhalb Bayerns. Diese Realschüler hätten entsprechend gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Außerdem: Begabte Absolventen hätten nach Absolvierung der Sekundarstufe I die Chance, in der Sekundarstufe II, beispielsweise im Sektor der hochdifferenzierten bayerischen Beruflichen Oberschulen, das Fach-Abitur zu erwerben. Demnächst würden – nach Aussage des bayerischen Kultusministers Siegfried Schneider (CSU) – die **Beruflichen Oberschulen** reformiert, und zwar mit dem Ziel, dass hier in Zukunft auch die Allgemeine Hochschulreife erworben werden kann. Damit würden dann die Abiturientenquoten beträchtlich steigen.

Die **Frage der Gerechtigkeit** im bayerischen Schulwesen hat auch der *Zeit*-Redakteur Thomas Kerstan analysiert. Er schreibt in der Hamburger Wochenzeitung: »Zusammen mit Brandenburg« sei »Bayern der deutsche Gerechtigkeitsieger – wenn es darum geht, was etwa die Einwandererkinder oder die Arbeiterkinder als 15-Jährige wissen und können. Man kann auch sagen: in Kompetenzgerechtigkeit«. Es gelinge den Bayern »also am besten, wie die Bildungsforscher sagen, die Leistung von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Andererseits baut Bayern – zusammen mit Schleswig-Holstein – die höchste Hürde vor dem Gymnasium auf«.

Zum **Thema Gymnasien** meint Prof. Manfred Prenzel: »Gymnasium ist nicht gleich Gymnasium. Die 15-jährigen bayerischen Gymnasiasten sind ihren Bremer Mitschülern in Mathematik um gut ein Schuljahr voraus. Zudem darf man die Bildungschancen nicht auf den Besuch des Gymnasiums reduzieren. Selbstredend muss sich aber die Gerechtigkeit auf die Chance erstrecken, einen Abschluss wie

das Abitur zu erreichen. Schließlich sind Abschlüsse die Eintrittskarten ins Studium oder in den Beruf.«

Thomas Kerstan von der *Zeit* fragte Prenzel, ob Bayern nicht **von Sachsen lernen** könne. Dort erreichten die Gymnasien ebenfalls Bestwerte, obwohl sie von 32 Prozent der 15-Jährigen besucht werden, statt von nur 26 Prozent wie in Bayern. Außerdem sei dort der Zugang zum Gymnasium nicht so stark von der sozialen Herkunft abhängig. Der PISA-Chef für Deutschland antwortete: »Zumindest könnte es den Bayern die Angst davor nehmen, dass eine vorsichtige Öffnung der Gymnasien notwendigerweise zu Qualitätsverlust führt.«

Klaus Bullan (GEW)

Nach Auffassung des Hamburger GEW-Chefs Klaus Bullan wird sich die Situation für Kinder, die aus benachteiligten Elternhäusern kommen, nur dann ändern, »wenn diese Gruppen vorrangig gefördert werden und der enge Zusammenhang von Bildungserfolg und sozialer Lage aufgebrochen wird«. Bullan vertritt die Ansicht, wer als Kind von ungelerten Arbeitern, Sozialhilfeempfängern oder Migranten zur Welt komme, habe von »Anfang an schlechte Karten«.

Josef Kraus (DL)

Anders die Auffassung von Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL) und Direktor eines bayerischen Gymnasiums: »Nicht die soziale Herkunft entscheidet über den Schulerfolg, sondern die Bildungswilligkeit.« Er ist der Ansicht, dass das deutsche Bildungswesen kostenfrei sehr viele Aufstiegsmöglichkeiten bietet – auch über die Berufliche Bildung im Allgemeinen und die Beruflichen Gymnasien im Besonderen. Kraus meint, dass der Bildungserfolg der Kinder maßgeblich von deren *Lernbereitschaft* und den Erziehungszielen der Eltern abhängig ist. Für Kraus sind an erster Stelle wichtig: die *soziokulturellen* Faktoren innerhalb gruppenspezifischer bzw. schichtenspezifischer Sozialisationsprozesse. Auch genetische Faktoren spielten eine wichtige Rolle. Dagegen sieht Josef Kraus die ökonomischen Faktoren als eher zweitrangig an.

Zur Recherche:

- www.ipn.uni-kiel.de/
www.pisa.oecd.org/; www.kmk.org
- *Pisa-Konsortium Deutschland (Hg.): Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland – Was wissen und können Jugendliche? Münster 2005 (Langfassung, 415 S.)*
- *Kurzfassung der Studie: Manfred Prenzel u. a.: Pisa 2003: Ergebnisse des zweiten Ländervergleichs. Zusammenfassung, Kiel 2005 (41 S.)*



Blickpunkt Bildung, 1/2005

- *Grundinformationen und zentrale Ergebnisse zum PISA-2003-Ländervergleich aus Hamburger Sicht (Arbeitspapier für die Hamburger Behörde für Bildung und Sport; Verfasser: Norbert Maritzen / Jan Poerschke; Hamburg 2005)*

Zur Analyse des wissenschaftlichen und politischen Hintergrundes der PISA-Studien eignet sich einführend das Buch: Josef Kraus: Der PISA-Schwindel. Unsere Kinder sind besser als ihr Ruf. Wie Eltern und Schule Potentiale fördern können. Signum Verlag, Wien 2005 (247 S.). Der etwas »reißerische« Buch-Titel kann leicht zu Missverständnissen führen: Der Bundesvorsitzende des Deutschen Lehrerverbandes (DL) hat hier eine, zum Teil historisch angelegte, differenzierte Hintergrundanalyse vorgelegt, die sich unter anderem kritisch mit PISA-Interpretationen auseinandersetzt. Des Öfteren formuliert Kraus ebenfalls provokante Thesen, denen sich der Leser anschließen kann – oder auch nicht.

Manfred Schwarz / Jörg-R. Vahle

Keine Uniformen

CDU und SPD wollen einheitliche Schulkleidu Neuer »Dress-Code« Teil einer besonderen Cor

Im Hamburger Rathaus, in der Bürgerschaft, hat es – lange vor dem neuen großen schwarz-roten Regierungsbündnis in Berlin – schon im Mai 2005 eine »Große Koalition« gegeben. Die Fraktionen von CDU und SPD votierten in der Hansestadt einhellig dafür, den Schulen – auf Wunsch – Gelegenheit zu geben, ein Projekt »Einheitliche Schulkleidung« zu erproben. Mehr noch: Die Bürgerschaftsmehrheit hat beschlossen, »den Senat zu ersuchen, bei Grundschulen im Rahmen der Bildung eines Schulprofils für die Einführung einheitlicher Schulkleidung zum 01.08.2006 zu werben« (Drucksache 18/2208). Doch was ist das eigentlich: Einheitliche Schulkleidung?

Bei den meisten Menschen, das gilt auch für Politiker, gibt es hier eine Begriffsverwirrung. So heißt es im *Rathaus-Report* der SPD-Bürgerschaftsfraktion (Mai/2005), CDU und SPD hätten sich für die Erprobung einer »Schuluniform« ausgesprochen. Aber um eine Schuluniform geht es eben nicht in dem bürgerchaftlichen Ersuchen – sondern um eine »Koordinierte« Schulkleidung im Sinne einer Arbeitskleidung, wie sie heute an einzelnen Schulen im Bundesgebiet eingeführt worden ist.

Koordinierte Schulkleidung: Breites Sortiment bietet viele Wahlmöglichkeiten

Diese Schulkleidung besteht aus einem breiten und tiefen Sortiment, das für die Schüler täglich etliche Auswahlmöglichkeiten bietet. In der Sinstorfer Haupt- und Realschule zum Beispiel gibt es »Polohemden oder T-Shirts mit einem dezentem Logo der Schule auf der Brust, dunkelblau oder weiß, dazu Trainingsjacken mit Doppelstreifen am Ärmel, Kapuzen- oder weiche Fleecejacken« (*stern*, 43/2005). Diese Hamburger Schule war vor fünf Jahren bundesweit die erste, die Schulkleidung einführt »und

ist dabei so konsequent wie keine andere Schule in Deutschland« (ebd.). Die Lehrerin Karin Brose war damals schon spiritus rector des Projekts. Mit finanzieller Unterstützung der »Stiftung Kinderjahre« hat die Haupt- und Realschullehrerin jetzt einen Ratgeber publiziert: »Schulkleidung ist nicht Schuluniform«. Der Titel des booklets ist richtig gewählt. Denn klassische Schuluniformen gibt es nicht in Sinstorf.

Schulische Uniformen sind dagegen zum Beispiel in britischen Internaten sowie in US-amerikanischen, lateinamerikanischen, kanadischen und australischen Schulen üblich. Auch in Singapur, Hongkong, Neuseeland, Zypern, Südafrika oder in Japan und Korea gibt es sie.

Ganz anders in Hamburg: In Sinstorf endet die schulische Arbeitskleidung »oberhalb der Gürtellinie«. Hosen, Gürtel, Röcke, Schuhe oder Socken – das alles bleibt an der Schule im Bezirk Harburg von der offiziellen Schulkleidung unberührt.

Diese Koordinierte Schulkleidung hat freilich nicht nur Befürworter. Einige Eltern sind grundsätzlich gegen jede »Uniformierung«. Andere Mütter und Väter fragen, warum die textile Koordinierung nicht ebenfalls Hosen und Schuhe umfasst. Schulkleidung mache nur Sinn, wenn sie auch für »unterhalb der Gürtellinie« gilt. Ganz viele Youngster wollten sich auch mit völlig übersteuerten »Markenjeans« von MISS SIXTY, REPLAY oder G-STAR immer wieder auf besondere Art und Weise »stylen« – auf Kosten der elterlichen Nerven und Portemonnaies.

Schulkleidung wird zum Werbeträger – und ist preiswerter als private Textilien

So oder so: Die »gemäßigte« Koordinierte Schulkleidung hat anscheinend Erfolg. Psychologen der Universität Gießen haben das Projekt in Sinstorf unter-

sucht. Insbesondere das Klassenklima wurde analysiert. Ergebnis: »Die neue Ordnung Sorge nicht nur für ein ‚besseres Sozialklima‘, sondern auch für mehr Konzentration im Unterricht, fand der Wissenschaftler Oliver Dickhäuser mit einer Vergleichsuntersuchung heraus« (*stern*, 43/2005). Viele Eltern melden ihre Kinder wegen der Schulkleidung an der Sinstorfer Schule an.

Bald will die Gruppe der Wissenschaftler außerdem untersuchen, ob die Koordinierte Schulkleidung ebenfalls die Leistung der Schüler verbessert.

Wichtig ist auch, dass Koordinierte Schulkleidung insgesamt für Eltern kostengünstiger ist als individuell beschaffte private Kleidung. Für Sinstorf stellt der *stern* fest: »Es gibt 19 Modelle für Jungs und 26 für Mädchen, Mützen und Schals inklusive. Hosen und Schuhe sind Privatsache.« Die Grundausrüstung kostet die Schüler – je nach den getroffenen Auswahlentscheidungen – im Schnitt ca. 90 Euro. Jedes weitere Jahr bezahlen die Träger von Schulkleidung für die weitere Ausstattung durchschnittlich etwa 50 Euro.

Bedürftige Familien könnte beispielsweise der jeweilige Schulverein unterstützen.

»Dress-Codes« jetzt auch in anderen Bundesländern

Ähnliche Schulprojekte wie in Hamburg existieren ebenfalls an anderen bundesdeutschen Schulen. Eltern organisieren Schulkleidung zum Beispiel an der Schule Birkenallee in Uetersen. Auch an der Staatlichen Realschule Haag/Oberbayern gibt es eine Koordinierte Schulkleidungskollektion. Hier bestellen Eltern das jeweilige Sortiment; ein Schulshop verkauft die Schulkleidung. Nackte Bäuche, tiefer gelegte Jeans oder coole Designerjacken sind dort passé. Angesagt ist ein einheitlicher »Dress-Code« (*stern*).

ng fördern porate Identity

Arbeitsgruppe in der BBS: Schulkleidung als Teil einer profilierten CI

Hier wird deutlich: Koordinierte Schulkleidung kann auch Bestandteil einer attraktiven Corporate Identity (CI) sein, einer modernen Corporate Identity, die das einzelne Schulprofil zu schärfen in der Lage ist. So sieht das auch eine Arbeitsgruppe »Einheitliche Schulkleidung«, die seit kurzem in der Hamburger Behörde für Schule und Sport ihre Arbeit aufgenommen hat. Leiter ist LOSR Walter Hurling. Die Gruppe vertritt die Meinung, es sei anzustreben, neue CI-Anstöße für Schulen zu initiieren. Bestandteil eines positiven CI könnten beispielsweise sein: ein modernes Internet-Portal, Schul-Infobriefe, eine Schulzeitung, Give Aways, Flyer und eben, last but not least, eine Koordinierte Schulkleidung.

Zur Geschichte der Uniform

In der Tat: Als zu Beginn des 18. Jahrhunderts staatliche Kleiderkammern an

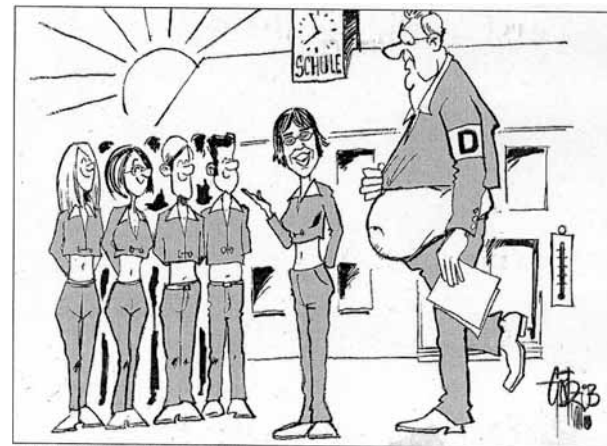
die stehenden soldatischen Heere Uniformen auslieferten, repräsentierte die neue Uniform nicht nur staatliche Macht und militärische Schlagkraft, sondern sie war auch Teil von Disziplinierung und – über Dienstgradabzeichen – einer hochdifferenzierten Hierarchisierung.

Das nationalsozialistische Deutschland und die kommunistische DDR »vergewaltigten« dann vor gar nicht so langer Zeit die Theorie von Uniformen. Die HJ der NSDAP und die FDJ der SED pervertierten den Gedanken von Einheitlicher Schulkleidung. Schon deshalb stehen heute noch viele Lehrkräfte einer Koordinierten Schulkleidung kritisch gegenüber.

Koordinierte Schulkleidung fördert Wir-Gefühl und Disziplin

Aber inzwischen haben wir längst eine demokratische Gesellschaft. Was für erfolgreich operierende private Wirtschaftsunternehmen offenbar gut ist, könnte auch Schulen insgesamt positiv beeinflussen. Wenn empirische Untersuchungen nachweisen, dass eine Koor-

dinierte Schulkleidung das Wir-Gefühl von Schülern und Lehrkräften verstärkt und dass eine solche schulische Kleidung die Disziplin verbessert (»in Uniform«



„Uniform ist Uniform, Herr Direktor!“

Karikatur: Wiedenroth

Pinneberger Tageblatt vom 09.08.2003

neigen Schüler offenbar weniger dazu, soziale Normen zu verletzen), dann sollte das auch Bedenkenträgern zu denken geben.

Manfred Schwarz / Jörg-R. Vahle

Weitere Infos

Eine wissenschaftliche Untersuchung zum Thema Koordinierte Schulkleidung hat die Universität Gießen durchgeführt, und zwar der Fachbereich 06 – Psychologie und Sportwissenschaft; Otto-Behaghel-Straße 10 F, 35394 Gießen; Dr. Oliver Dickhaeuser; Telefon: 06 41/99-2 62 55; Fax: 06 41/99-2 62 59; E-Mail: oliver.dickhaeuser@psychol.uni-giessen.de; internet: www.psychol.uni-giessen.de/home/stiensmeier-pelster/medie-necho

Vgl. auch: Schule Birkenallee 44, 25436 Uetersen; Tel.: 0 41 22/46 01 60; Internet: www.schule-birkenallee.de und die Staatliche Realschule Haag, Maria-Ward-Straße. 24, 83527 Haag/ Obb.; Tel: 0 80/72 37 58-0; Internet: www.rs.haag.de

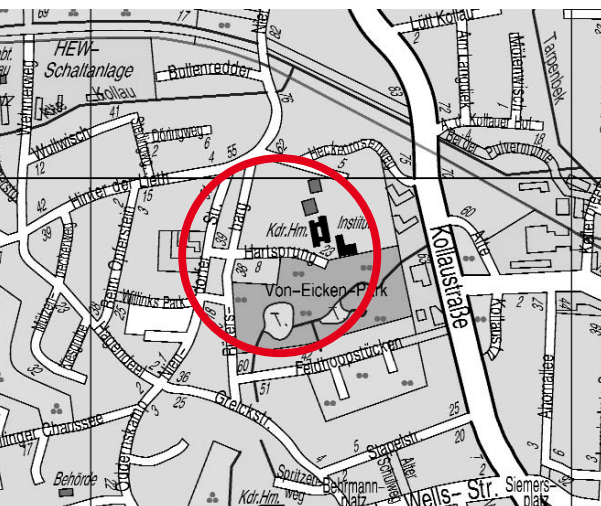
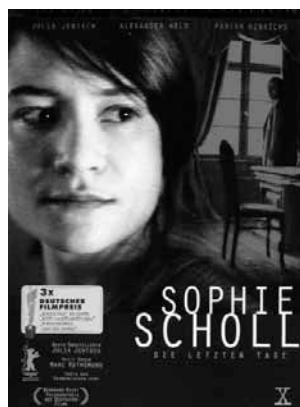
Auch die Potsdamer Grundschule Max-Dortu will eine Einheitliche Schulkleidung einführen – gegen den Widerstand von SPD und PDS und mit Unterstützung der CDU (Telefon: 03 31/ 2 89 74 40); E-Mail: max-dortu.grundschule@t-online.de).

Eine Koordinierte Schulkleidung ist bundesweit zuerst eingeführt worden an der Haupt- und Realschule Sinstorf in Hamburg. Vgl. dazu das Booklet von Karin Brose: Schulkleidung ist nicht Schuluniform, Hamburg 2005. Das Buch liefert Tipps für Eltern, Schüler, Lehrer und zu pädagogischen Schulkonzepten sowie zu möglichen Kollektionen. Der Ratgeber offeriert auch eine kleine Warenkunde und informiert über juristische Grundlagen. Die Fibel kostet im Buchhandel 9,80 Euro (ISBN-Nr. 3-00-016953-9).

Vgl. auch den ausführlichen *stern*-Bericht »Kampf dem Klamotten-Terror« (20.10.2005) und den Artikel »Markenklamotten nur unter der Gürtellinie« (*Spiegel*-Online; www.spiegel.de/unispiegel/schule).

Ebenfalls informiert zu diesem Thema der Internetauftritt: www.schulkleidung.com

Neu im Medienverleih



BIOLOGIE

Serie: Der Mensch: Sinnesorgan Auge

Realaufnahmen und Computeranimationen beschreiben den Aufbau und die Funktionsweise des menschlichen Auges. – Auch nach Kapiteln ansteuerbar.

17 min, ab Klasse 8, Signatur: 46 40207

Das Immunsystem

Grafikanimationen, Mikroskopaufnahmen und Realszenen zu den Themen: Bakterien und Viren, Krankheitsübertragung, Das Immunsystem, Impfungen, Antibiotika, Immunkrankheiten. – Auch nach Kapiteln ansteuerbar.

20 min, ab Klasse 8, Signatur: 46 40208

Der Bewegungsapparat

Überblicksfilm zu den wichtigsten Eigenschaften des menschlichen Bewegungsapparates und seinen Komponenten. Auch nach Kapiteln ansteuerbar.

20 min, ab Klasse 6, Signatur: 46 40209

GRUNDSCHULE

Der Lauf der Zeit

Die DVD setzt sich aus 12 Kurzfilmen, 9 Grafiken und dem ROM-Teil mit Arbeitsmaterialien zusammen. Durch die Thematik führen die Trickfilmfigur »Professor Lunatus«, Realaufnahmen und Spielszenen mit Kindern. Hauptmenü: 1. Was ist Zeit?, 2. Tag und Nacht, 3. Zeitmessung, 4. Uhr-Erfindungen.

38 min, Signatur: 46 40303

Sonne, Mond und Erde

Anzusteuern sind 16 Kurzfilme und 11 Grafiken, der ROM-Teil bietet Arbeitsmaterialien. Die Trickfilmfigur »Professor Lunatus«, weitere aufwändige Computeranimationen und kleine Spielszenen mit Kindern führen durch die Thematik.

59 min, Signatur: 46 40202

SPIELFILME

Die Blindgänger

Die Geschichte zweier blinder Mädchen, die in einem Internat für Sehbehinderte aufwachsen (Regie: Bernd Sahling).

Extras: Kapitelnwahl, Audiodeskription, Zusatzmaterialien zum Alltag blinder Menschen, ROM-Teil mit Unterrichtsmaterialien.

87 min, ab Klasse 6, Signatur: 46 40187

Das Geheimnis der Frösche

Der liebevoll animierte Zeichentrickfilm schildert die Geschichte von Bauer Ferdinand, seiner Frau Juliette und den beiden Kindern Tom und Lili, die mit einer neuen Sintflut konfrontiert werden (Originaltitel: La prophétie des grenouilles, Regie: Jacques-Rémy Girel). Extras zu den Synchronaufnahmen. Sprachen: deutsch, französisch.

88 min, ab Klasse 1, Signatur: 46 40212

Die Kinder des Monsieur Mathieu

Frankreich, 1949. Der arbeitslose Musiker Clément Mathieu bekommt eine Anstellung als Pedell in einem Internat für schwer erziehbare Jungen. Von der Härte des Schullalltags betroffen, beginnt er mit dem Zauber der Musik in das Dasein der Schüler einzugreifen (Originaltitel: Les Choristes, Regie: Christophe Barratier). Extras: Making of, Interviews mit dem Produzenten Artur Cohn. Sprachen: deutsch, französisch

93 min, ab Klasse 7, Signatur: 46 40216

Sophie Scholl – Die letzten Tage

Der Spielfilm mit Julia Jentsch in der Hauptrolle beruht auf bisher unveröffentlichten Original-Protokollen. Er beschränkt sich weitgehend auf die Persönlichkeit der Sophie Scholl (Regie: Marc Rothemund). Zusatzmaterial: Making of, Zeitzeugen im Gespräch, Original-Dokumente.

116 min, ab Klasse 9, Signatur: 46 40215

Medienverleih im LI, Hartsprung 23

Für die Bestellung genügt ein Anruf oder Fax; aus dem Internet-Katalog ist sofort eine E-Mail-Bestellung möglich:

www.li-hamburg.de/medienverleih

Telefonische Bestellungen unter 4 28 01-28 85/86/87, per Fax: 4 28 01-28 88 oder per E-Mail: medienverleih@li-hamburg.de

Textzusammenstellung und Beratung:

Annette Gräwe

Tel.: 4 28 01-35 86

E-Mail: annette.graewe@li-hamburg.de

Werbung 4

Studie: Zu langer TV-Konsum und zu viele PC-Spiele verschlechtern die schulischen Leistungen

Verwahrlosung der Medienkultur in Kinderzimmern

Was viele Lehrer und Eltern eigentlich schon immer wussten, bestätigt jetzt eine wissenschaftliche Studie aus Hannover: Zu oft und zu lange verbringen Kinder ihre Zeit vor dem TV-Gerät – mit Gewalt- und Actionfilmen oder Computerspielen, und das zum Teil mit »jugendgefährdendem« Inhalt. Dies hat das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) – unter Verantwortung von Prof. Dr. Christian Pfeiffer – herausgefunden.

Diese zentrale Aussage basiert auf einer Feldforschung des Instituts, das in Hannover arbeitet. Repräsentativ befragt wurden rund 23 000 Schüler in Deutschland, primär im Alter von zehn bis 15 Jahren, und zwar vor allem aus vierten und neunten Klassen. Die Feldforschung wird fortgesetzt – unter gezielter Berücksichtigung weiterer einzelner Regionen in Deutschland.

Christian Pfeiffer referierte seine bisherigen Forschungsergebnisse im September in der Hamburger Universität, auf einem Symposium der Deutsch-Japanischen Juristenvereinigung.

TV-Missbrauch macht dick und dumm

Der Kriminologe kritisiert die zunehmende »Verwahrlosung der Medienkultur« in Kinderzimmern. Der Professor aus Niedersachsen wörtlich: »Ein Übermaß an Medienkonsum macht dick, dumm, krank und traurig.« Das Leistungsvermögen ihrer Kinder gefährden, so Pfeiffer, Eltern, indem sie den oftmals unverantwortlichen Medienkonsum ihrer Kinder dulden.

Unterschiede: Männliche und weibliche Jugendliche

Vor allem die männlichen Kinder, die lange vor der Flimmerröhre sitzen, bringen schlechte Schulnoten nach Hause. Der Studie zufolge haben 30 Prozent der zehnjährigen Jungen schon ein eigenes TV-Gerät in ihrem Zimmer. Über eine eigene Play-Station verfügen immerhin 25 Prozent der männlichen Zehnjährigen.

Insgesamt hat jeder zweite befragte männliche Jugendliche einen eigenen Fernseher, aber nur jedes dritte Mädchen.

Computerspiele: An erster Stelle stehen »Kampfspiele«

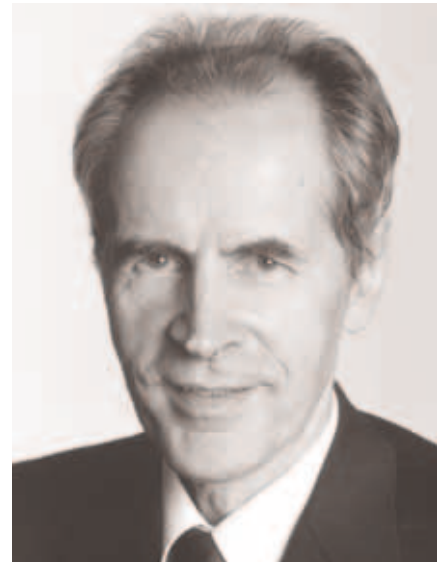
Bei Computerspielen bevorzugen Kinder statistisch an erster Stelle »Kampfspiele«. An zweiter Stelle stehen Action-Filme. Dann folgen »Egoscooter-Spiele« – hier schießen die Akteure am PC mit den verschiedensten Waffen auf ihre Gegner. Pfeiffer stellt fest, dass viele solcher Spiele für Kinder verboten sind: »Die Jungen sind es, die sich daran berauschen, an den Vorbildern der Macht.«

Folgen übermäßigen TV-Konsums

Unverantwortlich nennt der Hannoverische Forscher das oftmals zu »tolerante« Verhalten vieler Eltern und die entsprechende Laissez-faire-Erziehung, die zum Beispiel Jugendschutzgesetze »unterwanderten«. Laut Studie sehen 32 Prozent der Zehnjährigen mit eigenem Fernseher Filme, die erst ab 16 oder 18 Jahren freigegeben sind. »Fernsehen ist eine Art Tröster. Wir haben herausgefunden, dass genau die übermäßig viel vor der Mattscheibe sitzen, die wenig Freunde oder Probleme mit ihren Eltern haben«, erklärte der KFN-Vorstand.

Zusammenhang mit PISA-Ergebnissen

Pfeiffer bezieht seine Forschungsergebnisse auch auf die PISA-Resultate. Ziemlich genau, so meint der Teamchef, korrelieren die länderspezifischen PISA-Resultate mit den ermittelten TV- und PC-Gewohnheiten. »Unsere Studie zeigt: Die besseren Noten haben eindeutig die Kinder, die weniger fernsehen und mehr spielen.« Die Erklärung des Institutsdirektors: »Kinder, die einen eigenen Fernseher und einen eigenen Computer haben, nutzen sie intensiver und schauen sich mehr verbotene Filme an.«



KFN-Chef Christian Pfeiffer

Der Norden und der Süden

Christian Pfeiffer hat auch Unterschiede zwischen den Nord-Bundesländern und dem Süden analysiert. In Dortmund beispielsweise besitzt nach Aussage der Studie jeder zweite zehnjährige Junge (54 Prozent) einen eigenen Fernseher – in München dagegen verfügten in dieser Altersgruppe nur 22 Prozent der männlichen Jugendlichen über ein eigenes TV-Gerät. Bei Zehnjährigen in Dortmund summieren sich Fernsehen und Spielen am Computer im Schnitt auf angeblich 3,5 Stunden, in München nur auf gut 1,5 Stunden.

Unterschiede zwischen den Geschlechtern

Auch geschlechtsspezifische Ergebnisse listet die Studie auf. Danach besitzt im Schnitt jeder zweite Junge einen eigenen Fernsehapparat – aber nur jedes dritte Mädchen.

Migrationshintergrund und TV-Gebrauch

Die Hannoveraner analysierten ebenfalls Unterschiede zwischen deutschen Jugendlichen und solchen mit Migrationshintergrund. Demnach liegen Kinder ausländischer Eltern bei der TV- und PC-Ausrüstung vor deutschen Altersgenossen. So

haben 51,3 Prozent der zehnjährigen Migrantenkinder einen eigenen Fernseher, 41,3 Prozent eine Spielkonsole. Bei den deutschen Zehnjährigen sind es 31,9 bzw. 22,3 Prozent.

Hauptschüler und BV-Schüler

Es überrascht nicht, wenn Christian Pfeiffer hinsichtlich der schulformspezifischen Resultate festhält, dass insgesamt statistisch Hauptschüler und Schüler aus Berufsvorbereitungsklassen (BV) am meisten Zeit vor den Flimmerkisten verbringen. Der Untersuchungsverantwortliche: »Unsere Studien haben gezeigt: Hauptschüler schauen doppelt so viel fern wie Gymnasiasten.«

Ratschläge: Mehr Ganztagschulen – und mehr lesen, vorlesen, spielen und Sport treiben

Der Institutsleiter hat ebenfalls konstruktive Ratschläge parat. Er fordert die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen »mit einem Nachmittagsangebot voll Sport und Kultur«. Der Untersuchungsleiter verweist auf die umfassenden Ganztagsangebote in anderen Staaten und meint: »Deutschland hat al-

len Anlass, aktiv zu werden. Unsere Kinder werden schon um 14.00 Uhr zum Medienkonsum verführt, Kinder im Ausland erst um 17.00 Uhr.«

Den Eltern rät der Wissenschaftler, Kindern unter zwölf Jahren überhaupt keine Geräte in ihr Kinderzimmer zu stellen – keinen Fernseher, keinen PC und keine Spielkonsole. Wohl sollten die Kinder früh lernen, mit dem Computer umzugehen – aber unter Kontrolle der Eltern. Der Forscher aus Hannover schlägt vor, das Computer Spielen sollte bei Kindern bis zwölf Jahren auf maximal eine halbe Stunde begrenzt werden. Gerade Eltern könnten großen Einfluss auf den Fernsehkonsum ihrer Sprösslinge nehmen – und mäßigend wirken. Der Kriminologe vielsagend: »Nur dann, wenn Mama und Papa immer wegschauen, gucken die Kinder schließlich in die Röhre.« Eltern von unter Zwölfjährigen sollten nach Meinung des Institutsvorstand mehr mit ihren Kindern spielen, ihnen vorlesen, sie zum Sport animieren.

Maßvoller Umgang mit TV: Positiv

Dass maßvoller und – gezielter – TV-Konsum durchaus Lernleistungen und sozia-

les Verhalten von Kindern und Jugendlichen positiv beeinflussen kann, haben Wissenschaftler auch erarbeitet – so zum Beispiel die Arbeitsgruppe »Medien- und Organisationspsychologie« an der Universität Saarbrücken, unter der Leitung von Prof. Dr. Peter Winterhoff-Spurk. Dies gilt insbesondere für bestimmte, eigens für Kinder produzierte Sendungen. Hierzu hat beispielsweise die Medienpsychologin Dr. Dagmar Unz von der Universität Saarbrücken gearbeitet.

Weitere Informationen:

- *Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN); Lützeroder Straße 9, 30161 Hannover; Tel.: 04 11/34 83 60; Internet: www.kfn.de; E-Mail: KFN@KFN.Uni-Hannover.de*
- *Arbeitsgruppe Medien- und Organisationspsychologie an der Universität des Saarlandes (Saarbrücken): Prof. Dr. Peter Winterhoff-Spurk, Postfach 15 11 50, 66041 Saarbrücken; Tel.: 06 81/3 02-36 38; E-Mail: Orgamed@gmx.Uni-Saarland.de*



Manfred Schwarz

NRW

Regierung will Hauptschulen beträchtlich stärken

Die NRW-Landesregierung will die Ausbildungsqualität an Hauptschulen beträchtlich stärken. Mehr Geld, mehr – vielschichtiges – Personal und vor allem der Aufbau eines breiten Ganztagsnetzes sollen die Lernergebnisse und Berufsperspektiven der Hauptschulen merklich verbessern. Dabei geht es auch um mehr Attraktivität der Hauptschulen. Mit dem Nachtragshaushalt 2005 sind nach Angaben der Schulministerin Barbara Sommer (CDU) bereits 16 Millionen Euro zur sofortigen zusätzlichen Verfügung angewiesen worden.

Nach Angaben des Schulministeriums besuchen in NRW zur Zeit 283 000 Schüler 740 Hauptschulen. Nach Meinung einiger Schulexperten kann man die Prognose stellen, dass sich diese Zahl bis 2015 auf 205.000 reduziert. Dann stünden nach den bisherigen Planungen für jeden vierten Hauptschüler ein Platz in einer Ganztags Hauptschule zur Verfügung. Gegenwärtig wechseln in diesem Bundesland nach der vierten Klasse allerdings noch mehr Schüler in die Hauptschule als zum Beispiel in die Gesamtschule.

500 Stellen, die bis zum nächsten Schuljahr eigentlich wegen Überhangs auf andere Schulformen verteilt würden, bleiben nun den Hauptschulen erhalten. Sie sollen primär zur individuellen Förderung der Schüler eingesetzt werden. Außerdem: Die Hauptschulen sollen Zugriff auf ein Bildungsprogramm des Bundes bekommen, das bisher auf Grundschulen zugeschnitten war. Die Ministerin erklärte in Düsseldorf: Kommunen in NRW »werden dann bis zu 150 Millionen für notwendige bauliche Maßnahmen an den neuen Ganztags Hauptschulen bekommen können«.

Im künftigen Ganztagsbetrieb sollen auch andere Berufsgruppen als Lehrer mitarbeiten – zum Beispiel: Handwerker, Sporttrainer, Sozialarbeiter und auch Spezialisten für Kultur und Musik.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) hatte in seiner Regierungserklärung 50 000 Ganztagsplätze an den Hauptschulen bis 2012 als »Zielmarke« vorgegeben. Bis dahin sollen 40 Millionen Euro in den Aufbau investiert werden.

Hintergrundinformationen: Ministerium für Schule, Jugend und Kinder, Völklinger Straße 48, 40221 Düsseldorf; Tel.: 02 11 58 67-40; Internet: www.bildungsportal.nrw.de; E-Mail: poststelle@msjk.nrw.de

MSZ

DSB-SPRINT-Studie für Deutschland

Schulsport: Positives und Kritisches

Nach zweijähriger Forschungsarbeit ist in Berlin vom Deutschen Sportbund (DSB) die SPRINT-Studie, der »Endbericht«, präsentiert worden. Thema: Schulsport in Deutschland. Insgesamt wurden im Rahmen der repräsentativen Untersuchung folgende Bundesländer untersucht: Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, NRW, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Analysiert wurden programmatische Grundlagen des Schulsports – wie zum Beispiel Lehrpläne und Richtlinien sowie die Situation der Sportstätten im schulischen Sport. Befragt haben die Wissenschaftler 8863 Schülerinnen und Schüler, 4352 Eltern, 1158 Sportlehrkräfte und 191 Schulleitungen – und zwar hinsichtlich der Klassenstufen vier, sieben und neun aller Schulformen (außer Beruflichen Schulen). Grundsätzlich gibt es viele positive Ergebnisse, aber auch Befunde, die nachdenklich stimmen. Sechs Wissenschaftler haben die Studie erstellt. Sie weisen insbesondere auf Folgendes hin:

- Sportunterricht hat sich als Bildungsfach etabliert;
- Sportunterricht wird häufig noch zu traditionell durchgeführt, aber neu-

ere Lehrpläne sind vorwiegend bewegungsfeldorientiert gestaltet;

- Schulsportentwicklung ist abhängig von der Einstellung der Schulleitung;
- Fehlende geeignete Sportstätten tragen bei 20 Prozent aller Schulen dazu bei, dass das Stundensoll nicht erfüllt werden kann. Dies betrifft insbesondere den Schwimmunterricht;
- Sportlehrer werden aus Sicht der Schüler in sportfachlicher und pädagogischer Hinsicht bemerkenswert positiv beurteilt;
- Sportlehrer haben hohes Fort- und Weiterbildungsengagement;
- Sportlehrkräfte zeigen auch im außerunterrichtlichen Schulsport herausragendes Engagement;
- Leistung und Kompetenzerwerb im Unterricht könnten aus Schülersicht stärker ausgeprägt sein;
- »Sportferne« Schüler (insbesondere an Hauptschulen) »kommen zu kurz«; es fehlt an notwendiger, zusätzlicher Förderung.

Täglich eine Sportstunde?

DSB-Präsident Manfred von Richthofen hat in einem Statement zusätzlich auf folgende Aspekte hingewiesen:

1. Die Qualität des Sportunterrichts stehe in engem Zusammenhang mit der jeweiligen Sportstättensituation und der qualifizierten Ausbildung der Sportlehrkräfte.

Für jeden Schüler erstellt dann ein wissenschaftliches Institut ein »individuelles Fitnessprofil«, das auch Körpergröße und Gewicht berücksichtigt. Insgesamt geht es dem Kultusministerium darum, eine »Fitnesslandkarte« für Niedersachsen zu erstellen. Vor allem sollen die Schüler motiviert werden, mehr für ihre Fitness zu tun.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat das Ministerium aufgefordert, den entsprechenden Erlass zurückzunehmen. Die schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ingrid Eckel, signalisiert auch Ablehnung: »Es ist absurd: Für bürokratische Zahlenhubberei fällt der dringend nötige Sport-

2. Die Bedeutung, die das Fach Sport für Schülerinnen und Schüler erfreulicherweise habe, sollte ein zentraler Katalysator für die Schulentwicklung und die Gestaltung einer »gesunden« Schule bzw. für die Schule als Lebensraum sein.

3. Auch im Bereich Sport müsse der Unterrichtsausfall reduziert werden. Anzustreben sei eine tägliche Sportstunde in der Primarstufe und mindestens drei Pflichtstunden Sportunterricht in den Sekundarstufen I und II.

Weitere Informationen: Deutscher Sportbund, Otto-Fleckstraße 12, 60528 Frankfurt/M.; Tel.: 0 69/6 70 00, E-Mail: info@dsb.de, Internet: www.dsb.de

Die DSB-SPRINT-Studie ist im Buchhandel erhältlich (ISBN 3- 89 899-191-1; Meyer & Meyer Verlag); vgl. dazu: www.sportunterricht.de

Die repräsentative Untersuchung hat Prof. Wolf-Dietrich Brettschneider geleitet (Universität Paderborn). Beteiligt an der Studie waren u. a. auch: Prof. Christoph Breuer (Deutsche Sporthochschule Köln), Prof. Rüdiger Helm (Universitäten Magdeburg / Heidelberg), Prof. Robert Prohl (Universität Frankfurt) und Prof. Werner Schmidt (Universität Essen-Duisburg).

MSz

Niedersachsen

Schüler-Fitness auf dem Prüfstand

Von November bis Ende Dezember 2005 werden in Niedersachsen alle 750 000 Schüler der Klassen eins bis zehn einem besonderen Sporttest unterzogen. Der Test besteht aus zwei Teilen. Zunächst wird ein Fragebogen ausgefüllt: Gefragt werden die Schüler nach ihren Sportgewohnheiten und der eigenen Einschätzung der Leistungsfähigkeit. In einem praktischen Teil sind Lauf-, Werf- und Springübungen zu absolvieren.

unterricht aus.« Ministeriumssprecher Georg Weßling befürwortet die Aktion: Sie beanspruche lediglich bis zu zwei Sportstunden. Auch die AOK und der Deutsche Sportbund (DSB) befürworten die Tests. Die CDU in Niedersachsen hat sich ebenfalls hinter den Erlass des Kultusministeriums gestellt.

Weitere Informationen: Niedersächsisches Kultusministerium, Schiffgraben 12, 30159 Hannover; Tel.: 05 11/1 20-71 46; E-Mail: pressestelle@mk.niedersachsen.de; Internet: www.mk.niedersachsen.de

MSz

[Zukunft : Identität]

STEP 21- Medienbox kostenlos

Mit einem gemeinsamen Rundschreiben des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) und der Jugendinitiative STEP 21 vom November 2005 wurden alle Schulleitungen darüber informiert,

- dass STEP 21, die bundesweite Jugendinitiative für Toleranz und Verantwortung eine neue Medienbox zum Thema [Zukunft : Identität] herausgegeben hat,
- dass es gelungen ist, die Handelskammer Hamburg zur Finanzierung eines Kontingents dieser Medienbox für Hamburger Schulen zu gewinnen,
- dass das LI eine pädagogische Betreuung der praktischen Arbeit mit der Box in Form von Pädagogenschulungen anbieten wird.

Selbstverantwortung und Selbststeuerung

Im aktuellen Diskurs über die Zukunftsfähigkeit der Bildung steht die Forderung nach einer Befähigung zu selbstverantwortlichem Lernen im Zentrum. Dies stellt nicht zuletzt an die Entwicklung von Lehr-Lern-Materialien neue Anforderungen. Darauf reagiert schon die erste Medienbox der Initiative zum Thema [Clique] mit einem innovativen didaktischen Format.

Mit der zweiten Box wird dieses Konzept aufgegriffen und systematisch weiterentwickelt: Eine für Jugendbildung bedeutsame Thematik wird in einer Mischung von modernen und bewährten Medien so aufbereitet, dass eine eigenständige Auseinandersetzung mit dem Thema [Zukunft : Identität] ermöglicht wird.

Inhaltlich ist das Angebot konsequent an Fragen gesellschaftlicher Verantwortung und am Alltag der Jugendlichen orientiert. Zur praktischen Auseinandersetzung mit dem Thema [Zukunft : Identität] wird das Erstellen von Medienprodukten angeregt. Ein Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensplanung,

unterstützt durch einen virtuellen Moderator in der Radio-Software.

Medienbiographisches Lernen

Die neue Medienbox [Zukunft : Identität] will die reflexive Nutzung und Gestaltung von Medien im Bildungsprozess unterstützen. Dem entspricht die Box einerseits durch die Vielfalt des Medienangebots und andererseits durch die Vorbereitung von projektorientierten Arbeitsmöglichkeiten.

DVD, Computerspiele, Software, Comichefte, Texte, Musik-CD oder Onlineanbindung spiegeln die Vielfalt des medialen Umfelds von Jugendlichen. Daran knüpft das Konzept einer handlungsorientierten medienbiografischen Arbeit an. Es will eine kompetente Nutzung und Rezeption von Medien unterstützen. Ein Beispiel dafür findet sich etwa in der Verbindung von Musik- und Radio-Software mit dem Film »Kick it like Beckham«.

Vernetztes Lernen

Die Box will die Entwicklung von inhaltlich fundierter Zukunftskompetenz und Medienkompetenz bei Schülerinnen und Schülern qualifiziert vernetzen. Ein Beispiel für die Vernetzung eines Bildungsprozesses unter inhaltlichen und medienpädagogischen Aspekten: Nach der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Box beiliegenden Themenheften zur Bearbeitung der Bereiche Berufswahl, virtuelle Realitäten im Computerspiel oder gesellschaftliches Engagement kann über die STEP 21 Homepage eine Online-Umfrage etwa zu Mediennutzungsverhalten oder der Motivation von ehrenamtlicher Arbeit geschaltet werden.

Die Schülerinnen und Schüler treten so passend zum Inhalt ihres Unterrichts über ein sog. neues Medium in Kontakt mit Nutzern des www und können die Ergebnisse der Umfrage wiederum eigenständig in die inhaltliche Gestaltung ihrer Unterrichtsarbeit integrieren.

Einsatzmöglichkeiten

Schon die erste Box hatte den zukunftsweisenden Anspruch, schulpä-

dagogische und jugendpädagogische Angebote miteinander zu vernetzen. Die Arbeit an Ganztagschulen erfordert genau solche Materialien, mit denen eine Kooperation von Fachunterricht, Projektunterricht und vertiefenden Angeboten am Nachmittag ermöglicht wird.

Das Material richtet sich an Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren. Einen genaueren Einblick in die Box bietet die Initiative unter www.step21.de.

Die Box bestellen

Die Boxen werden normalerweise zu einer gemeinnützigen Schutzgebühr von 111,00 Euro inkl. Versand und MwSt. abgegeben. Hamburger Schulen haben die Möglichkeit, eine Box gratis zu erhalten. Dies ist durch die Unterstützung der in der Handelskammer Hamburg organisierten Unternehmen möglich.

Für die Bestellung können Sie ein dem oben erwähnten Rundbrief beiliegendes Bestellformular verwenden, aber auch unter 0 40 / 37 85 96-15 anrufen oder eine E-Mail schicken an: step21@step21.de.

*Prof. Dr. Johannes Bastian
Universität Hamburg
E-Mail: bastian@uni-hamburg.de*



»Was heißt eigentlich Demokratie in der Schule?«

Der Bildungsjournalist Reinhard Kahl befragte auf einer Veranstaltung in der Reihe ÜBERGÄNGE den Berliner Professor Wolfgang Edelstein vom BLK-Programm »Demokratie lernen und leben« zu seinen Erfahrungen mit Demokratie und Schule. Die Veranstaltung bildete zugleich den Auftakt für die große Fachtagung »Demokratisierung in Hamburg« vom 26. bis 29. Oktober 2005.



Professor Wolfgang Edelstein im Gespräch

Edelstein, Jahrgang 1929, erlebte als jüdischer Auswanderer mit seiner Familie in Island ein ganz anderes Schulsystem. Nach dem Ende des Hitlerregimes machte er in den fünfziger Jahren Bekanntschaft mit der Odenwaldschule, einem Landerziehungsheim an der Bergstraße. »Die wahrscheinlich radikalste Reformschule, die es damals in Deutschland gab«, sagte er, um

dann den Wert einer Schule zu unterstreichen, die »keine Exklusion, keinen Ausschluss kennt«, weder aus rassistischen oder anderen Motiven noch aus Leistungsgründen. Und darin sieht Edelstein, Mitgründer und heute Emeritus des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, das Haupthindernis für die Erziehung zur Demokratie in Deutschland: ein gegliedertes Schulwesen betreibt frühe Selektion und bringt Kindern bei, Bildungsunterschiede genauso als schicksalhaft zu betrachten wie die Verteilung gesellschaftlicher Chancen – anstatt in der individuellen Verschiedenheit gerade einen Reichtum und Entwicklungspotenziale für die ganze Gesellschaft zu sehen. »Das Problem der Deutschen«, sagt er, »ist, dass ihre Politiker die Gesellschaft nur aus der Gymnasialperspektive betrachten, weil sie selber alle vom Gymnasium kommen.«

Im zweiten Teil der Veranstaltung schilderten zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Blockaden, die heute die demokratische Kultur in den Schulen erlebt, aber auch die Fortschritte, die sie macht. Den verzweifelten Einzelkämpfern unter den etwa 100 Anwesenden schreibt Edelstein ins Stammbuch:

»Für eine demokratische Schule, die nicht separiert, sondern für alle Kinder offen ist, müssen Sie sich Verbündete suchen – allein kämpfen ist absolut tödlich.«

Wolfgang Steiner, Landesinstitut

Fachtagung für Schulentwicklung 17./ 18.2.06

Das in Innsbruck herausgegebene »Journal für Schulentwicklung« veranstaltet anlässlich seines zehnjährigen Erscheinens in Kooperation mit dem LI eine Fachtagung: »Schulentwicklung – next practice«.

Dabei sollen für die Schulentwicklung bedeutsame Themen jenseits des Alltagsgeschäfts, aber bezogen auf eine kommende Praxis präsentiert und diskutiert werden (Plenum, Workshops, Open Space).

- Zeit: Fr. 17.2.06, 14.00 bis Sa. 18.2.06, 13.00 Uhr
- Ort: Landesinstitut Hamburg
- Referenten: Journal-Herausgeber, u.a. Prof. Altrichter (Linz), Prof. Hameyer (Kiel), Prof. Rolff (Dortmund), Prof. Schley (Zürich), Prof. Schratz (Innsbruck).

Die Tagung richtet sich insbesondere an Schulleitungen, Fortbildner, Schulgestalter und Lehrkräfte. Der Teilnehmerbeitrag beträgt 40 Euro. Interessenten erhalten ein ausführliches Programm, Anmeldungen oder Nachfragen bitte an peter.daschner@li-hamburg.de.

Alles über Hamburgs Grund

Der Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung ist der kompetente Ansprechpartner in der hamburgischen Verwaltung für alle Daten, die sich auf den Grund und Boden der Hansestadt beziehen – Daten zu seinen Abmessungen ebenso wie zu seiner natürlichen und baulichen Beschaffenheit und seiner Nutzung.

Er sorgt für die Abgabe analoger und digitaler Geobasisdaten (das sind die Maß- und Sachangaben des Liegenschaftskatasters sowie die wichtigsten topographischen Merkmale) und deren Nutzung in Geographischen Informationssystemen.

Im Liegenschaftskataster verzeichnet er sämtliche Liegenschaften (d. h. Flurstücke und Gebäude) der Hansestadt, und zwar doppelt als maßstabsgetreue zeichnerische Darstellung (Grundriss) sowie als Beschreibung ihrer sonstigen (z. B. rechtlichen) Merkmale.

Er veröffentlicht Hamburgs amtliche Karten, führt die vielfältige amtliche Vermessung durch und gibt erforderliche Belege und Bescheinigungen aus.

Sein Gutachterausschuss für Grundstückswerte erteilt Auskünfte über Bodenrichtwerte und Immobilienpreise und gibt den Grundstücksmarktbericht für Hamburg heraus.

Der Landesbetrieb hält umfangreiche Luftbilddaten vor und veröffentlicht Satelliten- und Luftbildkarten sowie detailscharfe Orthophotos (d. h. Luftbilder aus vermessungstechnischen Befliegungen, die entzerrt wurden).

Der Landesbetrieb erfüllt seine Aufgaben als Service-Einrichtung für Wirtschaft, Verwaltung und Forschung, und arbeitet u.a. intensiv mit dem Landesinstitut zusammen.

Lehrer und Lehrerinnen können sich gerne mit Fragen an uns wenden.



Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung
Sachsenkamp 4
20097 Hamburg
www.geoinfo.hamburg.de

Werbung U3

Werbung U4 Rückseite